OESTERREICHISCHE NATIONALBANK
EUROSYSTEM

KONJUNKTUR AKTUELL

Berichte und Analysen zur wirtschaftlichen Lage

April 2014

Stabilität und Sicherheit.

Bericht über die wirtschaftliche Lage

Die Publikation gibt eine kompakte aktuelle Einschätzung zur Konjunktur der Weltwirtschaft, des Euroraums, der CESEE-Staaten und Österreichs und berichtet über Entwicklungen auf den Finanzmärkten. Die Quartalsausgaben (März, Juni, September und Dezember) sind um Kurzanalysen zu wirtschafts- und geldpolitischen Themen erweitert.

Medieninhaber und Herausgeber	*Oesterreichische Nationalbank* *Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien* *Postfach 61, 1011 Wien* *www.oenb.at* *oenb.info@oenb.at* *Tel. (+43-1) 40420-6666* *Fax (+43-1) 40420-6698*
Schriftleitung	*Doris Ritzberger-Grünwald*
Koordination und Redaktion	*Manfred Fluch*

© Oesterreichische Nationalbank, 2014

ISSN 2310-5216

Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Auf geschlechtergerechte Formulierungen wird verzichtet, an ihrer Stelle verwendete Begriffe gelten im Sinn der Gleichbehandlung grundsätzlich für beide Geschlechter.

Redaktionsschluss: 16. April 2014

Inhalt

Bericht über die wirtschaftliche Lage 4

Überblick 5

Konjunkturerholung im Euroraum nach wie vor zögerlich 6

EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa: Konjunkturelle Erholung setzt sich fort 11

Österreich: Konjunkturerholung festigt sich zu Jahresbeginn 14

Finanzmarkt: Fortschritte in der Regulierung und verbesserte Marktaussichten – jedoch weiterhin bedeutende Herausforderungen 19

Entwicklung der Vermögens-, Refinanzierungs- und Zinsstruktur österreichischer Kreditinstitute 23

Spezielle Analysen 29

Mögliche ökonomische Auswirkungen des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine auf den Euroraum 30

Längerfristige Einkommensentwicklung der privaten Haushalte in Österreich 38

Annex 47

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik – EU und international Zeitraum 28. Februar bis 9. April 2014 48

Wirtschaftsindikatoren - Grafiken und Tabellen 54

Bericht über die wirtschaftliche Lage

Überblick[1]

Der internationale Währungsfonds geht in seiner Frühjahrsprognose (April 2014) von einer Beschleunigung des Wachstums der Weltwirtschaft von 3,0% im Jahr 2013 auf 3,6% im Jahr 2014 (2015: 3,9%) aus und ist damit geringfügig optimistischer als die Europäische Kommission in ihrer Frühjahrsprognose (März 2014: 3,4%). Die zusätzlichen Wachstumsimpulse kommen dabei zu einem Großteil von den Industriestaaten, deren BIP-Wachstumsrate gegenüber 2013 um einen Prozentpunkt zulegen wird. Von den Industriestaaten werden die USA am stärksten wachsen. Das BIP-Wachstum wird sich vor dem Hintergrund der fiskalpolitischen Einigung, einem verbesserten Geschäftsklima und dem Ende des Deleveragings der Haushalte deutlich beschleunigen und 2014 laut IWF-Prognose 2,9% betragen. Im Gegensatz dazu schwächte sich die Erholung in Japan im zweiten Halbjahr 2013 deutlich ab. Der IWF erwartet aufgrund der geplanten Fiskalkonsolidierungsmaßnahmen eine Verlangsamung des BIP-Wachstums, auf 1,0% im Jahr 2015.

Im Euroraum wurde das Wirtschaftswachstum zuletzt vorwiegend von den Nettoexporten gestützt, 2014 gewinnt aber die Inlandsnachfrage an Bedeutung. Der IWF erwartet nach den Rezessionsjahren 2012 und 2013 ein Wachstum von +1,2% im Jahr 2014 und +1,5% im Jahr 2015. Der Wirtschaftsaufschwung im Euroraum erreicht auch die südlichen Krisenländer; laut IWF werden Italien, Spanien, Griechenland und Portugal heuer ein positives Wirtschaftswachstum verzeichnen. Die Risiken für den Wirtschaftsausblick sind allerdings vor dem Hintergrund höherer Energiepreise, möglicher Sanktionen (und Gegensanktionen) gegen Russland sowie einer niedrigeren Exportnachfrage in Folge der Krimkrise nach unten gerichtet. Ein eigener Beitrag im vorliegenden Bericht beleuchtet die möglichen ökonomischen Auswirkungen des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine auf den Euroraum. Es werden Hintergrundinformationen zu den Sanktionen gegen Russland, zu den Handels- und Finanzverflechtungen zwischen dem Euroraum und Russland und zur Bedeutung der Öl- und Gasimporte für den Euroraum dargestellt sowie mögliche makroökonomische Auswirkungen der Krise auf den Euroraum analysiert.

Die Inflation im Euroraum ist im März weiter gesunken und liegt bei 0,5%. Der beobachtete Rückgang der Teuerungsraten in den vergangenen Monaten war eine Folge von sinkenden Energiepreisen und schwächer als erwarteten Anstiegen bei den Nahrungsmittelpreisen. Die zunehmende Konjunkturerholung im Euroraum wird die Teuerungsraten gemäß EZB allmählich auf 1,3% im Jahr 2015 und 1,5% im Jahr 2016 erhöhen. Trotzdem haben die mittelfristigen Inflationserwartungen zuletzt abgenommen und liegen nun rund 0,5 Prozentpunkte unter ihrem historischen Durchschnitt. Die langfristigen Inflationserwartungen für 2018 sind zuletzt ebenfalls gesunken. Sie stehen aber nach wie vor im Einklang mit dem von der EZB angestrebten Zielwert für die HVPI-Inflation von unter, aber nahe 2%.

Die österreichische Konjunktur nimmt langsam, aber beständig Fahrt auf; seit dem dritten Quartal 2013 ist ein leichter Aufwärtstrend erkennbar. Im vierten Quartal 2013 stieg das reale Bruttoinlandsprodukt – gestützt auf anziehende Exporte – um 0,3% (zum Vorquartal, saison- und arbeitstägig bereinigt). Gemäß den Ergebnissen des OeNB-Konjunkturindikators wird sich das Wachstum der österreichischen Wirtschaft kontinuierlich beschleunigen und in den ersten beiden Quartalen 2014 0,4% bzw. 0,5% betragen. Der IWF erwartet für 2014 ein BIP-Wachstum von 1,7% und deckt sich mit dieser Einschätzung mit der WIFO- und IHS-Prognose. Der medialen Diskussion über die Entwicklung der Einkommen und Entlohnung in Österreich wird in einem eigenen Beitrag Rechnung getragen. Dazu werden die verwendeten Einkommensbegriffe diskutiert und wichtige Größen seit 1990 ausgewiesen. Es zeigt sich, dass die Nettoreallöhne und –gehälter pro unselbstständig Beschäftigten seit 1990 nur um 2,6% zugenommen haben.

[1] Autor: Klaus Vondra (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

Konjunkturerholung im Euroraum nach wie vor zögerlich[2]

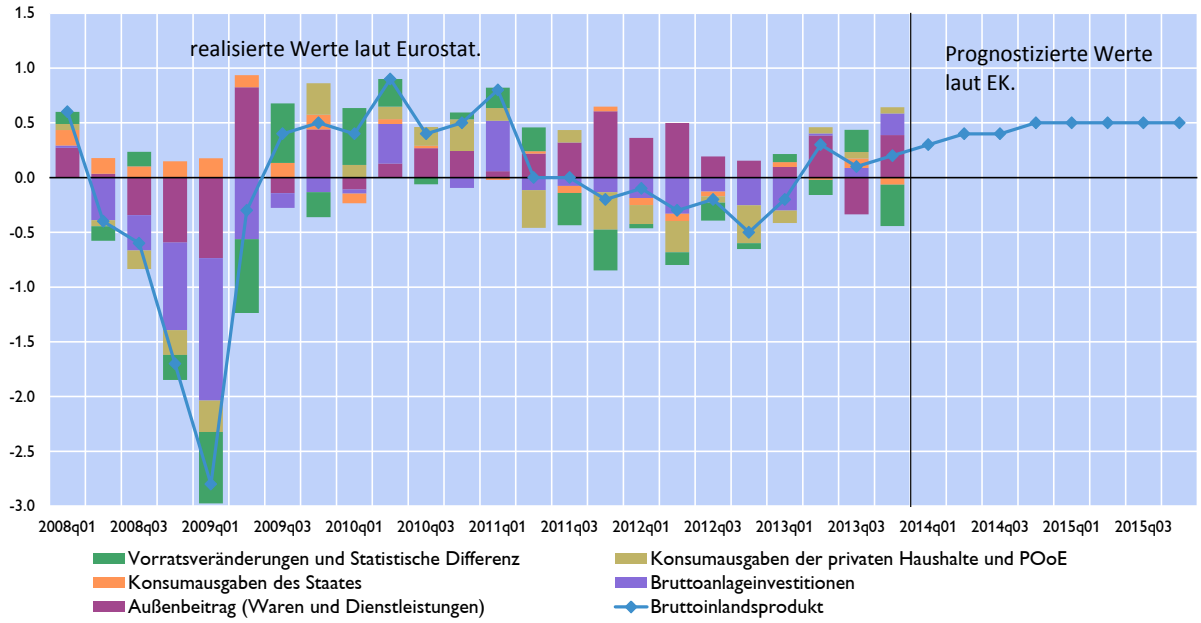
Euroraum

Wirtschaftserholung durch eine Zunahme der Inlandsnachfrage abgestützt

Im Schlussquartal 2013 wuchs das reale BIP im Euroraum gegenüber dem Vorquartal um 0,3%. Wie bereits aufgrund von einzelnen Länderergebnissen vermutet, trugen die Nettoexporte mit 0,4 Pp. hauptsächlich zu diesem Ergebnis bei. Aber auch der private Konsum und die Investitionen konnten positive Beiträge zum BIP-Wachstum leisten. Dämpfend wirkten hingegen der staatliche Konsum und der Lagerabbau, wobei Letzterer bei einem unerwarteten Anstieg der Nachfrage auch ein gutes Zeichen sein kann.

Wachstumsbeitrag der Komponenten des realen BIP im Euroraum
gegenüber dem Vorquartal

in %-Punkten



Quelle: Eurostat, Winterprognose der Europäischen Kommission 2014.

Laut rezenten Prognosen wird die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal 2014 um 0,2% bis 0,4% zulegen. Berücksichtigt man zusätzlich die *hard* und die *soft facts* lässt sich das BIP-Ergebnis eher am oberen Ende der Prognosebandbreite vermuten. Sowohl die Industrieproduktion als auch die Einzelhandelsumsätze entwickelten sich um den Jahresbeginn günstig. Die Entwicklung der Vertrauensindikatoren spricht ebenfalls für eine Zunahme der Wachstumsdynamik im ersten Quartal 2014: Der *Composite EinkaufsManagerIndex* stieg von 52,1 Punkten Ende des vierten Quartals 2013 auf 53,2 Punkte im März 2014. Die Verbesserung zu Jahresbeginn war vor allem auf eine Zunahme bei den Neuaufträgen zurückzuführen. Auch der *Economic Sentiment Indicator* der Europäischen Kommission setzte seinen Aufwärtstrend fort. Er stieg bereits elf Mal in Folge

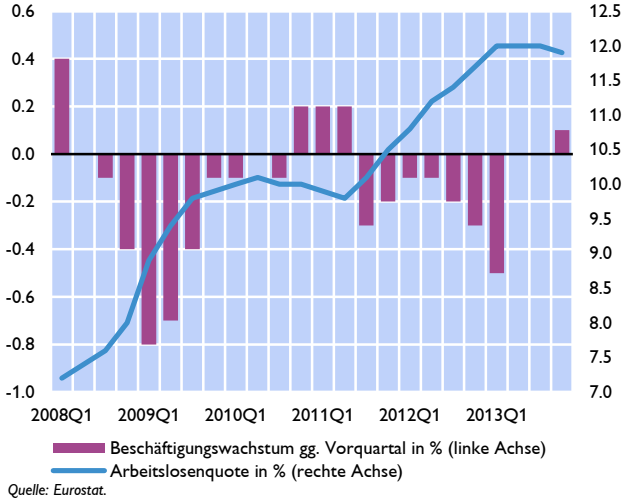
[2] Autorin: Aleksandra Riedl (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland).

und kletterte im März 2014 auf 102,4 Punkte. Damit befindet er sich bereits seit Dezember 2013 wieder über seinem langfristigen Durchschnittswert von 100 Punkten.

Die jüngsten Vertrauensindikatoren für Deutschland ergeben hingegen kein eindeutiges Bild. Der Ifo Geschäftsklimaindex ist im März zwar leicht gesunken konnte sich aber im ersten Quartal diesen Jahres (Durchschnittswert Jänner bis März 2014) gegenüber dem Vorquartal deutlich erhöhen und deutet damit auf eine Beschleunigung des BIP hin. Im Gegensatz dazu verschlechterten sich die ZEW-Konjunkturerwartungen für Deutschland im April bereits zum vierten Mal in Folge. Der leichte Rückgang erfolgt allerdings vor dem Hintergrund einer insgesamt sehr positiv bewerteten Konjunkturlage in Deutschland. Dass die Finanzmarktexperten jüngst vorsichtigere Prognosen abgeben, könnte mit dem Ukrainekonflikt zusammenhängen, der nach wie vor für Verunsicherung sorgt.

Für das Jahr 2014 werden BIP-Wachstumstraten im Euroraum in der Höhe von 1,1%-1,2% erwartet, wobei aktuellere Prognosen sich geringfügig optimistischer zeigen als ältere. Im Jahr 2015 wird sich das BIP-Wachstum weiter beschleunigen und der Beitrag der Inlandsnachfrage immer mehr an Bedeutung gewinnen. Die Erwartungen über das Ausmaß der Zunahme liegen mit 1,4% bis 1,8% jedoch noch relativ weit auseinander und unterscheiden sich vor allem in ihren Annahmen betreffend künftige Investitionsentwicklungen. Die Risiken für den Wirtschaftsausblick sind vorwiegend nach unten gerichtet. Vor allem haben die Risiken höherer Energiepreise bzw. einer niedrigeren Exportnachfrage in Folge der Krim-Krise etwas zugenommen. Ein Überblick über die möglichen Auswirkungen dieser Krise auf den Euroraum befindet sich in einem weiteren Beitrag in dieser Ausgabe.

Beschäftigungswachstum/Arbeitslosigkeit



Quelle: Eurostat.

Da der Arbeitsmarkt mit zeitlicher Verzögerung auf eine beginnende Konjunkturerholung reagiert, ist die Arbeitslosenquote im Euroraum nach wie vor entsprechend hoch. Bisher zeigen die verfügbaren Daten allerdings, dass der seit Ausbruch der Krise 2008 andauernde Aufwärtstrend der Arbeitslosigkeit sein Ende gefunden hat. Auch das Beschäftigungswachstum fiel im Schlussquartal 2013 erstmals nach zwei Jahren mit 0,1% wieder leicht positiv aus. Die Arbeitslosenquote liegt seit Oktober 2013 bei 11,9% und damit bereits geringfügig unter dem Höchstwert von 12,0%. Laut Winterprognose der Europäischen Kommission ist auch bis 2015 nur mit einem geringfügigen Rückgang auf 11,7% zu rechnen. Auch die hohen Unterschiede auf Länderebene werden noch länger bestehen bleiben. So wird laut Prognosen die Spannweite der Arbeitslosenquoten im Euroraum im Jahr 2015 zwischen 4,7% (Österreich) und 24,6% (Spanien) liegen.

Inflationsrate weiterhin auf niedrigem Niveau

Die HVPI-Inflationsrate ist im März 2014 auf 0,5 % gesunken, nachdem sie im Februar noch 0,7% betragen hatte. Der Rückgang der Teuerungsraten in den vergangenen Monaten war eine

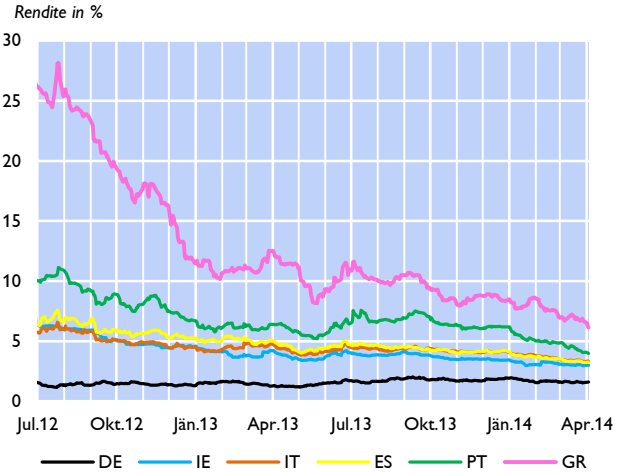
Folge von sinkenden Energiepreisen und schwächer als erwarteten Anstiegen bei den Nahrungsmittelpreisen. Zudem trug die verhaltene Entwicklung bei Dienstleistungs- und nicht-energetischen Industriegüterpreisen zur abschwächenden Preisdynamik bei. Weitere Ursachen des disinflationären Drucks sind die vorangegangene Aufwertung des Euro-Wechselkurses sowie die schwache Konjunkturerholung im Euroraum. Die Kerninflationsrate (ohne Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak) stieg hingegen wieder leicht und betrug im Februar 2014 1,0%.

Aktuelle Inflationsprognosen gehen für den Euroraum weiterhin von niedrigen Inflationsraten in den kommenden Monaten aus und erwarten für 2014 einen durchschnittlichen HVPI-Anstieg von 1,0 %. Die zunehmende Konjunkturerholung im Euroraum wird die Teuerungsraten gemäß EZB allmählich auf 1,3% im Jahr 2015 und 1,5% im Jahr 2016 steigen lassen. Der stetig abnehmende Preisanpassungsbedarf in den finanziell angeschlagenen Ländern des Euroraums wird ebenfalls zur allmählichen Beschleunigung der Teuerungsraten beitragen, so dass mit Jahresende 2016 die HVPI-Inflationsrate auf 1,7% geklettert sein sollte. Die mittelfristigen Inflationserwartungen haben in den vergangenen Monaten abgenommen und liegen nun rund 0,5 Prozentpunkte unter ihrem historischen Durchschnitt. Die langfristigen Inflationserwartungen für 2018 sind zuletzt ebenfalls gesunken. Sie stehen aber nach wie vor im Einklang mit dem von der EZB angestrebten Zielwert für den HVPI von unter, aber nahe 2%.

Risikoaufschläge sinken auf breiter Front

Ungeachtet der Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Krim setzte sich die Entspannung bei den Staatsanleihen der finanziell angeschlagenen Euroraumländer im März 2014 fort. Zum Teil reflektiert dies die beginnende Konjunkturerholung sowie die anhaltende Risikoneigung („Jagd nach Rendite"). In allen Ländern mit Ausnahme Griechenlands lagen die 10-jährigen Renditen Anfang April unter den Werten von Anfang 2008. Italien und Irland konnten sich im März bei Auktionen auf dem Primärmarkt so günstig verschulden wie noch nie seit Beginn der Währungsunion. Griechenland gelang es im April dieses Jahres sich erstmals nach vier Jahren wieder am Kapitalmarkt zu refinanzieren. Die Anleiheemission stieß auf eine hohe Nachfrage.

10-jährige Staatsanleihen ausgewählter Länder



Quelle: Thomson Reuters.

Die Renditen auf dem Markt für Unternehmensanleihen im Euroraum sanken im März 2014 im Durchschnitt ebenfalls leicht. Angesichts der Aussicht auf ein verbessertes Wirtschaftswachstum erscheint die Risiko-/Ertrags-Relation von Unternehmensanleihen für Investoren zunehmend attraktiv zu sein.

Weltwirtschaftswachstum gewinnt zunehmend an Fahrt

Im zweiten Halbjahr 2013 verstärkte sich die globale Konjunkturdynamik. Damit wird nach der jüngsten Einschätzung des Internationalen Währungsfonds (IWF) vom April 2014 das

Wachstum der Weltwirtschaft heuer 3,6 % betragen und sich gegenüber der Vorjahreswachstumsrate (3,0%) deutlich beschleunigen. Das ist auch die Einschätzung der Europäischen Kommission. Für 2015 wird mit einer weiteren Beschleunigung auf 3,9% gerechnet. Die Wachstumsimpulse kommen dabei zu einem Großteil von den Industriestaaten. Deren Wirtschaftsleistung wird im Jahr 2014 laut IWF einen Zuwachs von 2,3% verzeichnen, was einem Anstieg der BIP-Wachstumsrate gegenüber dem Vorjahr von einem Prozentpunkt entspricht. Die Gründe dafür liegen vor allem in der allmählichen Lockerung der restriktiven Fiskalpolitik (mit der Ausnahme Japans) und der nach wie vor expansiven Geldpolitik. Die Wachstumsdynamik in den Entwicklungs- und Schwellenländern wird dagegen eher verhalten sein. Diese Länder sehen sich vor allem mit erschwerten externen Finanzierungsbedingungen konfrontiert, da Investoren in einem Umfeld verbesserter Wachstumsaussichten der Industrieländer und der damit einhergehenden allmählichen geldpolitischen Normalisierung deutlich sensibler auf innenpolitische Spannungen und potentielle Vulnerabilitäten in Schwellenländern reagieren.

Unter den Industriestaaten werden die USA am stärksten wachsen. Das BIP-Wachstum wird sich vor dem Hintergrund der fiskalpolitischen Einigung (Beschluss des Budgets und Erhöhung der Schuldenobergrenze), einem verbesserten Geschäftsklima und dem Ende des Deleveragings der Haushalte deutlich beschleunigen. Der IWF rechnet in seiner Prognose mit einem Zuwachs der US Wirtschaftsleistung von 2,9 % für 2014 (2013: 1,9%) und einer leichten Beschleunigung des BIP-Wachstums auf 3,0% in 2015. Der erfreuliche Konjunkturausblick ist Anlass für die Fed, das *Tapering* planmäßig fortzusetzen, d.h. das Ausmaß der akkommodierenden Geldpolitik weiterhin zurückzufahren. Auf dem FOMC-Meeting im März wurde wie erwartet beschlossen, die monatlichen Anleihenkäufe in Rahmen von *Quantitative Easing* weiter zu reduzieren. Das Ausmaß der Ankäufe sinkt ab April 2014 auf 55 Mrd USD pro Monat und soll weiter reduziert werden, sofern keine „deutliche Verschlechterung" des Konjunkturausblicks erfolgt. Dies impliziert, dass schließlich gegen Jahresende keine Anleihenkäufe mehr getätigt werden sollen.

In Japan hingegen schwächte sich die Erholung im zweiten Halbjahr 2013 deutlich ab, das BIP-Wachstum betrug im vierten Quartal nur noch +0,2% (ggü. VQ). Während die positiven Wachstumsbeiträge vor allem von der Inlandsnachfrage kamen, trugen die Nettoexporte wie schon im Vorquartal deutlich negativ zum Wachstum bei. Der Grund für den schwachen Außensektor waren einerseits die politischen Konflikte mit China und den Senkaku-Inseln, andererseits könnte auch die starke Abwertung des Japanischen Yen im vergangenen Jahr einen J-Kurven-Effekt bewirkt haben. Diesem zufolge kommt es zunächst über den Werteffekt auf die Importe zu sinkenden Nettoexporten bis sich nach und nach aufgrund einer niedrigeren Nachfrage nach Importgütern die Handelsbilanz verbessert. Im ersten Quartal 2014 wird zwar wieder mit einem stärkeren BIP-Wachstum gerechnet, das sich aber im Folgequartal abschwächen wird. Der Grund für diese Entwicklung ist die geplante Mehrwertsteuererhöhung im April dieses Jahres von 5% auf 8%, wodurch Kaufentscheidungen voraussichtlich zeitlich nach vorne verschoben werden. Der IWF rechnet aufgrund der geplanten Fiskalkonsolidierungsmaßnahmen der japanischen Regierung mit einem verhaltenen BIP-Wachstum im heurigen Jahr. Während die Wirtschaftsleistung im Vorjahr noch mit 1,5% zulegen konnte, wird sich das Wachstum 2014 auf 1,4% und 2015 auf 1,0% verlangsamen. Bezüglich der Geldpolitik setzt die japanische Notenbank ihren expansiven Kurs unverändert fort. Die Erfolge bei der Inflationssteuerung basieren jedoch bisher hauptsächlich auf höheren Importpreisen durch die Abwertung des Japanischen Yen, während die Löhne bisher kaum

gestiegen sind. In der aktuell laufenden Frühjahrsrunde der Lohnverhandlungen gibt es jedoch erste Anzeichen von möglichen Lohnerhöhungen, was ein wichtiger Schritt zu einer nachhaltig positiven Inflationsrate wäre.

In China schwächte sich das Wirtschaftswachstum von rund 10 % im Jahr 2010 auf 7,7 % im Jahr 2013 kontinuierlich ab und dürfte sich laut IWF in den kommenden Jahren auch nicht beschleunigen. Ursachen für die gedämpfte Konjunkturdynamik sind einerseits strukturelle Faktoren (geringeres Bevölkerungs- und Produktivitätswachstum) und andererseits der Abbau interner Ungleichgewichte. Letzterer ist jedoch zuletzt wieder deutlich ins Stocken geraten. So ging das Wachstum des inländischen Konsums aufgrund schleppender Einkommenszuwächse wieder leicht zurück, während die Bruttoanlageinvestitionen ihren Wachstumsbeitrag sogar steigerten. Auch vor diesem Hintergrund kündigte die Regierung weitere Reformen im Finanzsektor an. Noch dieses Jahr soll eine Einlagensicherung eingeführt werden. Zudem soll die Liberalisierung der Einlagenzinsen, die für den privaten Konsum aufgrund der Lücken im Sozialsystem und der hohen Sparquote sehr wichtig sind, innerhalb von zwei Jahren umgesetzt werden. Dadurch will man auch das zuletzt ausufernde und schwer zu überwachende System der Schattenbanken eindämmen.

EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa: Konjunkturelle Erholung setzt sich fort[3]

Wirtschaftswachstum beschleunigt sich im vierten Quartal weiter

Das durchschnittliche Wirtschaftswachstum in den zentral-, ost- und südosteuropäischen EU-Mitgliedsländern erhöhte sich im vierten Quartal 2013 auf 0,8% im regionalen Durchschnitt (im Vergleich zum Vorquartal). Damit wuchs die Region so schnell wie zuletzt im ersten Quartal 2011. Die wirtschaftliche Dynamik war vor allem in Rumänien, Litauen und der Tschechischen Republik stark. Eine negative Wachstumsrate wies hingegen nur Kroatien auf.

Die Konjunktur im vierten Quartal wurde weiterhin stark von den Nettoexporten gestützt. Darüber hinaus trug aber auch die Binnennachfrage zum Wachstum bei. Vor allem die Investitionen verzeichneten in mehreren Ländern eine verstärkte Dynamik. Dafür dürfte einerseits sowohl das zunehmende Wirtschaftsvertrauen in diesen Ländern als auch in der gesamten EU verantwortlich sein. Andererseits dürfte sich auch das Ende des mehrjährigen Finanzrahmens 2007-2013 der Europäischen Union positiv auf die öffentliche Investitionstätigkeit ausgewirkt haben, da die CESEE EU-Mitgliedstaaten gegen Ende des letzten Jahres zusätzliche Anstrengungen unternommen haben, die Absorptionsrate für noch zur Verfügung stehende Fördertopfe zu steigern. Auch der private Konsum zeigte vor dem Hintergrund besserer Vertrauenswerte sowie einer beginnenden Stabilisierung auf den Arbeitsmärkten einen positiven Trend. Seine Zuwächse blieben aber meist hinter den Investitionen zurück.

Wirtschaftswachstum in den zentral-, ost- und südosteuropäischen EU-Mitgliedstaaten

Wachstumsrate des realen BIP in % gegenüber der Vorperiode

	2014f	2015f	2013q1	2013q2	2013q3	2013q4
Bulgarien	1.6	2.5	0.3	0.2	0.5	0.3
Estland	2.4	3.2	-0.2	-0.3	0.5	0.2
Kroatien	-0.6	0.4	0.0	-0.3	-0.2	-0.4
Lettland	3.8	4.4	1.7	0.1	1.2	0.8
Litauen	3.3	3.5	1.0	0.8	0.4	1.2
Polen	3.1	3.3	0.4	0.6	0.7	0.6
Rumänien	2.2	2.5	0.6	0.8	1.6	1.5
Slowakische Rep.	2.3	3.0	0.3	0.3	0.3	0.4
Slowenien	0.3	0.9	0.1	0.2	0.4	1.2
Tschechische Rep.	1.9	2.0	-1.3	0.3	0.3	1.8
Ungarn	2.0	1.7	1.1	0.3	0.8	0.5
gesamte Region	2.4	2.6	0.2	0.4	0.7	0.8

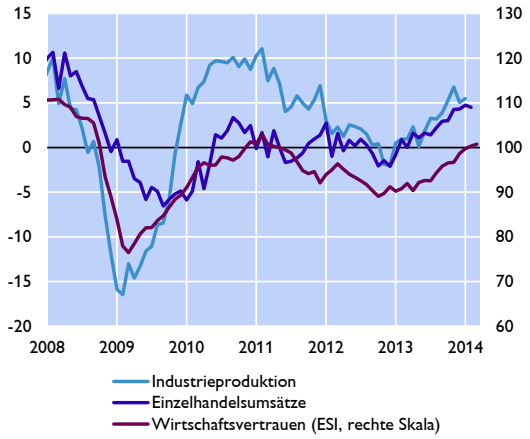
Quelle: Eurostat, Internationaler Währungfond.

[3] Autor: Josef Schreiner (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland)

Die seit Ende 2012 zu beobachtende Verbesserung einer Reihe von Vertrauens- und Vorlaufindikatoren für die CESEE-Region setzte sich auch zu Jahresbeginn fort. Sowohl die Einzelhandelsumsätze als auch die Industrieproduktion wuchsen in den letzten Monaten robust (um 4,5% im Februar bzw. 5,5% im Januar) und das Wirtschaftsvertrauen festigte sich. So stand etwa der Economic Sentiment Indicator der Europäischen Kommission im März im Durchschnitt bei 100,8 Punkten und damit geringfügig über seinem langjährigen Mittel. Ein solcher Wert wurde zuletzt Mitte 2011 erreicht. Auch die für Polen und die Tschechische Republik verfügbaren Einkaufsmanager-Indizes lagen zuletzt deutlich über der 50-Punkte Marke, welche eine wirtschaftliche Expansion anzeigt. Für beide Länder wurde allerdings im März ein merklicher Rückgang berichtet, was mit der Krise in der Ukraine zusammenhängen könnte.

Vorlauf- und Vertrauensindikatoren in CESEE

jährliche Veränderung in % bzw. in Punkten



Quelle: Eurostat, Europäische Kommission.

OeNB-BOFIT-Prognose für ausgewählte Länder Zentral-, Ost- und Südosteuropas: Mäßiges, aber zunehmendes Wachstum

CESEE-7 (Bulgarien, Kroatien, Tschechische Republik, Ungarn, Litauen, Polen, Rumänien):

Das BIP-Wachstum der Region wird sich nach einem schwachen Jahr 2013 (1,3%) im Jahr 2014 wieder auf 2,5% beschleunigen. Sowohl die externe als auch die inländische Nachfrage beleben sich. Das Wachstum wird primär vom Exportwachstum und dem privaten Konsum getrieben sein. Das Wachstum der Investitionen wird sich in der zweiten Jahreshälfte wieder beschleunigen. Kroatien wird auch 2014 die Rezession noch nicht überwinden können, alle anderen Länder der Region weisen jedoch ab dem heurigen Jahr wieder ein positives Wachstum auf. Das Wachstumsdifferenzial zum Euroraum wird zwischen 1,1 und 1,4 Prozentpunkten liegen.

BIP-Wachstumsprognosen 2014 bis 2016

Jahreswachstum in %, Differenz in Prozentpunkten

	Eurostat / Rosstat	OeNB / BOFIT April 2014			IWF WEO April 2014			Differenz		
		Prognosen								
	2013	2014	2015	2016	2014	2015	2016	2014	2015	2016
CESEE-7	**1.3**	**2.5**	**2.9**	**3.1**	**2.4**	**2.6**	**2.8**	**0.1**	**0.3**	**0.3**
Bulgarien	0.8	1.8	2.5	3.5	1.6	2.5	3.0	0.2	0.0	0.5
Kroatien	-0.8	-0.6	0.7	1.7	-0.6	0.4	1.3	0.0	0.3	0.4
Tschechische Republik	-0.9	2.5	2.7	3.3	1.9	2.0	2.1	0.6	0.7	1.2
Unganr	1.2	2.0	2.4	2.4	2.0	1.7	1.7	0.0	0.7	0.7
Polen	1.5	3.0	3.4	3.4	3.1	3.3	3.4	-0.1	0.1	0.0
Rumänien	3.5	2.5	2.7	2.9	2.2	2.5	2.9	0.3	0.2	0.0
Russland	1.3	0.5	1.0	2.0	1.3	2.3	2.5	-0.8	-1.3	-0.5

CESEE-7 = EU-Mitgliedstaaten in CESEE, die den Euro noch nicht eingeführt haben.

Quellen: OeNB-BOFIT-Prognose April 2014, IWF WEO, Eurostat, Rosstat.

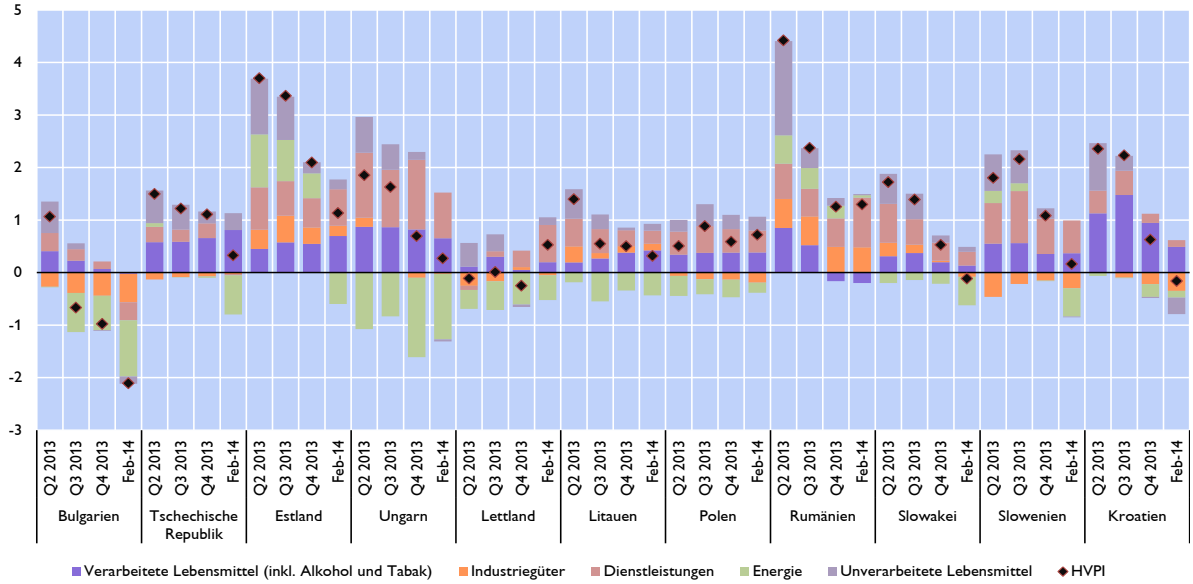
Die Risiken sind stark abwärtsgerichtet und resultieren aus einer Eskalation der russisch-ukrainischen Beziehungen, sowie aus einem schlechten Ergebnis des Asset Quality Reviews (AQR). Ein besser als erwartetes Ergebnis des AQR stellt hingegen ein Aufwärtsrisiko dar. Die Normalisierung der Geldpolitik außerhalb des Euroraums dürfte die Region – abgesehen von indirekten Effekten über andere Emerging Markets – nicht wesentlich beeinflussen.

Russland:

Trotz eines Aufschwungs der Weltwirtschaft, wird sich das Wirtschaftswachstum in Russland weiterhin abschwächen. Vor allem die Investitionen sind durch die Krimkrise bereits negativ betroffen, die erhöhte Unsicherheit wird sich zudem dämpfend auf die ohnehin schwache Inlandsnachfrage auswirken. Auch in den Jahren 2015-2016 wird das BIP-Wachstum sehr schwach bleiben. Die Risiken sind ebenfalls stark abwärtsgerichtet. Eine Verstärkung der Krise und mögliche Sanktionen würden u.a. auch die Kapitalflucht erhöhen.

Inflationsentwicklung in Zentral-, Ost- und Südosteuropa

jährliche Veränderung in %



Quelle: Eurostat.

Preisdruck geht zu Jahresbeginn weiter zurück

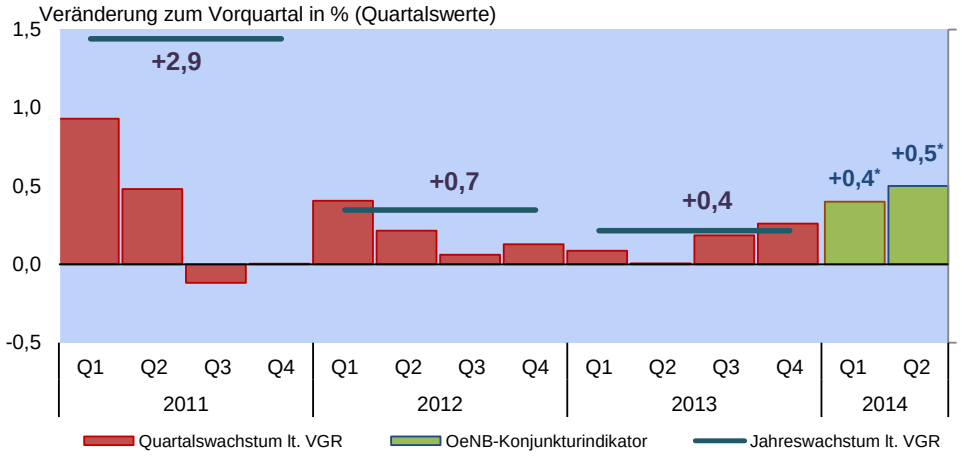
Der Preisdruck in den CESEE-EU-Mitgliedstaaten hat in den letzten Monaten stark nachgelassen. Die durchschnittliche Inflationsrate ging von 1,5% im dritten Quartal 2013 auf nur noch 0,3% im Februar 2014 zurück. Die Slowakei und Kroatien schlitterten im Februar in die Deflation. Bulgarien kämpft schon seit mehreren Monaten mit rückläufigen Preisen und verzeichnet zurzeit die niedrigste Inflationsrate in der EU (0,8%). Zwei Faktoren waren hauptverantwortlich für die niedrige Teuerung: Einerseits wirkten Energiepreise in der gesamten Region deutlich deflationär. Andererseits sank der Inflationsbeitrag von unverarbeiteten Lebensmitteln aufgrund eines Basiseffektes und einer guten Ernte im Jahr 2013 auf de facto Null. Der Inflationsrate von den übrigen Komponenten war ebenfalls meist rückläufig. In einigen Ländern spielten des Weiteren Anpassungen von administrierten Preisen (z.B. Tschechische Republik, Bulgarien, Ungarn) sowie Basiseffekte nach Steuererhöhungen im Vorjahr (z.B. Tschechische Republik) eine Rolle.

Österreich: Konjunkturerholung festigt sich zu Jahresbeginn[4]

OeNB Konjunkturindikator vom März 2014: Konjunktur nimmt langsam Fahrt auf

Die österreichische Konjunktur nimmt langsam, aber beständig Fahrt auf; seit dem dritten Quartal 2013 ist ein leichter Aufwärtstrend erkennbar. Im vierten Quartal 2013 stieg das reale Bruttoinlandsprodukt – gestützt auf anziehende Exporte – um 0,3% (zum Vorquartal, saison- und arbeitstägig bereinigt). Gemäß den Ergebnissen des OeNB-Konjunkturindikators wird sich das Wachstum der österreichischen Wirtschaft kontinuierlich beschleunigen und in den ersten beiden Quartalen 2014 +0,4% bzw. +0,5% betragen.

Prognose für das reale Bruttoinlandsprodukt in Österreich für das erste und zweite Quartal 2014 (saison- und arbeitstägig bereinigt)



*) Prognosewerte

Quelle: OeNB-Konjunkturindikator vom März 2014, Eurostat.

Die österreichischen Exporteure profitieren von der Erholung der internationalen Wirtschaft. Das reale Exportwachstum beschleunigt sich zusehends und erreichte im vierten Quartal 2013 mit +1,1% (zum Vorquartal) bereits wieder Werte knapp unter dem historischen Durchschnitt, womit die zweijährige Schwächephase überwunden ist. Das Exportwachstum wurde dabei in erster Linie von den mittel- und osteuropäischen Ländern getragen, während sich die Exporte in den Euroraum gedämpft entwickelten. Darüber hinaus lassen die Ergebnisse des auf Fahrleistungsdaten der ASFINAG beruhenden OeNB-Exportindikators sowie die gestiegenen Auslandsaufträge ein Anhalten dieses Aufwärtstrends erwarten.

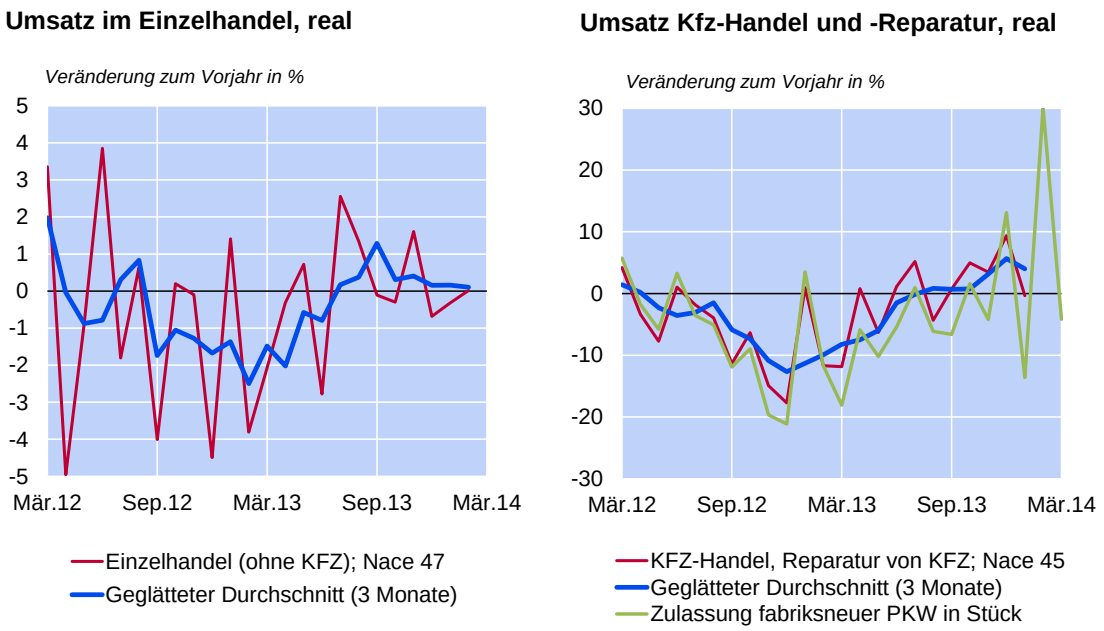
Die sich verbessernden Absatzperspektiven im Export werden zu einer Erholung der Investitionstätigkeit führen und der seit zwei Jahren stagnierenden Industriekonjunktur neue Impulse verleihen. Der Teilindex Auftragseingänge des Bank Austria Einkaufsmanagerindex hat

[4] Autor: Klaus Vondra (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

sich seit seinem Höchststand von Anfang des Jahres zwar etwas zurückentwickelt, liegt aber immer noch über der Expansionsschwelle von 50 Punkten. Die Unternehmen haben in der letzten Zeit ihre Lagerbestände abgebaut. Im Zuge der anziehenden Nachfrage ist daher für die nächste Zeit mit einem Lageraufbau zu rechnen, der die Produktion stützt. Der Wohnbau entwickelte sich in der letzten Zeit günstiger als der Tiefbau. Die kräftig steigenden Baubewilligungen deuten auf eine Fortsetzung dieses Trends hin. Der ungewöhnlich milde Winter begünstigte im ersten Quartal die Bautätigkeit.

Der private Konsum stagnierte im Jahr 2013 aufgrund einer schwachen Entwicklung der verfügbaren Haushaltseinkommen. Im Verlauf des Jahres kam es bei einem sich abschwächenden Beschäftigungswachstum zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit. In den ersten beiden Monaten 2014 beschleunigte sich das Beschäftigungswachstum jedoch wieder, was die Einkommen und in Verbindung mit sinkenden Inflationsraten den privaten Konsum stützen sollte. Dies zeigt sich in der Umsatzentwicklung sowohl im Einzelhandel als auch beim Kfz-Handel. Beide Umsatzreihen verzeichneten von Ende 2012 bis Mitte 2013 reale Rückgänge (jeweils im Vergleich zum Vorjahr), verzeichneten in den vergangenen Monaten aber zumindest geringfügige Zuwachsraten. Wie die nachfolgende Grafik zeigt, hat die Anfang März in Kraft getretene Anhebung der Normverbrauchsabgabe im Februar zu starken Vorzieheffekten bei den PKW-Neuanmeldungen geführt. Dies sollte den privaten Konsum im ersten Quartal stärken.

Bestimmungsfaktoren des privaten Konsums



Quelle: Statistik Austria.

Keine nennenswerten Revisionen bei WIFO und IHS

Am 27. März präsentierten die beiden Wirtschaftsforschungsinstitute WIFO und IHS die Frühjahrsprognose 2014. Hierbei bestätigten beide Institute ihre im Dezember vorgelegten Wachstumseinschätzungen. Sowohl WIFO als auch IHS erwarten eine deutliche Wachstumsbeschleunigung 2014 (reales BIP-Wachstum von 1,7%). Die Einschätzung für das Jahr 2015 unterscheidet sich jedoch: Während das WIFO von einem unveränderten BIP-Wachstum ausgeht, erwartet das IHS eine weitere Beschleunigung auf 2,0%. Während die

Prognosen für die einzelnen BIP-Nachfragekomponenten, den Arbeitsmarkt und die Preisentwicklung kaum revidiert wurden, erwarten beide Institute ein um einen Prozentpunkt höheres Budgetdefizit im Jahr 2014 (WIFO: 3,0%; IHS: 3,1%). Beide Institute gehen jedoch nur von defizitwirksamen Aufwendungen für die Hypo Alpe Adria Bank AG im Jahr 2014 aus – so beträgt der Finanzierungssaldo des Staates im Jahr 2015 -1,2% (WIFO) und -1,4% (IHS).

Indikator	OeNB Dezember 2013		WIFO 25. März 2014		IHS 25. März 2014		Revisionen zur WIFO Dezember Prognose		Revisionen zur IHS Dezember Prognose	
Nächster Prognosetermin	*Juni 2014*		*26. Juni 2014*		*26. Juni 2014*					
	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015
Hauptergebnisse	*Veränderung zum Vorjahr in %*									
BIP, real	1.6	1.9	1.7	1.7	1.7	2.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Privater Konsum, real	0.7	1.1	0.8	1.0	0.8	1.1	-0.1	0.0	0.0	0.0
Öffentlicher Konsum, real	1.3	1.3	0.5	0.3	0.2	0.2	0.0	0.0	-0.1	-0.1
Bruttoanlageinvestitionen, real	2.2	2.4	3.0	2.1	2.3	3.1	0.0	0.0	0.0	0.0
Exporte, real	3.7	5.2	4.7	5.7	4.8	5.6	-0.6	-0.1	0.1	-0.1
Importe, real	3.7	5.2	4.8	5.5	4.4	5.6	-0.2	-0.2	0.0	0.0
BIP je Erwerbstätigen	0.9	1.1	1.1	1.1	0.7	0.9	0.3	0.2	-0.2	0.0
BIP Deflator	1.6	1.6	1.8	1.9	1.4	1.6	0.0	0.1	-0.2	0.0
VPI	x	x	1.9	1.9	1.8	1.9	0.1	0.0	0.1	0.0
HVPI	1.7	1.6	1.9	1.9	1.8	1.9	0.0	0.0	0.0	-0.1
Lohnstückkosten	1.4	1.0	1.5	1.7	1.4	1.3	0.2	0.2	0.1	0.1
Beschäftigte	0.7	0.7	1.0	1.0	1.0	1.0	0.2	0.2	0.2	0.0
	in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition									
Arbeitslosenquote	5.0	5.0	5.2	5.3	4.8	4.7	0.0	0.1	-0.1	-0.2
	in % des nominellen BIP									
Leistungsbilanzsaldo	3.3	3.5	3.3	3.7	x	x	-0.1	0.1		
Finanzierungssaldo des Staates[1])	-1.6	-1.6	-3.0	-1.2	-3.1	-1.4	-1.0	0.4	-1.0	0.3

Quelle: OeNB, WIFO, IHS.
1) OeNB Prognose: Finanzierungssaldo des Staates mit eventueller Bankenhilfe 2014 und 2015: -2,2.

Österreichische HVPI-Inflation sinkt im März 2014 auf 1,4%

Im März 2014 belief sich die österreichische HVPI-Inflationsrate auf 1,4% und war damit leicht unter dem Niveau des Vormonats (1,5%). Auch die Kerninflationsrate (ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) ging in den letzten beiden Monaten leicht zurück (März: 1,8%; Februar: 2,0%). Zurückzuführen ist diese Entwicklung vor allem auf die moderatere Teuerung bei Dienstleistungen und in einem geringeren Ausmaß auf die rückläufige Inflationsrate bei Nahrungsmitteln. Demgegenüber lag die Inflationsrate im Sektor Energie und bei Industriegütern ohne Energie im März über dem Vormonatswert.

Die österreichische HVPI-Inflation lag im März mit 1,4% über dem Euroraum-Durchschnitt von 0,5%. Der Inflationsabstand zu unserem größten Handelspartner Deutschland (HVPI-Inflation im März: 0,9%) betrug im März wie im Vormonat 0,5 Prozentpunkte. Der Inflationsabstand Österreichs zu Deutschland geht zuletzt – wie auch schon im Jahr 2013 – auf den Dienstleistungssektor zurück. Im März dieses Jahres betrug die Teuerung bei Dienstleistungen in Österreich 2,5% und jene in Deutschland 1,1%. Bei Dienstleistungen ist der Abstand zu Deutschland in den letzten Monaten sowohl auf lohnsensitive Sektoren (zuletzt vor allem Finanzdienstleistungen und Restaurants) als auch auf Sektoren, deren Preissetzung durch öffentliche Stellen wesentlich bestimmt wird (unter anderem Gesundheitsdienstleistungen, Erziehung und Unterricht, Müllabfuhr, Abwasserbeseitigung), zurückzuführen. Die in

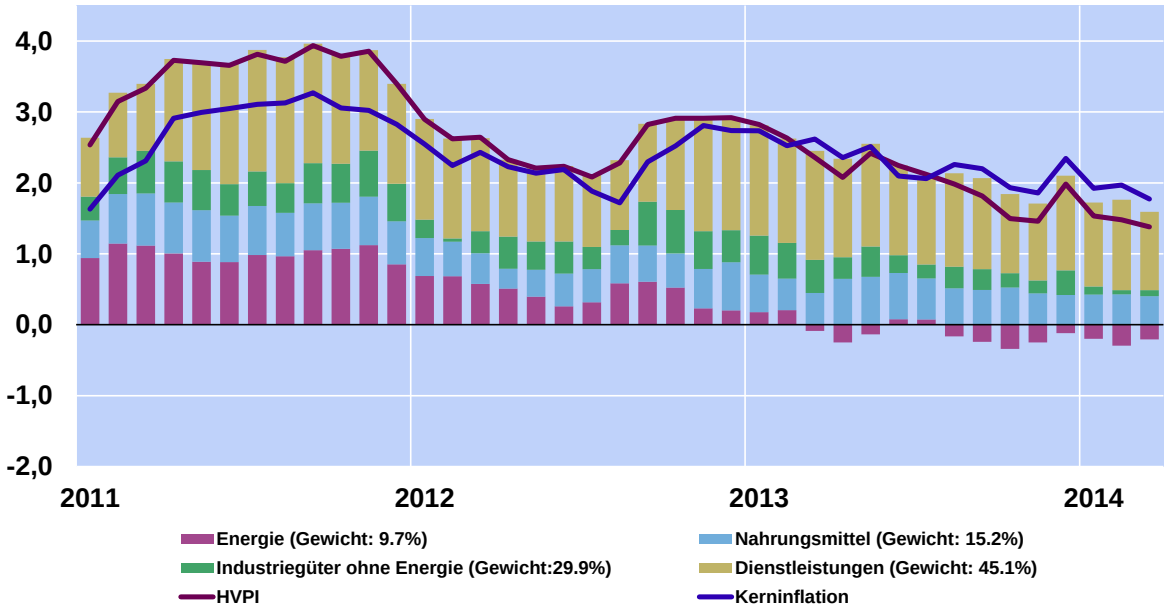
Österreich höhere Teuerungsrate bei Dienstleistungen dürfte daher sowohl auf den öffentlichen Sektor, als auch auf die Lohnentwicklung zurückzuführen sein.

Die Inflationsrate gemäß VPI (nationale Definition) erhöhte sich im März im Gegensatz zum HVPI leicht auf 1,6% (Februar 2014: 1,5%). Die unterschiedliche Entwicklung von VPI und HVPI beruht auf Definitions- und Gewichtungsunterschieden. Eine im März 2014 stattgefundene Erhöhung der motorbezogenen Versicherungssteuer wird definitionsgemäß nur im VPI und nicht im HVPI erfasst. Ausgaben für die Instandhaltung von Wohnungen sowie für Versicherungsdienstleistungen weisen im VPI höhere Gewichtungsanteile als im HVPI aus.

HVPI-Inflationsrate und Beiträge der Subkomponenten

Veränderung zum Vorjahr in % für HVPI und Kerninflation bzw. in %-Punkten für Inflationsbeiträge

Letzte Beobachtung: 1,4% (März 2014)



Quelle: Statistik Austria.

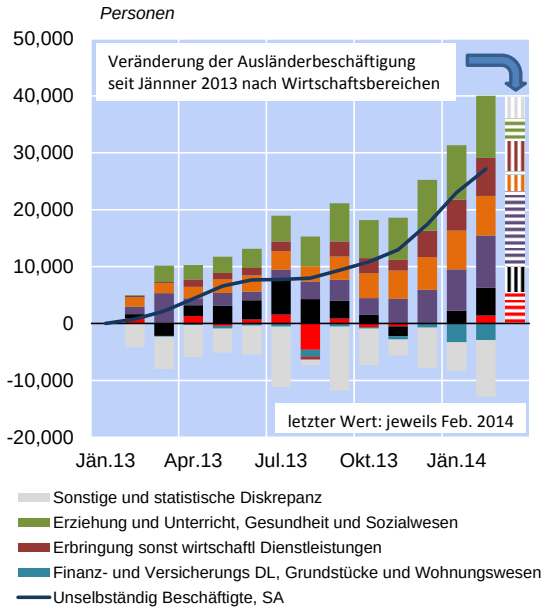
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit steigen weiterhin an, jedoch mit unterschiedlicher Dynamik

Seit geraumer Zeit ist Österreich mit dem Phänomen eines gleichzeitigen Anstiegs der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit konfrontiert. Zu Jahresbeginn setzten sich diese Trends fort, wenngleich mit unterschiedlicher Dynamik. Das Beschäftigungswachstum hat im ersten Quartal 2014 deutlich an Fahrt gewonnen, im Vergleich zum Vorjahr konnte die Beschäftigung um +0,7% zulegen (NSA-Daten; im 3. und 4. Quartal lag der Zuwachs noch bei jeweils +0,4%). Im Gegensatz dazu reduzierte sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit im ersten Quartal und lag bei +9,5% (ebenso im Vergleich zum Vorjahr; 3. Quartal 2013: +13,2%, 4. Quartal 2013: +11,9%). In der nachfolgenden Grafik ist die Veränderung der Anzahl der Beschäftigten und Arbeitslosen (jeweils in Köpfen) im Vergleich zum Jänner 2013, sowie die Aufteilung der beiden Größen in einzelne Wirtschaftsbereiche abgebildet (letzte verfügbare Daten: Februar 2014). Die Daten wurden saisonbereinigt; die letzte Säule zeigt zusätzlich die Beschäftigungen bzw. arbeitslosen Ausländer in den einzelnen Wirtschaftsbereichen (Februar 2014). Die Beschleunigung des Beschäftigungswachstums seit Jänner 2013 geht ausschließlich auf

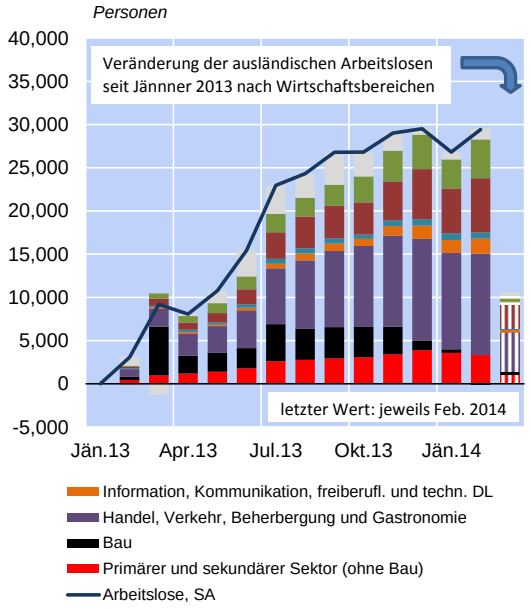
ausländische Arbeitskräfte zurück, die Inländerbeschäftigung ist gesunken (linke Grafik). Rund ein Drittel des gesamten Beschäftigungszuwachses im Jänner und Februar 2014 geht auf den Bereich „Handel, Verkehr, Beherbergung und Gastronomie“ zurück. Darüber hinaus geht mehr als die Hälfte des jüngsten Anstiegs auf den Bausektor zurück und steht vermutlich in engem Zusammenhang mit dem warmen und schneearmen Winter. Im Jänner (letztverfügbare Daten) konnte die Produktion im Bausektor einen klaren Zuwachs gegenüber dem Dezember verzeichnen, die Februardaten werden erst Ende April veröffentlicht. In der grafischen Darstellung der Arbeitslosenentwicklung ist der Rückgang der Zuwachsrate ersichtlich; kein Wirtschaftsbereich konnte jedoch im Vergleich zum Jänner 2013 einen Rückgang der Arbeitslosigkeit verzeichnen (rechte Abbildung). Der Anstieg geht primär auf den Dienstleistungssektor zurück. Hier ist er vor allem auf die Bereiche „Handel, Verkehr, Beherbergung und Gastronomie“, „sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen“ (darunter fallen Leiharbeiter) und „Erziehung, Unterricht, Gesundheit und Sozialwesen“ begründet. Auffallend ist der geringere Anstieg der Anzahl ausländischer Arbeitsloser.

Gleichzeitiger Anstieg von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Anstieg der Beschäftigung seit Jänner 2013



Anstieg der Arbeitslosigkeit seit Jänner 2013



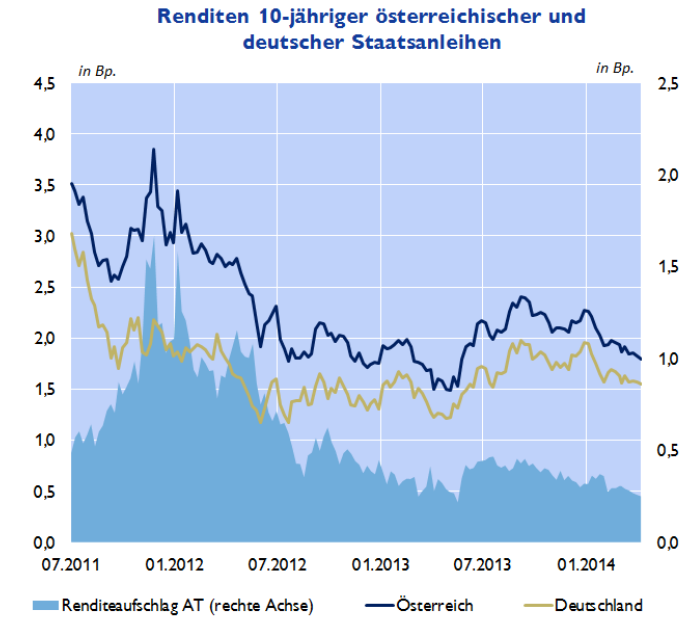
Quelle: AMS. *Anmerkung: Daten wurden von der OeNB saisonbereinigt.*

Finanzmarkt: Fortschritte in der Regulierung und verbesserte Marktaussichten – jedoch weiterhin bedeutende Herausforderungen[5]

Einschätzungen der Ratingagenturen zur Republik Österreich

Standard and Poor's bestätigte am 28. März 2014 das AA+ Rating (zweithöchste Klasse) für die Kreditwürdigkeit der Republik, auch der Ausblick wurde unverändert bei stabil belassen. Die Ratingagenturen Fitch und Moody's bestätigten am 21. bzw. 28. Februar 2014 das AAA-Rating für die Republik Österreich. Moody's hob den Ausblick von negativ auf stabil an, Fitch beließ ihn unverändert auf stabil.

Die Ratingagenturen betonen die Stärken der österreichischen Volkswirtschaft (hochqualifizierte Arbeitskräfte, diversifizierte und wettbewerbsfähige Volkswirtschaft), die umsichtige Fiskalpolitik (begrenztes Defizit, handhabbare Verschuldung) sowie die niedrigen Zinszahlungen und die Schuldentragfähigkeit als Ausdruck eines hohen Investorenvertrauens. Weiters profitiert Österreich vom stabilen institutionellen Rahmen und der internationalen wirtschaftlichen Erholung.



Quelle: Datastream.

Fitch erwartet durch Restrukturierung der Hypo Alpe Adria (HAA) einen Anstieg der Staatsverschuldung um 18 Mrd EUR (5,6% des BIP), jedoch auch im gleichen Ausmaß sinkende Eventualverbindlichkeiten. Moody's sieht durch die Restrukturierung der HAA keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Refinanzierungsfähigkeit der Republik. Weitere Belastungen durch den österreichischen Bankensektor werden als begrenzt eingeschätzt. Der Bankensektor befindet sich nach wie vor in einem herausfordernden Umfeld (In- und Ausland), insbesondere durch die hohe Exponierung gegenüber CESEE. Die Refinanzierungssituation der österreichischen Banken hat sich verbessert. Standard and Poor's rechnet durch die Einrichtung einer Abwicklungsgesellschaft für

[5] Autoren: Tina Wittenberger (Abteilung für Finanzmarktstabilität und Makroprudenzielle Aufsicht), Matthäus Buder und Dieter Huber (beide Abteilung für Europäische Aufsichtsgrundsätze und Strategie)

die HAA mit einem Anstieg der Staatsschuldenquote um ca. 10 Prozentpunkte auf 80% des BIP.[6]

Eine Ratingherabstufung könnte erfolgen, wenn bedeutende zusätzliche Belastungen vom Finanzsektor auf den Staat zukämen, die europäische Staatsschuldenkrise sich erneut intensivieren oder der fiskalpolitische Konsolidierungspfad verfehlt würde. Laut Fitch dürfte die Staatsverschuldung 2014/2015 bei etwa 80% ihre Spitze erreichen.

Die Renditen Österreichs und der Aufschlag zu Deutschland waren seit Anfang 2013 nahezu unverändert.

Engagement der österreichischen Banken in der Ukraine, Russland und der Türkei verstärkt im Fokus

Die österreichischen Banken weisen ein hohes Engagement in CESEE auf, welches schon seit Jahren stabil ist. Berücksichtigt man alle österreichischen Banken, d.h. auch die, die sich in mehrheitlich ausländischem Besitz befinden und so etwa von Österreich aus Aktivitäten in CESEE verfolgen, beliefen sich die Auslandsforderungen im Jahr 2013 auf über 300 Mrd EUR[7].

Während die CESEE-Länder vor Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise tendenziell als homogen wahrgenommen wurden, waren die makrofinanziellen Entwicklungen, die nach Krisenausbruch in diesen Ländern verzeichnet wurden, sehr unterschiedlich, was sich auch in den Geschäftszahlen der österreichischen Banken widerspiegelt. Während die österreichischen Tochterbanken in Ländern wie Tschechien, der Slowakei und Russland auch während der Krisenjahre positive Jahresergebnisse erzielten, wurden in anderen Ländern wie Rumänien, Ungarn und der Ukraine zeitweise sogar Verluste verzeichnet.

Gerade Russland kristallisierte sich – insbesondere im Vergleich zu anderen CESEE-Ländern, in denen die Banken noch Herausforderungen aus dem vergangenen Kreditboom zu bewältigen haben, wie etwa hohe Volumina an notleidenden Krediten – zunehmend als Wachstumsmarkt und Profitabilitätstreiber, auch für die österreichischen Banken, heraus. Das Exposure stieg seit 2008 – unter Berücksichtigung aller österreichischen Banken – deutlich auf 36 Mrd EUR im Dezember 2013 an.

Durch die sich verschärfende politische Situation geriet zuletzt die Ukraine und aufgrund der hohen wirtschaftlichen und finanziellen Verflechtungen auch Russland in den Fokus. Die österreichischen Banken verringerten ihre Auslandsforderungen gegenüber der Ukraine seit 2008 um -32% – das Exposure lag Ende 2013 für alle österreichischen Banken bei 9,8 Mrd

---

[6] Der Fiskalrat erwartet bis zur Umwandlung der HAA in eine Abbaugesellschaft eine Belastung des Budgetdefizits 2014 von 0,4% des BIP durch den zusätzlichen Kapitalbedarf der HAA. Die Ausgangslage für die Budgetkonsolidierung wird durch das geringer als erwartete Budgetdefizit laut Maastricht 2013 (1,5% des BIP anstatt 2,3% des BIP) verbessert. Ab dem Jahr 2015 sind aber Zusatzbelastungen durch die Abbaubank HAA möglich, wenn die laufenden Erträge der Aktivseite die laufenden Aufwendungen der Passivseite unterschreiten. Siehe hierzu auch die Pressemitteilung des Fiskalrates vom 7. April 2014: http://www.fiskalrat.at/de/img/pressemitteilung-hypo2_tcm163-260899.pdf

[7] Die im inländischen Besitz befindlichen Banken (gemäß Definition der BIZ) wiesen demgegenüber ein Exposure von rund 200 Mrd EUR aus.

EUR. Mögliche Rückkoppelungseffekte auf Russland könnten aber insbesondere auch die österreichischen Banken betreffen.

Neben Russland werden auch durch die Aktivitäten der österreichischen Banken in der Türkei (v.a. durch eine Beteiligung) zum Teil sehr hohe Gewinne erzielt. Die Profitabilität ist durch das relativ starke Wirtschaftswachstum und die hohe Kreditnachfrage getrieben. Von den österreichischen Banken sind insbesondere die in mehrheitlich ausländischem Besitz befindlichen gegenüber der Türkei exponiert. Die makrofinanzielle Lage in der Türkei ist jedoch als fragil einzustufen – die Türkische Lira geriet seit Mai 2013 immer wieder unter Druck.

Einheitlicher Abwicklungsmechanismus als wesentliches Element der Bankenunion

Im Juli 2013 legte die Europäische Kommission einen Vorschlag für eine Verordnung vor, mit der ein einheitliches Verfahren für die Abwicklung von Kreditinstituten im Rahmen eines einheitlichen Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism, SRM) festgelegt wird. Der SRM stellt die zweite Säule der Bankenunion dar. Im März 2014 einigten sich das Europäische Parlament, die Europäische Kommission und der Rat der Europäischen Union in den Trilog-Verhandlungen auf einen provisorischen Kompromiss.

Die SRM-Verordnung erstreckt sich auf die Banken jener Länder, die am einheitlichen Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism, SSM) teilnehmen. Der SRM besteht aus drei Hauptkomponenten: einheitliche Abwicklungsregeln, zentrales Abwicklungsgremium (Single Resolution Board, SRB) und gemeinsamer Abwicklungsfonds (Single Resolution Fund, SRF). Wettbewerbsverzerrungen, die durch divergierende Bankenabwicklungsregeln und -praktiken entstehen, sollen dadurch vermieden werden.

Das zentrale Abwicklungsgremium wird seinen Sitz in Brüssel haben und aus einem Exekutiv-Direktor, einem stellvertretenden Exekutiv-Direktor, vier weiteren Mitgliedern, sowie aus Vertretern der Mitgliedstaaten, die die nationalen Abwicklungsbehörden repräsentieren, bestehen. Der Europäischen Kommission und der EZB kommt eine beobachtende Rolle zu. Im Bedarfsfall können weitere Beobachter eingeladen werden.

Eine wichtige Aufgabe des Single Resolution Board und der nationalen Abwicklungsbehörden ist die Erstellung und Prüfung von Abwicklungsplänen.

Die EZB ist maßgeblich in die Entscheidung zur Bankenabwicklung eingebunden und schlägt diese in den meisten Fällen vor. Wenn eine Bank vor oder kurz vor dem Zusammenbruch steht, wenn keine „private-sector"-Lösung möglich ist und wenn die Abwicklung im öffentlichen Interesse ist, beschließt das SRB das „Resolution-Scheme", einschließlich der anzuwendenden Abwicklungstools.

Die Abwicklung von Banken soll zukünftig mit minimalen Kosten für den Steuerzahler und die Realwirtschaft erfolgen. Um dies zu erreichen, sollen Eigentümer von Kreditinstituten, bestimmte Gläubiger sowie die Kreditinstitute vermehrt selbst die Kosten der Abwicklung tragen. Die SRM-Verordnung sieht die Errichtung eines gemeinsamen Abwicklungsfonds vor, der durch Beiträge von Banken gespeist wird. Die Zielgröße des Fonds beträgt rund 55 Mrd EUR. Während einer Übergangsfrist von acht Jahren besteht der Fonds aus sogenannten „nationalen Compartments", also nationalen Fonds-Teilen. Bereits nach einem Jahr sollen jedoch

40% des Fonds-Volumens „vergemeinschaftet“ sein. Nach der achtjährigen Übergangsfrist ist der gemeinsame Abwicklungsfonds vollständig eingerichtet.

Die Bestimmungen bezüglich Vorbereitung der Abwicklungsplanung, Sammlung von Informationen und Zusammenarbeit mit nationalen Abwicklungsbehörden sollen ab 1. Jänner 2015 gelten. Die Bestimmungen bezüglich Abwicklungsplanung, Frühintervention, Abwicklungsaktionen und Abwicklungsinstrumente (einschließlich Bail-in) sollen ab 1. Jänner 2016 gelten.

Neuer Rahmen für Bankenrestrukturierung und -abwicklung

Die Arbeiten zur Prävention einer Bankenkrise wurden 2013 weitergeführt. Dazu wurde auf europäischer Ebene die sog. Bankensanierungs- und Abwicklungsrichtlinie (Banking Recovery and Resolution Directive, BRRD) entworfen. Die BRRD soll in der gesamten EU gelten, womit auch die am SSM teilnehmenden Länder erfasst sind.

Der aktuelle Entwurf sieht Regelungen vor, wie Banken in der EU zukünftig saniert und abgewickelt werden und wie die Kostenaufteilung erfolgen soll. Zukünftig soll jede Bank mit Hilfe eines von ihr selbst erstellten Sanierungsplans darlegen, welche Maßnahmen im Fall einer Krise gesetzt werden könnten. Falls eine Umsetzung des Sanierungsplans nicht gelingt, soll die Bank künftig geordnet aus dem Markt ausscheiden können. Ziel ist es, negative Auswirkungen auf die Volkswirtschaft hintanzuhalten und den Prozess mit möglichst minimalen Kosten für den Steuerzahler zu gestalten.

Um dies zu erreichen, sieht die BRRD auch neue Instrumente wie beispielsweise das „Bail-in“ oder die „Brückenbank“ vor. Durch das Bail-in sollen bestehende Eigenkapital- und Fremdkapitalgeber die Verluste einer Bank nach einem festgelegten Mechanismus tragen. Durch das Instrument der Brückenbank können systemrelevante Teile einer Bank fortgeführt werden. Damit unterscheidet sich das Bankenabwicklungsregime, wie es in der BRRD vorgesehen ist, deutlich von einer herkömmlichen Insolvenz: Grundsätzlich soll die Bank nicht als Ganzes liquidiert – also „zerschlagen“ – werden, sondern es sollen zumindest die für eine Volkswirtschaft systemisch wichtigen Teile eine Fortführungsmöglichkeit haben. Um auf einen möglichen Abwicklungsfall vorbereitet zu sein, sollen präventiv Abwicklungspläne von einer in Österreich noch zu bestimmenden Abwicklungsbehörde unter Mithilfe der Banken erstellt werden. Die Verabschiedung der BRRD ist für das erste Halbjahr 2014 geplant und soll bis Anfang 2015 in nationales Recht umgesetzt werden.

In Österreich wurde bereits 2013 mit dem Bankeninterventions- und -restrukturierungsgesetz (BIRG) der Weg hin zu einer verstärkt vorausschauend und frühzeitig eingreifenden Aufsicht beschritten. Im Rahmen des BIRG müssen die Banken – anders als im aktuellen Vorschlag zur BRRD – sowohl Sanierungs- als auch Abwicklungspläne in eigener Regie entwickeln und im Risikomanagement implementieren: 2014 werden alle österreichischen Banken mit einer Bilanzsumme von über 30 Mrd EUR Pläne erstellen.

Entwicklung der Vermögens-, Refinanzierungs- und Zinsstruktur österreichischer Kreditinstitute[8]

Vor dem Hintergrund der dynamischen Entwicklung der Vermögenswerte österreichischer Kreditinstitute zwischen den Jahren 2000 und 2013 stellt sich die Frage, ob sich die Zusammensetzung der zinstragenden Aktiva bzw. Passiva und das Verhältnis der damit in Verbindung stehenden Ertrags- bzw. Aufwandspositionen verändert hat.

Der Gegenstand des folgenden Beitrags ist daher die Entwicklung der Vermögens- und Ertragsstruktur österreichischer Kreditinstitute (unkonsolidiert) in diesem Zeitraum. Das Augenmerk wird hierbei auf jene Finanzinstrumente gelegt, aus denen Zinserträge generiert werden bzw. aus denen Zinsaufwendungen entstehen. Aktien und andere Finanzinstrumente, aus denen ebenfalls Erträge bzw. Aufwände entstehen können, wurden daher nicht berücksichtigt.

Als Datenbasis dient der unkonsolidierte Vermögens- und Erfolgsausweis des aufsichtsrechtlichen Meldewesens, auf dessen Grundlage die durchschnittlichen Tagesstände (Volumina) von Wertpapieren sowie von Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Kunden und sonstigen Forderungen bzw. Verbindlichkeiten ebenso gemeldet werden wie die daraus entstehenden Zinserträge bzw. Aufwände. Aus diesen Positionen können dann in weiterer Folge die durchschnittlichen Zinssätze pro Kategorie[9] berechnet werden.

Entwicklung der Vermögensstruktur österreichischer Kreditinstitute

Zwischen dem Jahr 2000 und 2013 stiegen die Forderungen gegenüber Kunden, Kreditinstituten, die Forderungen aus börsennotierten Wertpapieren sowie die sonstigen Forderungen in Summe von 526 Mrd EUR auf 886 Mrd EUR.

Der größte Anstieg wurde hierbei bei den Forderungen gegenüber Kunden (+177 Mrd EUR bzw. 65,3%) und Kreditinstituten (+131 Mrd EUR bzw. +81,8%) verzeichnet, wobei der sprunghafte Anstieg bei den Forderungen gegenüber Kreditinstituten zwischen 2007 und 2008 von 110 Mrd EUR hauptsächlich auf Forderungen an im selben Bankensektor befindliche Kreditinstitute zurückzuführen ist. Der Anstieg bei den Forderungen aus börsennotierten Wertpapieren (+39 Mrd EUR bzw. 53,4%) sowie bei den sonstigen Forderungen (+13 Mrd EUR bzw. +58,0%) fiel vergleichsweise moderat aus.

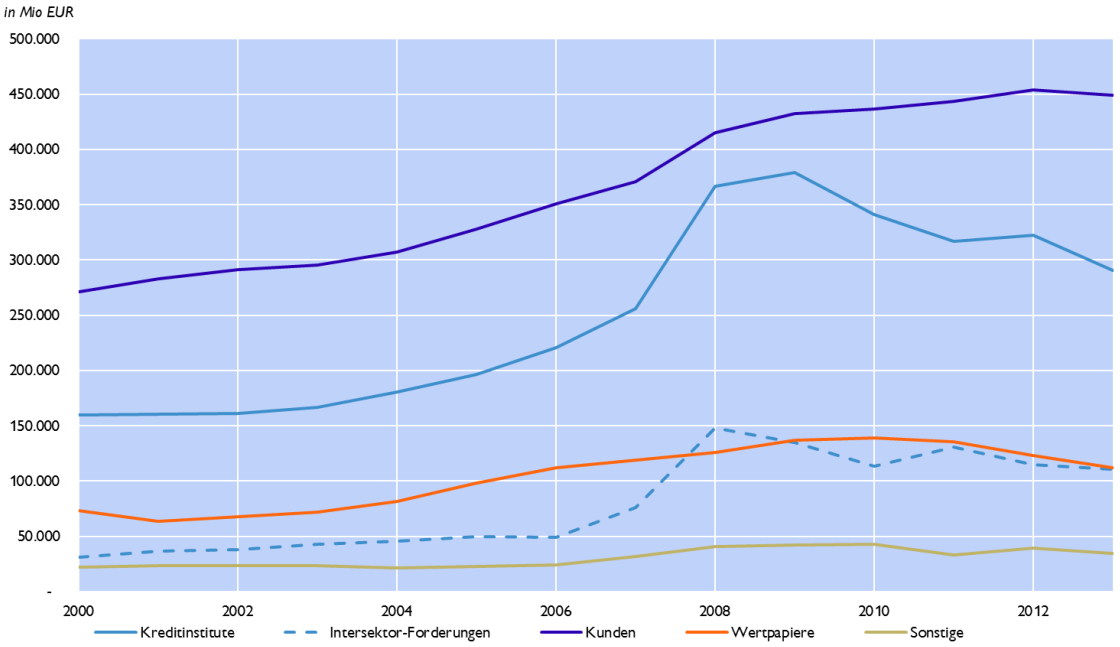
---

[8] Autor: Norbert Ernst (Abteilung Statistik - Aufsicht, Modelle und Bonitätsanalysen)

[9] Zur detaillierten Beschreibung der Einteilung der Finanzinstrumente in die oben beschriebenen Kategorien siehe Ausweisrichtlinien des Belegs 07 „Erfolgsausweis unkonsolidiert“.

Grafik 1

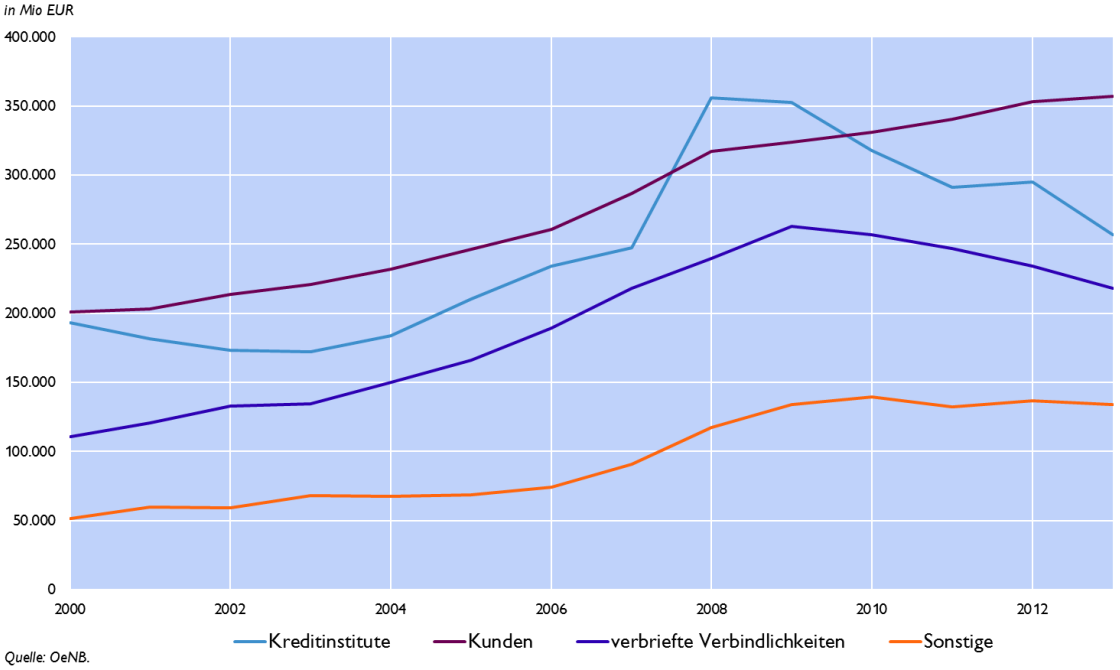
Durchschnittliche Forderungen österreichischer Kreditinstitute



Quelle: OeNB.

Grafik 2

Durchschnittliche Verbindlichkeiten österreichischer Kreditinstitute



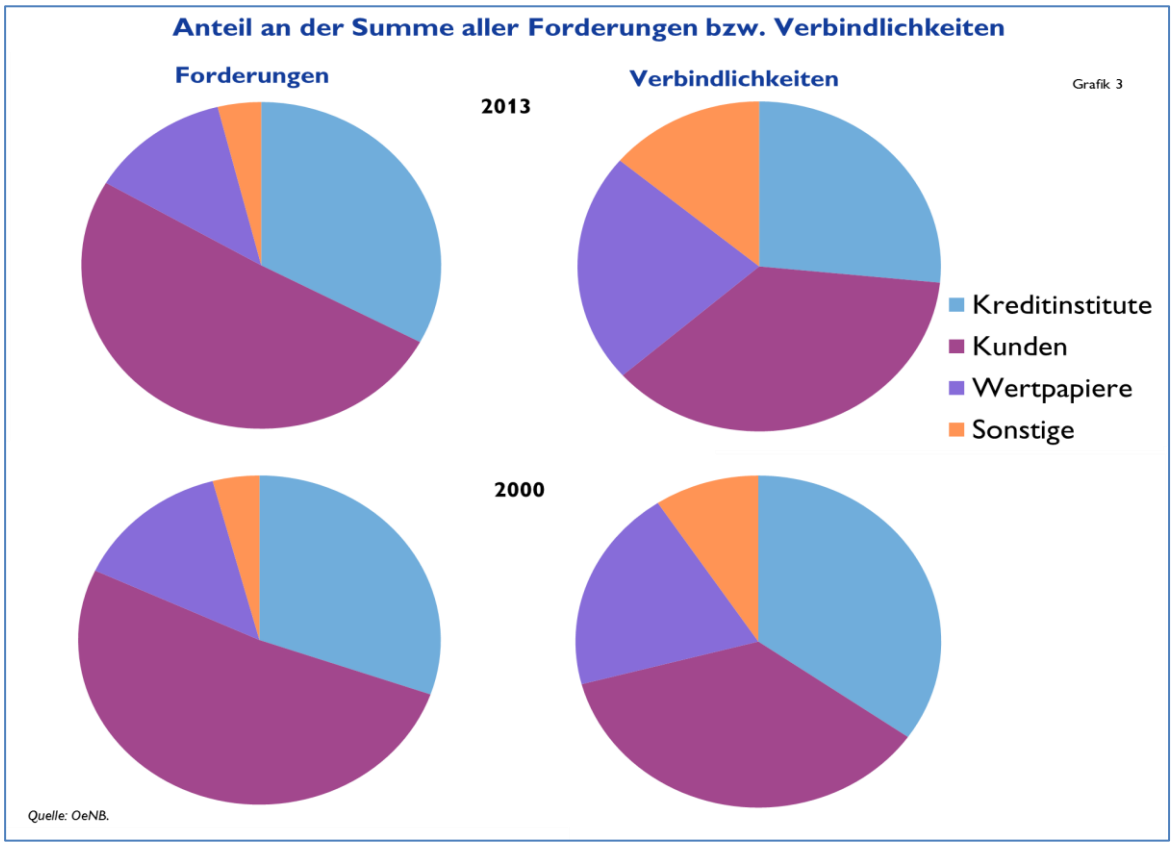
Quelle: OeNB.

Entwicklung der Refinanzierungsstruktur österreichischer Kreditinstitute

Die Summe der Verbindlichkeiten stieg zwischen den Jahren 2000 und 2013 von 556 Mrd EUR auf 965 Mrd EUR. Die absolut größten Zuwächse wurden bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (+156 Mrd EUR bzw. +77,5%) und den verbrieften Verbindlichkeiten (+107 Mrd EUR bzw. +97,2%) verzeichnet.

Ähnlich wie bei den Forderungen gegenüber Kreditinstituten gab es von 2007 auf 2008 auch bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten einen starken Anstieg. In den Jahren 2008 und 2009 lagen diese sogar über den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, gingen danach aber stark zurück. Im Gegensatz zu den sonstigen Forderungen wurde bei den sonstigen Verbindlichkeiten seit dem Jahr 2000 ein relativ starker Anstieg verzeichnet (+83 Mrd EUR bzw. +160,2%).

Der Vergleich zwischen den Forderungen und Verbindlichkeiten[10] zeigt, dass im Jahr 2013 50,6% aller Forderungen auf Kunden entfielen, während nur 37,0% der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden gemeldet wurden. Im Vergleich zu den Forderungen entfällt bei den Verbindlichkeiten ein wesentlich höherer Teil auf die Kategorie „Sonstige" (13,9%).



Die Veränderung der Verteilung der Forderungen auf die unterschiedlichen Kategorien fällt, wie bei den Verbindlichkeiten, seit dem Jahr 2000 eher moderat aus. Bei den Forderungen stieg der Anteil der Forderungen an Kreditinstitute von 30,4% im Jahr 2000 auf 32,8% im Jahr 2013, während sich der Anteil der Forderungen gegenüber Kunden (von 51,6% auf 50,6%)

[10] Bei der Darstellung des Anteils der einzelnen Forderungen/Verbindlichkeiten an der Gesamtsumme aller Forderungen/Verbindlichkeiten sowie bei der Zinsdifferenz zwischen Aktiv- und Passivzinsen wurden die Forderungen aus börsennotierten Wertpapieren und die verbrieften Verbindlichkeiten zur besseren Darstellung in die Kategorie „Wertpapiere" zusammengefasst.

sowie aus Wertpapieren (von 13,9% auf 12,7%) und sonstige Forderungen (von 4,2% auf 3,9%) reduzierte. Bei den Verbindlichkeiten veränderten sich die relativen Anteile genau umgekehrt. Der Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten reduzierte sich von 34,7% auf 26,6% und die relativen Anteile der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (von 36,1% auf 37,0%), aus Wertpapieren (von 19,9% auf 22,6%) und sonstigen Verbindlichkeiten (von 9,3% auf 13,9%) stiegen für den selben Zeitraum.

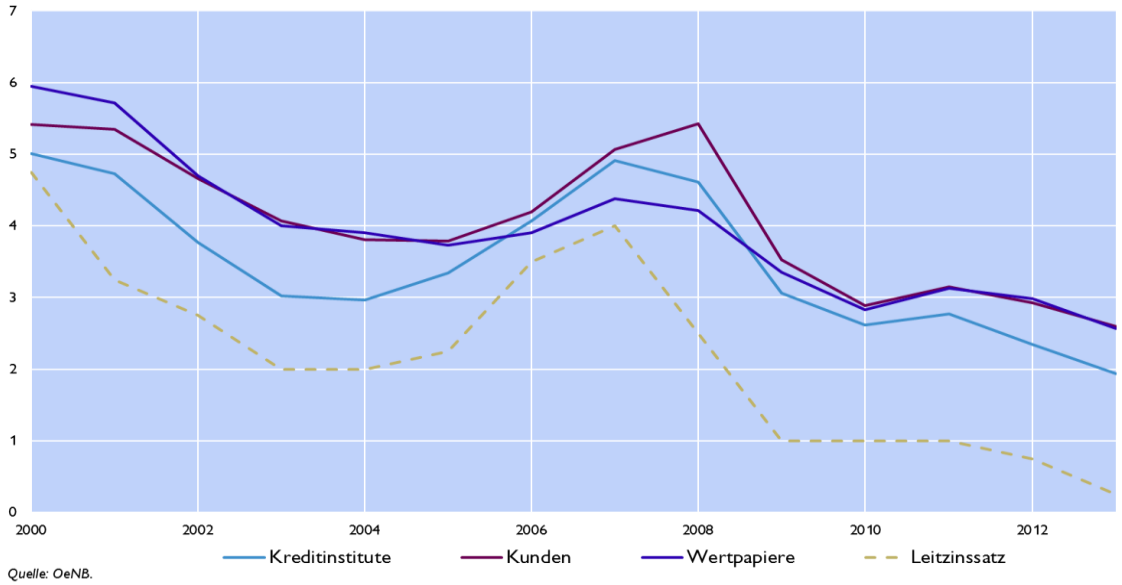
Entwicklung der durchschnittlichen Zinsen

Die durchschnittlichen Zinssätze[11] aus Forderungen und Verbindlichkeiten entwickeln sich erwartungsgemäß relativ ähnlich zum EZB-Leitzinssatz[12]. Die Forderungen gegenüber Kunden weisen über große Teile des Beobachtungszeitraums den höchsten durchschnittlichen Zinssatz auf, während die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden den niedrigsten Zinssatz aufweisen. Bei der Zinsdifferenz der Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden wurde allerdings ebenfalls, wie in Grafik 6 ersichtlich, der größte Rückgang zwischen den Jahren 2000 (2,4%) und 2013 (1,7%) festgestellt.

Grafik 4

Durchschnittliche Zinsen aus Forderungen an ...

in Prozent



Quelle: OeNB.

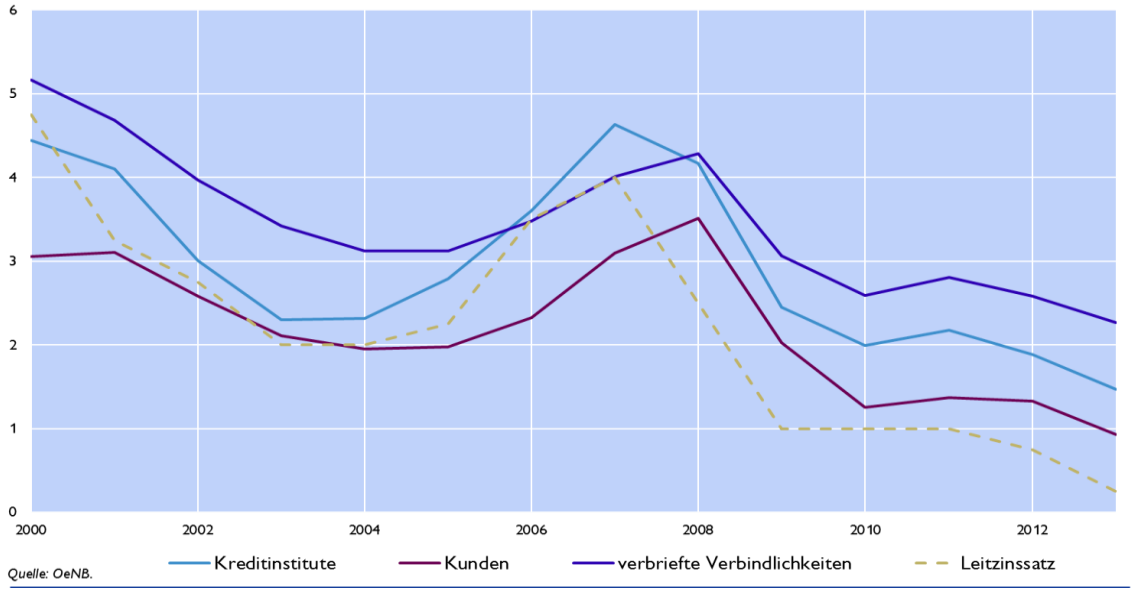
[11] Die sonstigen Forderungen und Verbindlichkeiten wurden für die Betrachtung der Zinssätze nicht dargestellt, da es sich hierbei um eine unbestimmbare Restgröße handelt.

[12] Stand jeweils zum Jahresende.

Grafik 5

Durchschnittliche Zinsen aus Verbindlichkeiten gegenüber ...

in Prozent

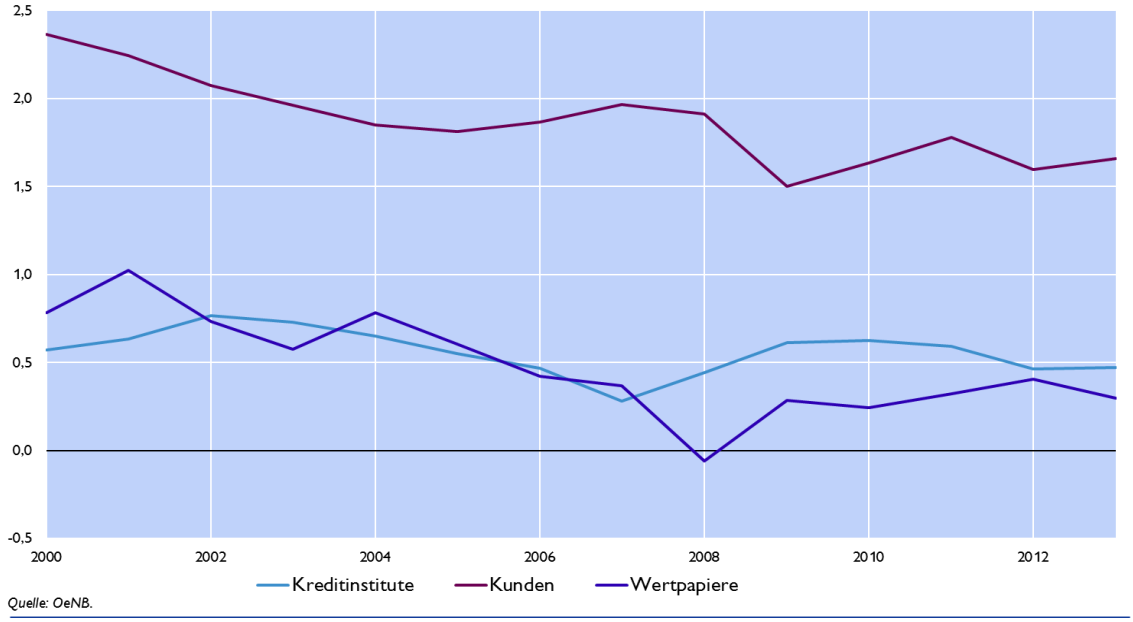


Quelle: OeNB.

Grafik 6

Differenz zwischen Aktiv- und Passivzinsen

in Prozent



Quelle: OeNB.

Fazit

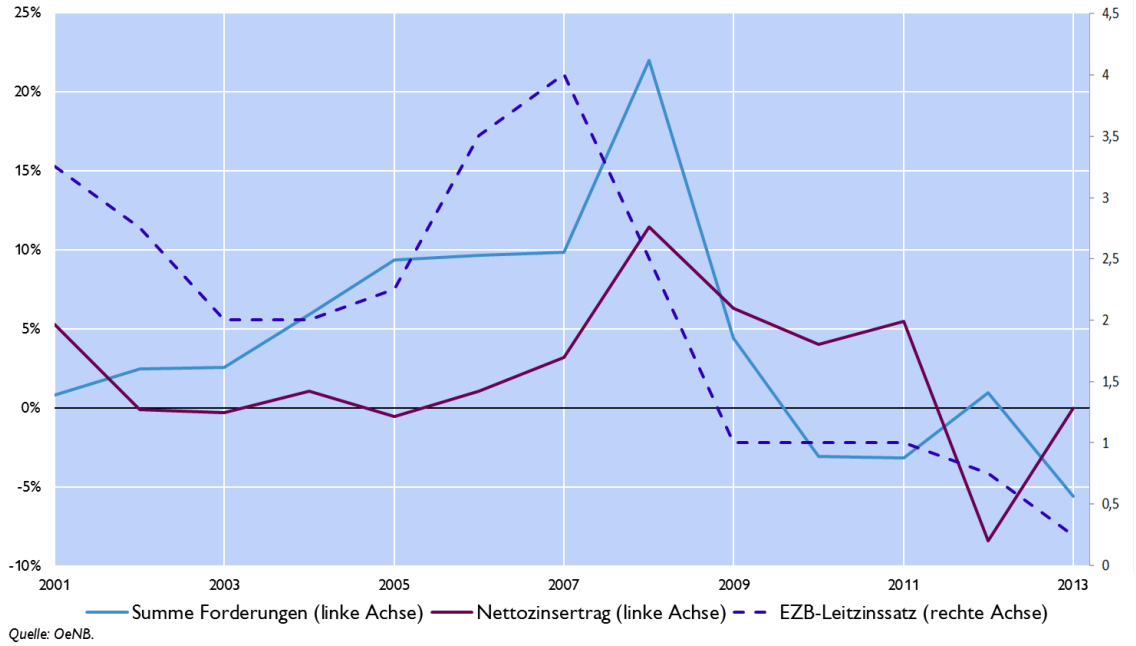
Es kann somit festgestellt werden, dass es zwischen den Jahren 2000 und 2013 einen starken Anstieg bei den Forderungen und Verbindlichkeiten österreichischer Kreditinstitute gegeben hat. Bei der Zusammensetzung der zinstragenden Aktiva und Passiva d.h. der Vermögens- und Refinanzierungsstruktur wurden allerdings nur marginale Veränderungen festgestellt. Hauptverantwortlich für den Anstieg des Volumens zeichnet sowohl bei den Forderungen als auch bei den Verbindlichkeiten das Kundengeschäft, welches aufgrund des hohen

Volumens und dem großen Unterschied zwischen Aktiv- und Passivzinsen den wichtigste Bestandteil des Nettozinsertrages darstellt.

Grafik 7

Veränderung des Nettozinsertrages und der Summe der Forderungen gegenüber dem Vorjahr

in Prozent



Quelle: OeNB.

Wie in Grafik 7 ersichtlich wurde beim Nettozinsertrag in den Jahren 2000 bis 2005 nur ein geringes (bzw. negatives) Wachstum erzielt. Danach wurde bis inklusive 2011 jedes Jahr ein Anstieg beim Nettozinsertrag im Vergleich zum Vorjahr verzeichnet. Das höchste Wachstum seit Anfang 2000 wurde beim Nettozinsertrag (11,5%) sowie bei den Forderungen (22,0%), trotz sinkendem EZB-Leitzinssatz, im Jahr 2008 erzielt. In den darauf folgenden Jahren wurden sowohl Rückgänge beim EZB-Leitzinssatz als auch Rückgänge beim Wachstum bzw. negatives Wachstum beim Nettozinsertrag und den Forderungen verzeichnet.

Spezielle Analysen

Mögliche ökonomische Auswirkungen des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine auf den Euroraum[13]

Mit dem Referendum vom 16. März, in dem sich die Krim dafür entschied, sich von der Ukraine zu trennen, erreichte der Konflikt Ukraine – Russland eine neue Eskalationsstufe. Die derzeitigen EU-Sanktionen sind nur geringfügig und umfassen Reisebeschränkungen und das Einfrieren von Konten von 33 offiziellen Vertretern Russlands und der Ukraine. Die USA haben vergleichbare Sanktionen beschlossen und darüber hinaus zwei kleinere Banken ins Visier genommen, bei denen eine Nahverbindung zur politischen Elite des Landes vermutet wird. Für den Fall weiterer russischer Interventionen in der Ukraine hat die EU weitere Sanktionen angedroht.

Diese Ausarbeitung präsentiert Hintergrundinformationen und analysiert die ökonomischen Auswirkungen möglicher EU-Sanktionen auf Russland (Abschnitt 1), zu den Handels- und Finanzverflechtungen zwischen dem Euroraum und Russland (Abschnitt 2), zur Bedeutung der Öl- und Gasimporte für den Euroraum (Abschnitt 3) und diskutiert mögliche makroökonomische Auswirkungen der Krise auf den Euroraum (Abschnitt 4). Die wichtigsten Ergebnisse sind:

(1) Direkte Handelsbeziehungen zwischen dem Euroraum und Russland spielen volumenmäßig für den Euroraum als Ganzes eine nur untergeordnete Rolle.

(2) Der Euroraum weist umfassende Geschäftsinteressen, Portfolioinvestitionen und Bankforderungen in Russland auf, die durch Sanktionen erheblich beeinflusst werden könnten.

(3) Rund ein Viertel des Gesamtenergiekonsums des Euroraums entfällt auf Erdgas, 18% des Erdgasverbrauchs des Euroraums werden von Russland geliefert. Erdgas ist sowohl für private Haushalte als auch die Industrie von Wichtigkeit. Mehr als ein Viertel des Erdölverbrauchs des Euroraums wird von Russland geliefert und hier hauptsächlich im Transportwesen verbraucht. Die Gaslagerkapazitäten unterscheiden sich wesentlich zwischen den Euroraumländern.

(4) Simulationsrechnungen der OeNB auf Basis eines GVAR-Mehrländermodels zeigen, dass ein um 1% schwächeres BIP-Wachstum in Russland 2014 das Euroraum-BIP in drei Jahren um 0,15% reduzieren würde. Ein 20 prozentiger Ölpreisanstieg würde das BIP im Euroraum um 0,26% senken.

Die Auswirkungen auf einzelne Euroraumländer können sich – je nach Ausmaß der Handels- und Finanzverflechtungen sowie der Energieabhängigkeiten – erheblich unterschieden. Vertrauenseffekte und Verflechtungen zwischen den Euroraumländern legen jedoch nahe, dass eine weitere Eskalation der Krise alle Euroraumländer treffen würde.

1. EU sanctions and their possible impact on Russia

A *first round of symbolic measures* has already been decided on March 6:

- Suspension of negotiations on the liberalization of granting of visas
- Suspension of negotiations on a new partnership and association treaty Russia-EU
- Exclusion of Russia from the G8 (sanction decided on together with the U.S. government)

[13] Autoren: Stephan Barisitz, Martin Feldkircher, Mathias Lahnsteiner, Christian Ragacs, Thomas Reininger, Martin Schneider, Klaus Vondra (Abteilung für die Entwicklung wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland und Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen)

These measures as well as increased uncertainty and expectations of further sanctions have immediately triggered negative effects on Russia via deteriorating investor confidence and asset prices:

- In the two and a half weeks since Russia's de facto seizure of Crimea (February 27-28), the ruble has depreciated by 1.7% against the U.S. dollar and by 3.2% against the euro.
- This happened despite the Central Bank of Russia's hiking of the key interest rate by 1.5 percentage points to 7% and despite forex sales of at least USD 20 billion (or about 4% of Russia's international reserves) to support the ruble.
- The Moscow stock exchange (MICEX/RTS) index in this period dived 12%.

A *second round of sanctions* was decided on March 17. EU travel (entry) bans and asset freezes were announced with regard to 21 individuals/officials (13 high-ranking Russians and eight Crimean politicians) that are seen as responsible for "acting against the sovereignty and integrity of Ukraine." Moreover, the next EU-Russia summit was cancelled. On 20 March, the list of individuals to be subject to visa ban and asset freeze was extended and currently comprises 33 individuals/officials from Russia and Ukraine.

The U.S. imposed comparable sanctions and moreover targeted two smaller Russian banks labelled as having close connections with Russia's political elite.

- Mainly due to the impact of negative confidence effects on investment activity, many experts expect Russian GDP growth to decline by about 1-1.5%, and to reach only about 1% or to stagnate in 2014.
- The Crimean crisis also led to increased capital outflows from Russia. In the first quarter of 2014, net outflows of capital by the private sector amounted to USD 50.6 bn compared to USD 59.7 bn for the whole year 2013.

Aggravated sanctions might be resorted to if the Russian-Ukrainian conflict escalates further (e.g. if it spreads to Eastern Ukraine). According to Catherine Ashton, such a *third round of strong or comprehensive economic and financial sanctions* could include trade bans (import and exports) in sectors such as arms, energy and equipment, as well as restrictions on banking relations. The measure that would harm Russia most would be an EU energy (oil or gas) embargo, which could cripple Russia's trade and budget revenues and erode Russia's still high forex reserves, because over 70% of Russian goods exports in 2013 consisted of oil, petroleum products and natural gas, and over half of Russia's oil exports and about 70% of its natural gas exports go to EU countries. Yet, *EU Member States*, particularly CESEE countries and Germany, *would also suffer substantially*.

Furthermore, given *Russia's voiced intention to resort to "symmetrical sanctions"* (countermeasures), EU and Western interests in the Russian *energy sector could be affected*. Large EU and Western multinationals are committed to Russia or cooperate closely with Russian enterprises.

EU restrictions on banking relations could be costly, because some EU Member States' banks are strongly present in Russia, in particular *French, Italian, German and Austrian banks*. It cannot be excluded that the authorities could select these banks as *targets for countermeasures*. *A trade war between Russia and the West* would definitely be *very severe for the Russian economy*, while the West, particularly the EU, would be affected seriously – but not vitally.

2. Trade and financial linkages

Direct trade links between the euro area and *Russia* reach a relevant magnitude for trade with goods only. On the import side, Russia ranks fourth with a share of 4.4% in total goods imports of all euro area countries (including intra-euro area trade). On the export side, a share of 2.5% places Russia on rank five. Service exports and especially imports play a minor role only. The share of total trade (goods and services) vis-à-vis Russia amounts to 2.3% on the export and 3.6% on the import side. Consequently, the euro area *balance of goods and services* vis-à-vis Russia is *negative*.

Direct trade linkages with the *Ukraine* are negligible and amount to 0.3% of total exports and 0.2% of total imports of euro area countries.

Foreign trade with Russia and Ukraine

	Russia			Ukraine		
	Exports	Imports	Net	Exports	Imports	Net
Goods						
Bn. EUR (2012)	90,3	144,0	-53,7	13,2	8,6	4,7
Bn. EUR (2013)	86,8	144,5	-57,6	12,9	8,0	4,8
Share (in %)	2,5	4,4		0,4	0,2	
Services (2012)						
Bn. EUR	15,0	7,9	7,1	1,5	1,2	0,3
Share (in %)	1,4	0,9		0,1	0,1	
Total (2012)						
Bn. EUR	105,3	151,9	-46,6	14,8	9,8	5,0
Share (in %)	2,3	3,6		0,3	0,2	

Source: Eurostat: Goods: ComExt. Services: BOP.

Looking at differences between *euro area countries*, the share of exports of goods to Russia in total exports is comparatively high in only three neighboring countries (Estonia: 11.4%, Finland: 9.6%, and Latvia: 16.0%; see appendix 1). In all other countries it is well below 5.0%. These three countries and Slovakia also exhibit comparatively high export shares for services (Estonia: 11.3%, Finland: 9.4%, Latvia: 8.5%), given the geographical proximity. Exports of services to Russia play an important role for Cyprus (25%). The *balance of goods and services* between the euro area and *Ukraine is positive*, direct trade linkages are very small (0.3% of total euro area exports, 0.2% of total euro area imports).

The relevance of Russia for the *international investment position* of the euro is of a similar magnitude as that of foreign trade. Foreign direct investment in Russia amounts to more than twice the amount of Russian investment in the euro area, resulting in a positive net position of 102 bn EUR at the end of 2012. The stock of euro area portfolio investment in Russia is of a negligible magnitude (1.0% of total assets abroad). No data are available on total liabilities vis-à-vis Russia. Other investment positions (mainly claims of the banking sector) are also of a small magnitude.

Euro area's international investment position at end 2012

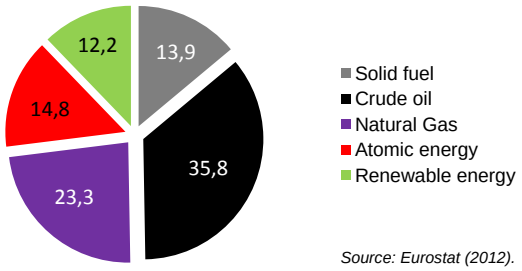
(EUR billions; outstanding amounts)

	Russia	Total	in %	Russia	Total	in %	Russia	Total
	Abroad			*In the euro area*			*Net*	
Direct investment	174	5.881	3,0	71	4.445	1,6	102	1.437
	Assets			*Liabilities*				
Portfolio investment	52	5.265	1,0	-	8.376	-	-	-
Other investment	89	4.818	1,8	97	5.079	1,9	-8	-261
Total	315	15.965		168	17.899		95	1.176

Note: Data for Ukraine not available.

Source: ECB.

Total energy consumption (in %)



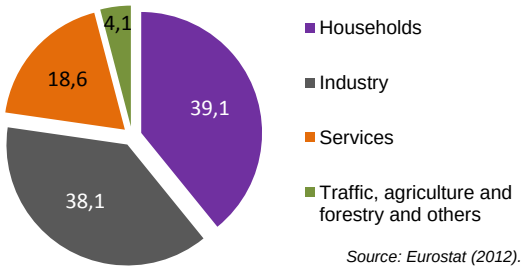
Source: Eurostat (2012).

Storage capacity and annual gas consumption

	million cubic metres	*in % of annual gas consumption*
Latvia	2.325	145,5
Austria	7.451	76,2
Slovakia	2.940	51,1
France	15.487	30,7
Germany	22.672	24,6
Italy	15.620	19,3
Netherlands	5.078	11,7
Spain	2.443	6,6
Belgium	928	4,9
Ireland	230	4,3
Portugal	181	3,5

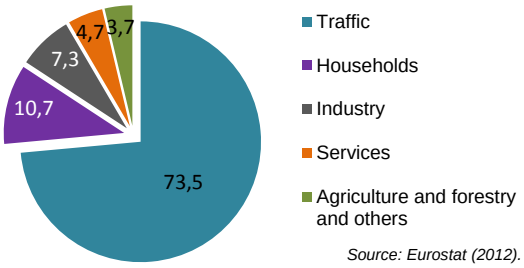
Source: Eurogas: Statistical Report 2013, Eurostat, authors´ own calculations.

Final energy consumption of natural gas by sectors (in %)



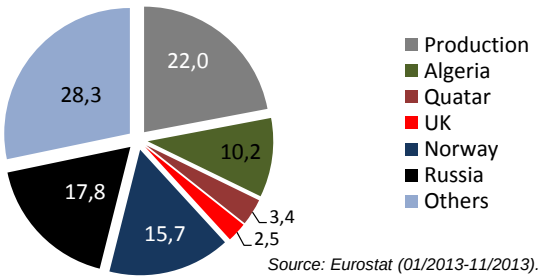
Source: Eurostat (2012).

Final energy consumption of crude oil and petroleum products by sectors (in %)



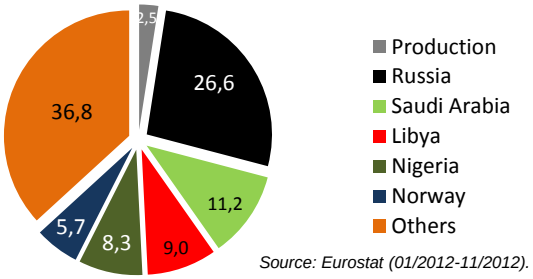
Source: Eurostat (2012).

Natural Gas: Euro area production and imports (in %)



Source: Eurostat (01/2013-11/2013).

Crude oil: Euro area production and imports (in %)



Source: Eurostat (01/2012-11/2012).

3. Role of Russian natural gas and oil for the euro area

Crude oil and *natural gas* play an important role for the euro area.

- 36% of euro area energy is *consumed* in the form of crude oil, 23% as natural gas.
- 38% of consumption of natural *gas* is consumed by *industry* and 40% by *households* in the euro area. The bulk of crude *oil* (74%) is consumed for *traffic* purposes.

Russia is one of the *key energy suppliers* of the euro area.

- The euro area is strongly dependent on energy *imports*. Only 22% of natural gas and 2.5% of crude oil are produced in the euro area. *Russian* natural gas makes up 18%, Russian crude oil 27% of total euro area consumption.

The importance of Russia as an energy supplier *varies significantly between euro area countries* (2011, see appendix 2):

- The share of imports of crude oil and gas from Russia *in percent of total energy imports* ranges from zero (Ireland, Malta and Cyprus) to 70% (Slovakia). The average share for euro area countries is 17%. 29% of Austrian energy imports come from Russia.
- Measured in percent *of all imports of crude oil and gas*, the share of imports from Russia amounts to 26.6% (Austria 45%).

On average for the euro area as a whole, *storage facilities account for about 20%* of the annual natural gas consumption, with strong variations across countries. Only eleven euro area countries have storage facilities, only five countries have storage facilities for more than 20% of their annual gas consumption (see table below). Moreover, it has to be considered that these are maximum storage facilities. Actual fillings depend on variables like temperature and the gas price.

4. Possible macroeconomic impact of the crisis on the euro area

It is beyond the scope of this note to forecast possible future courses of action taken by the EU and Russia. Instead, we try to estimate the magnitude of effects of possible macroeconomic shocks resulting from the crisis on the euro area. More specifically, we estimate the response of real GDP in the euro area to *(A) a decline in Russian output and (B) an increase in the oil price*. These scenarios may be considered to be quite moderate: they assume *no further major escalation of the international crisis*.

We assess the magnitude of the effects of macroeconomic scenarios by using a *GVAR-model*.[14] This concise global multi-country model covers 43 countries that represent 90% of global economic activity. Single country models are linked via bilateral trade flows. The broad country coverage implies that the model accounts for indirect effects via third countries ("knock-on effects").

[14] A detailed overview regarding the underlying model can be found in: M. Feldkircher. 2013. A Global Macro Model for Emerging Europe, OeNB Working Paper No. 185.

- *Shock A: a decrease of real output in Russia by 1%* (see BOFIT Policy Brief 2014 No.1, Crimean crisis will cost Russia, too). This assumption is based on a measure of (financial market) uncertainty and does not represent the impact of potential future sanctions against Russia and possible countermeasures of the Russian authorities. The impact of an unexpected decline in Russian real output on the euro area is rather small (-0.15% after three years) and even smaller for the U.S.A. (–0.1%). In tranquil times, spillovers to Ukraine are close to one-to-one on impact and slightly larger in the medium term (–1.4%).
- *Shock B: an increase in the oil price by 20%.* The calibration of this scenario is based on historical evidence from spring 2011, which featured production shortfalls in Libya (Arab spring), the UN oil embargo on Iran and production disruptions in Iraq. According to data from 2011/2012, Russian oil exports to EU Member States amounted to 3.3 million barrels/day, which is close to the decrease in oil supply during spring 2011. The GVAR results are based on the assumption that Russia will be able to sell the same amount of crude oil at higher prices. The response of real output in advanced economies to an increase in oil prices ranges between –0.2% and –0.3% in a three years horizon. Compared to shock A, euro area real GDP is affected more strongly. Russia benefits from the increase in oil prices (about 1.2% in the short and medium term). In tranquil times, Ukraine could have been expected to reap windfall gains from Russia's economic expansion brought about by the increase in the oil price.

Response of real output to different shocks after 3 years.

Shock	Russia	Ukraine	Euro area	U.S.A.
A: -1% of Russian real output	-1.29	-1.45	-0.15	-0.07
B: +20% increase in the oil price	1.23	0.13	-0.26	-0.18

Notes: Deviations from baseline in %. All results are linear and symmetric (i.e., a -3% shock to Russian output would dampen real GDP in the euro area by about -0.45%).

Appendix 1: Euro area country trade links with Russia

Goods exports and imports 2013

	World		Russia		Trade share of Russia	
	Exports	Imports	Exports	Imports	Exports	Imports
	in bn. €				*in %*	
Austria	131,5	137,2	4,3	3,0	3,3	2,2
Belgium	353,5	339,4	5,1	10,0	1,4	2,9
Cyprus	1,5	4,7	0,0	0,1	1,6	1,1
Germany	1.093,8	894,3	36,1	38,3	3,3	4,3
Estonia	12,3	13,7	1,4	0,8	11,4	6,1
Spain	238,3	255,2	2,8	8,2	1,2	3,2
Finland	55,9	58,2	5,4	10,5	9,6	18,0
France	436,5	512,5	7,7	10,3	1,8	2,0
Greece	27,5	46,9	0,4	6,7	1,5	14,2
Ireland	86,0	49,2	0,6	0,1	0,7	0,3
Italy	389,8	359,5	10,8	20,1	2,8	5,6
Luxembourg	13,9	20,1	0,2	0,0	1,1	0,0
Latvia	10,9	13,3	1,7	1,1	16,0	8,2
Malta	2,6	4,4	0,0	0,0	1,4	0,2
Netherlands	500,0	444,8	7,9	29,0	1,6	6,5
Portugal	47,4	56,6	0,3	1,0	0,6	1,8
Slovenia	25,7	25,2	1,2	0,5	4,6	1,8
Slovakia	64,9	61,6	2,6	6,1	4,0	9,8
Euro area	**3.481,0**	**3.283,2**	**86,8**	**144,5**	**2,5**	**4,4**

Source: ComExt, Eurostat.

Service exports and imports 2012

	World		Russia		Trade share of Russia	
	Exports	Imports	Exports	Imports	Exports	Imports
	in bn. €				*in %*	
Austria	47,1	33,0	1,1	1,0	2,3	2,9
Belgium	79,0	71,2	0,8	0,3	1,0	0,4
Cyprus	6,2	2,9	1,5	0,2	25,0	7,1
Germany	210,5	230,2	n.a.	n.a.	-	-
Estonia	4,3	3,0	0,5	0,2	11,3	5,5
Spain	107,2	70,2	1,8	0,5	1,7	0,7
Finland	22,0	23,4	2,1	0,8	9,4	3,5
France	168,3	135,7	2,1	2,0	1,2	1,5
Greece	27,5	12,4	1,1	0,2	4,2	1,8
Ireland	90,3	87,1	-0,3	0,3	-0,4	0,3
Italy	81,8	82,6	1,7	1,0	2,1	1,2
Luxembourg	56,2	32,8	0,2	0,1	0,4	0,2
Latvia	3,6	2,4	0,3	0,1	8,5	6,2
Malta	3,8	93,6	0,1	0,0	1,8	0,0
Netherlands	103,8	10,4	1,2	1,0	1,2	9,3
Portugal	19,1	3,4	0,1	0,0	0,7	1,2
Slovenia	5,2	5,3	0,1	0,1	2,0	2,0
Slovakia	5,6	2,0	0,5	0,2	9,3	7,7
Euro area	**1.041,3**	**901,5**	**15,0**	**7,9**	**1,4**	**0,9**

Source: BoP, Eurostat.

Appendix 2: Imports of crude oil and natural gas

Total Energy imports and imports of crude oil and natural gas, 2011

	Total imports			Imports from Russia	
	Imports of total energy (1000 Terajoule)	Imports of oil and gas (1000 Terajoule)	Imports of oil and gas in % of total energy imports	Imports of oil and gas from Russia in % total energy imports	Imports of oil and gas from Russia in % of all imports of oil and gas
Austria	1.284	816	63,6	28,8	45,2
Belgium	3.248	2.119	65,2	17,5	26,9
Cyprus	111	0	0,0	0,0	0,0
Estonia	76	23	30,7	30,7	100,0
Finland	1138	618	54,3	49,5	91,2
France	6.726	4.625	68,8	9,7	14,1
Germany	9.877	7.195	72,8	27,3	37,4
Greece	1.256	876	69,8	22,4	32,1
Irland	588	304	51,8	0,0	0,0
Italy	7.148	5.705	79,8	17,2	21,5
Latvia	165	66	39,7	39,7	100,0
Luxembourg	197	48	24,4	5,9	24,0
Malta	107	0	0,0	0,0	0,0
Netherlands	7.564	2.817	37,2	9,4	25,2
Portugal	941	644	68,4	1,9	2,8
Slovakia	681	478	70,3	70,3	100,0
Slovenia	208	34	16,4	7,9	48,0
Spain	5.096	3.620	71,0	6,6	9,2
Euro area	46.247	29.923	64,7	17,2	26,6

Source: Eurostat, authors' own calculations.

Crude oil imports and natural gas imports, 2011

	Crude oil			Natural Gas		
	Total oil imports (1000 Terajoule)	Oil imports from Russia (1000 Terajoule)	Imports of oil from Russia in % of all imports of oil	Total gas imports (1000 Terajoule)	Gas imports from Russia (1000 Terajoule)	Imports of gas from Russia in % of all imports of gas
Austria	305	49	15,9	511	320	62,7
Belgium	1.250	567	45,3	869	3	0,3
Cyprus	0	0	0,0	0	0	0,0
Estonia	0	0	0,0	23	23	100,0
Finland	462	408	88,2	156	156	100,0
France	2.687	391	14,5	1.937	262	13,5
Germany	3.790	1.479	39,0	3.406	1.213	35,6
Greece	691	172	24,9	185	109	59,0
Irland	126	0	0,0	178	0	0,0
Italy	3.024	475	15,7	2.681	752	28,1
Latvia	0	0	0,0	66	66	100,0
Luxembourg	0	0	0,0	48	12	24,0
Malta	0	0	0,0	0	0	0,0
Netherlands	2.050	644	31,4	767	67	8,8
Portugal	433	18	4,1	211	0	0,0
Slovakia	252	252	100,0	226	226	100,0
Slovenia	0	0	0,0	34	16	48,0
Spain	2.183	334	15,3	1.436	0,0	0,0
Euro area	17.254	4.788	27,7	12.669	3.161	24,9

Source: Eurostat, authors' own calculations.

Längerfristige Einkommensentwicklung der privaten Haushalte in Österreich[15]

Dieser Beitrag gibt einen Überblick über die Einkommensentwicklung der privaten Haushalte in Österreich seit dem Jahr 1990. Dazu werden zunächst die verwendeten Einkommensbegriffe definiert. Die verfügbaren Einkommen des gesamten Haushaltssektors laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung haben sich seit dem Jahr 1990 mit einem realen Wachstum von +31,9% nur sehr verhalten entwickelt. Die Bruttolöhne pro unselbstständig Beschäftigten stiegen im selben Zeitraum hingegen nur um +12,6%. Die Nettolöhne und −gehälter pro unselbstständig Beschäftigten haben im gleichen Zeitraum aufgrund des starken Anstiegs der Lohnsteuer praktisch stagniert. Die starke Zunahme von Teilzeitarbeit hat zu einem Rückgang der Arbeitsstunden um 9,4% pro Arbeitnehmer geführt. Daher sind die Nettoreallöhne und −gehälter pro unselbstständig Beschäftigtem (+2,6%) schwächer gewachsen als die Nettoreallöhne und −gehälter pro Arbeitsstunde (+12,5%).

Einleitung

Die Entwicklung der Einkommen der privaten Haushalte in Österreich ist immer wieder Gegenstand wirtschaftspolitischer Debatten. Da es verschiedene Einkommenskonzepte gibt, kommt es oftmals zu Verwechslungen, verbunden mit – scheinbar - widersprüchlichen Aussagen. Die folgende Ausarbeitung gibt einen systematischen Überblick über die Einkommensentwicklung der privaten Haushalte seit dem Jahr 1990 sowie über die dahinterstehenden verschiedenen Konzepte.

In der wirtschaftspolitischen Debatte nimmt insbesondere die Entwicklung der realen Nettolöhne und -gehälter pro Arbeitnehmer einen zentralen Platz ein. Diese sind jedoch nur eine (wenngleich die mit Abstand wichtigste) Komponente des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte.

Komponenten des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte

Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) definiert das verfügbare Einkommen des Haushaltssektors[16] wie folgt:

Arbeitnehmerentgelte (Bruttolöhne und -gehälter inkl. Dienstgeberbeiträge)
\+ *Selbstständigeneinkommen u. Betriebsüberschüsse*
\+ *Vermögenseinkommen*
= *Saldo der Primäreinkommen*
\- *Einkommen- und Vermögenssteuern, gezahlt*
\+ *Monetäre Sozialleistungen und sonstige laufende Transfers, erhalten*
\- *Sozialbeiträge und sonstige laufende Transfers, gezahlt*
= *Verfügbares Einkommen*[17]

---

[15] Autoren: Christian Ragacs, Lukas Reiss, Martin Schneider, Alfred Stiglbauer, Klaus Vondra (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

[16] Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck (PoE). Der in der VGR verwendete Begriff des privaten Haushalts bezieht sich auf die Summe aller Haushalte und PoEs und unterscheidet sich vom umgangssprachlich verwendeten Begriff des Einzelhaushalts.

Die *Arbeitnehmerentgelte* setzen sich aus den Bruttolöhnen und -gehältern der im Inland ansässigen unselbstständig Beschäftigten sowie den tatsächlichen und unterstellten Sozialbeiträgen der Arbeitgeber (Arbeitgeberbeiträge) zusammen.

Die *Selbstständigeneinkommen* und *Betriebsüberschüsse*[18] beinhalten vor allem die Vergütung für selbstständige Arbeit sowie Erträge aus tatsächlicher oder unterstellter Vermietung.

Vermögenseinkommen setzen sich vor allem aus Zinsen, Ausschüttungen, Gewinnentnahmen, (imputierten) Einkommen aus Versicherungsverträgen sowie Pachteinnahmen zusammen.

Die Summe aus Arbeitnehmerentgelten, Selbstständigeneinkommen und Betriebsüberschüssen sowie der Differenz aus erhaltenen und gezahlten Vermögenseinkommen wird als *Saldo der Primäreinkommen* bezeichnet.

Um zum verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte zu gelangen, werden vor allem gezahlte Einkommen- und Vermögenssteuern (Lohnsteuer, Einkommensteuer, Kapitalertragsteuer …), Sozial(versicherungs-)beiträge und sonstige laufende Transfers (Geldstrafen, Kirchen- und Gewerkschaftsbeiträge, Spenden, Schadensversicherungsprämien …) subtrahiert, sowie erhaltene monetäre Sozialleistungen (Pensionen, Familienbeihilfen, Arbeitslosengeld …) und sonstige laufende Transfers (von Haushaltssektor, Schadensversicherungen, Staat …) hinzugezählt.

Vom Arbeitnehmerentgelt zu den Nettolöhnen und –gehältern

Um zu den *Nettolöhnen und –gehältern* zu gelangen, geht man wiederum von den *Arbeitnehmerentgelten* (Bruttolöhne und –gehälter, zuzüglich Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung) aus. Man subtrahiert davon die Sozialbeiträge der Dienstgeber und –nehmer sowie die Einkommensteuern der Dienstnehmer (v.a. Lohnsteuer):

Arbeitnehmerentgelte (Bruttolöhne und -gehälter inkl. Dienstgeberbeiträge)
- *Sozialbeiträge der Dienstgeber*
= *Bruttolöhne und –gehälter*
- *Sozialbeiträge der Arbeitnehmer*
- *Einkommensteuern der Dienstnehmer (v.a. Lohnsteuer)*
= *Nettolöhne und -gehälter*

Im Gegensatz zum verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte werden bei den Nettolöhnen und -gehältern weder andere Primäreinkommensarten noch Transferleistungen (insbesondere Pensionen) berücksichtigt. Die Nettolöhne und –gehälter werden oftmals durch die Anzahl der Arbeitnehmer laut VGR („pro Arbeitnehmer“) oder durch die Zahl der Arbeitsstunden („pro Arbeitsstunde“) dividiert. Der folgende Abschnitt präsentiert obige Definitionen in Zahlen; ebenso wird das nominelle bzw. reale Wachstum der einzelnen Komponenten seit 1990 dargestellt.

---

[17] Für eine detaillierte Darstellung siehe Statistik Austria (2012). Standard-Dokumentation. Metainformationen zu den Nichtfinanziellen Sektorkonten Jahresrechnung. S.18.

[18] Hier wird zwischen Brutto- und Nettobetriebsüberschuss unterschieden; Ersterer inkludiert Abschreibungen, bei Letzterem werden sie abgezogen.

Komponenten des privaten Haushaltseinkommens im Jahr 2013 im Vergleich zu 1990

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte inkl. seiner Komponenten sowie die Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte pro unselbständig Beschäftigten bzw. pro Arbeitsstunde.

Einkommen der privaten Haushalte im Jahr 2013

	Summe Haushaltssektor [1]			Pro unselbstständig Beschäftigten			Pro geleisteter Arbeitsstunde		
	Mio. EUR	Index (1990=100)		Tsd. EUR	Index (1990=100)		EUR	Index (1990=100)	
	Nominell		Real [2]	Nominell		Real [2]	Nominell		Real [2]
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
Arbeitnehmerentgelte [3]	158.634	220,7	139,1	43,2	178,8	112,6	27,9	196,0	123,5
+ Selbstständigeneinkommen u. Betriebsüberschüsse	37.291	270,5	170,4	-	-	-	-	-	-
+ Vermögenseinkommen	15.754	149,8	94,4	-	-	-	-	-	-
= Saldo der Primäreinkommen	211.679	220,1	138,7	-	-	-	-	-	-
- Einkommen- und Vermögenssteuern, gezahlt	35.092	262,8	165,6	-	-	-	-	-	-
+ Monetäre Sozialleistungen u. sonstige lfd. Transfers, erhalten	72.905	233,9	147,3	-	-	-	-	-	-
- Sozialbeiträge und sonstige laufende Transfers, gezahlt	65.876	246,6	155,4	-	-	-	-	-	-
=Verfügbares Einkommen des Haushaltssektors [4]	183.690	209,4	131,9	-	-	-	-	-	-
Arbeitnehmerentgelte [3]	158.634	220,7	139,1	43,2	178,8	112,6	27,9	196,0	123,5
- Sozialbeiträge der Dienstgeber	30.472	218,9	137,9	8,3	177,3	111,7	5,4	194,3	122,4
= Bruttolöhne und -gehälter	128.162	221,2	139,3	34,9	179,1	112,8	22,6	196,4	123,7
- Sozialbeiträge der Arbeitnehmer	19.377	253,6	159,8	5,3	205,4	129,4	3,4	225,2	141,8
- Einkommensteuern der Dienstnehmer [5]	20.357	321,0	202,2	5,5	259,9	163,7	3,6	285,0	179,5
= Nettolöhne und -gehälter	88.427	201,2	126,7	24,1	162,9	102,6	15,6	178,6	112,5
Memo items:									
Lohnsummenabgaben	8.522	297,0	187,1	2,3	240,5	151,5	1,5	263,7	166,1
HVPI (2005=100)	118,8	159,3	-	-	-	-	-	-	-
Deflator des privaten Konsums (2005=100)	118,6	158,7	-	-	-	-	-	-	-
Tariflohnindex (2005=100)	123,0	194,9	-	-	-	-	-	-	-
Bevölkerung (1000 Personen) [6]	8.452	110,6	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtbeschäftigung lt. VGR (1000 Personen)	4.226	120,9	-	-	-	-	-	-	-
Unselbstständig Beschäftigte lt. VGR (1000 Personen)	3.675	123,5	-	-	-	-	-	-	-
Geleistete Arbeitsstunden lt. VGR (Mio. Stunden) [7]	5.676	112,6	-	-	-	-	-	-	-
Geleistete Arbeitsstunden pro Beschäftigten lt. VGR	1.626,0	90,6	-	-	-	-	-	-	-
Teilzeitquote 2013 (in %)	26,5	-	-	-	-	-	-	-	-
Teilzeitquote 1994 (in %)	12,8	-	-	-	-	-	-	-	-

1) Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck
2) Deflationiert mit dem Deflator des privaten Konsums
3) Lt. VGR (Inlandskonzept, d.h. inkl. Einpendler und exkl. Auspendler; exklusive Lohnsummenabgaben (Dienstgeberbeiträge zum Familienlastenausgleichsfonds, Kommunalsteuer, Kammerbeiträge,
4) Die Werte stammen aus den nichtfinanziellen Sektorkonten nach ESA95. Die Jahre vor 1995 wurden wurden mit ESA76-Werten zurückgeschrieben.
5) Definition Statistik Austria (inkl. kleinere sonstige Dienstnehmerabgaben wie AK-Beitrag u.a.)
6) am Jahresanfang
7) Vor 1995 mit Vollzeitäquvalenten (OECD) zurückverkettet.
Quelle: Statistik Austria, Eurostat, OECD.

Dargestellt sind die nominellen Größen für 2013 (Spalte 1) sowie nominelle (Spalte 2) und reale Indizes (Spalte 3) mit dem Basisjahr 1990, sodass sich die Veränderungen seit diesem Jahr in Prozent ablesen lassen. Zusätzlich werden die Arbeitnehmerentgelte und deren Bestandteile pro unselbstständig Beschäftigten (Spalten 4 bis 6) und pro geleisteter Arbeitsstunde (Spalten 7 bis 9) dargestellt.

Der obere Teil der Tabelle zeigt die Zusammensetzung des verfügbaren Einkommens des Haushaltssektors laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung. Von 1990 bis 2013 ist das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte nominell um 109,4% gewachsen. Real – also nach Abzug der Inflation – beträgt die Zunahme +31,9%. Zur Deflationierung wird der Deflator des privaten Konsums verwendet. Die Primäreinkommen sind zwischen 1990 und 2013 real um 38,7% gestiegen. Die Selbstständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse weisen mit +70,4% den höchsten realen Zuwachs auf. Die Arbeitnehmerentgelte sind real um 39,1% gestiegen. Die Vermögenseinkommen weisen nominell zwar einen Zuwachs auf, real sind sie jedoch um 5,6% gesunken. Der im Vergleich zum Anstieg der Primäreinkommen (real +38,7%) schwächere Anstieg der verfügbaren Haushaltseinkommen (real +31,9%) ist in erster Linie auf das deutlich stärkeren Wachstum der direkten Steuern (+65,6%) zurückzuführen. Darüber hinaus hat der stärkere Anstieg der gezahlten im Vergleich zu den erhaltenen Transfers das Wachstum des verfügbaren Haushaltseinkommens gedämpft.

Im zweiten Block der Tabelle findet sich eine Aufgliederung der Arbeitnehmerentgelte in die Sozialbeiträge der Dienstgeber, die Bruttolöhne und -gehälter (exkl. Dienstgeberbeiträge) und die davon abgezogenen Abgaben (Sozialversicherungsbeiträge (Arbeitnehmerbeiträge) und Einkommensteuern der Dienstnehmer). Die Nettolöhne und -gehälter weisen mit +26,7% einen wesentlich geringeren Zuwachs auf als die Bruttolöhne und –gehälter mit +39,3%. Getrieben wird dieser Unterschied vor allem durch den deutlich stärkeren Anstieg der Einkommensteuern der Dienstnehmer (+102,2%). Betrachtet man die Entwicklung der realen Löhne und Gehälter *pro unselbstständig Beschäftigten* (Spalte 6), so zeigt sich, dass diese seit 1990 praktisch stagniert (+2,6%) haben. Die Anzahl der unselbstständig Beschäftigten ist im gleichen Zeitraum um 23,5% gestiegen. Die Bruttolöhne und –gehälter *pro geleisteter Arbeitsstunde* (Spalten 7-9) sind stärker gewachsen als die Löhne und Gehälter pro unselbstständig Beschäftigten (Spalten 4-6). Der Grund liegt darin, dass die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden pro unselbstständig Beschäftigten seit 1990 um 9,4% gesunken ist. Dies ist in erster Linie auf die starke Zunahme der Teilzeitarbeit zurückzuführen. Die Teilzeitquote hat sich zwischen 1994 (12,8%) und 2013 (26,5%) mehr als verdoppelt.

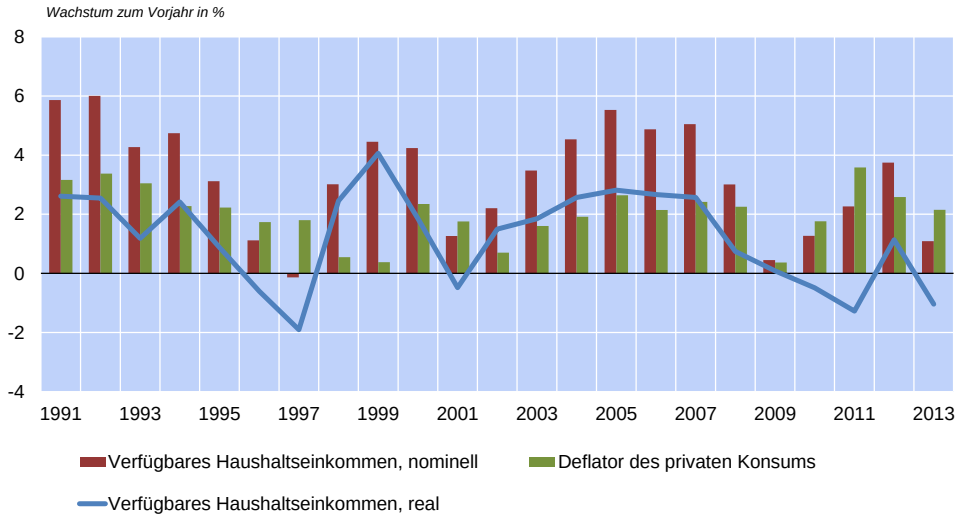
Der untere Teil der Tabelle („Memo items“) zeigt die Entwicklung weiterer wichtiger Größen, wie die vom Arbeitgeber zu bezahlenden Lohnsummenabgaben (Dienstgeberbeiträge zum Familienlastenausgleichsfonds, Kommunalsteuer, Kammerbeiträge, Invalidenausgleichstaxfonds), die in den Arbeitnehmerentgelten lt. VGR nicht enthalten sind. Sie haben sich nominell beinahe verdreifacht (+197%), real sind sie um 87,1% gestiegen. Der Tariflohnindex zeigt die Entwicklung der kollektivvertraglichen Mindestlöhne und –gehälter. Diese sind mit +94,9% in etwa gleich stark gewachsen wie die nominellen Bruttolöhne und –gehälter pro geleisteter Arbeitsstunde (+96,4%); pro unselbstständig Beschäftigten war der Anstieg der Bruttolöhne und –gehälter mit +79,1% deutlich schwächer. Auch dies dürfte im Wesentlichen auf die sinkende durchschnittliche Arbeitszeit zurückzuführen sein.

Entwicklungen im Zeitablauf

Grafik 1 zeigt, dass die verfügbaren Haushaltseinkommen der Österreicher seit 1990 in jedem Jahr - ausgenommen 1997 - nominell gewachsen sind. Allerdings ist es in manchen Jahren durch eine im Vergleich zur Preisentwicklung schwachen Einkommensentwicklung zu einem realen Rückgang der verfügbaren Haushaltseinkommen gekommen (1997, 2001, 2010/11 und 2013).

Grafik 1

Verfügbares Haushaltseinkommen real und nominell

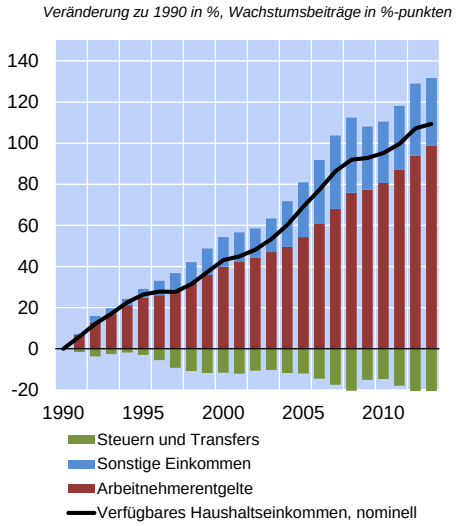


Quelle: Statistik Austria, Eurostat.

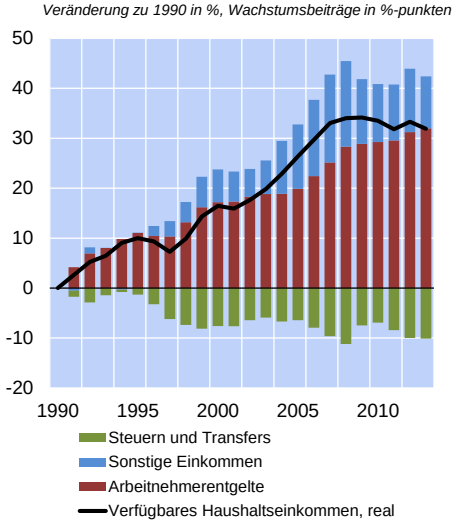
Grafik 2 gliedert die Entwicklung des verfügbaren Haushaltseinkommens seit 1990 in seine Bestandteile (Arbeitnehmerentgelte, sonstige Einkommen, Nettotransfers abzüglich der direkten Steuern). Nominell ergibt sich seit 1990 ein Zuwachs beim verfügbaren Haushaltseinkommen um insgesamt 109,4%; real (deflationiert mit dem Konsumdeflator)[19] macht die Steigerung kumuliert 31,9% aus (oder +1,21% pro Jahr). Betrachtet man die Beiträge der einzelnen Komponenten, so zeigt sich, dass die Entwicklung primär von den Arbeitnehmerentgelten getragen wird.

Grafik 2

Verfügbares Haushaltseinkommen, nominell



Verfügbares Haushaltseinkommen, real



Quelle: Statistik Austria, Eurostat.

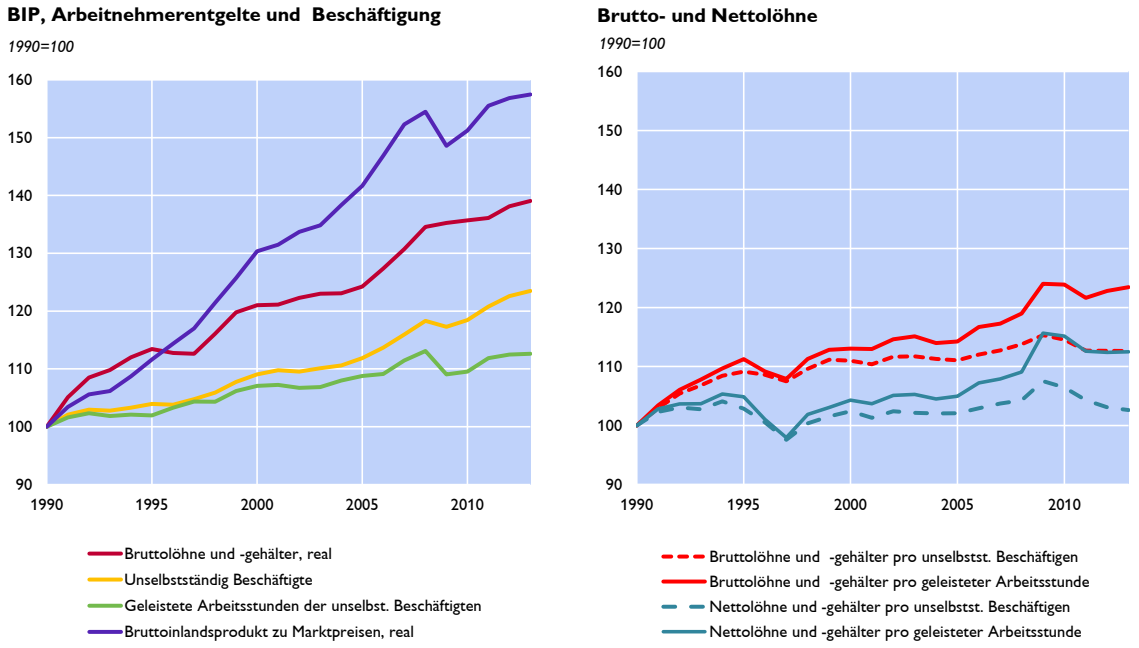
[19] Man könnt die Nettolöhne auch mit den HVPI deflationieren; die Ergebnisse sind beinahe ident.

Grafik 3 stellt die Entwicklung gesamtwirtschaftlicher Einkommensaggregate einerseits und der Brutto- bzw. Nettolöhne und -gehälter andererseits über die Zeit dar. Die zu Grunde liegenden Zahlen finden sich im Appendix.

Im linken Teil der Grafik finden sich reale Aggregatsgrößen, wie die Arbeitnehmerentgelte insgesamt (das ist die Summe der Bruttolöhne und –gehälter, inklusive der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung; ohne Lohnsummensteuern) und das reale BIP, ebenso wie die Zahl der unselbstständig Beschäftigten sowie das Arbeitsvolumen in Stunden.

Grafik 3

Reale Nettolöhne pro Arbeitnehmer fast auf dem Niveau von 1990; reale Nettostundenlöhne gestiegen



Quelle: VGR, Statistik Austria; nominelle Nettolöhne und -gehälter 2013: Schätzung; eigene Berechnungen.

Der rechte Teil stellt die Löhne und Gehälter (brutto und netto) pro unselbstständig Beschäftigten und pro geleisteter Arbeitsstunde dar. Wegen der gesunkenen durchschnittlichen Arbeitszeit haben sich sowohl die Brutto- als auch die Nettolöhne pro geleisteter Stunde dynamischer entwickelt als Brutto- bzw. Nettolöhne pro Arbeitnehmer. Weiters zeigt diese Grafik deutlich, dass die Bruttogrößen stärker gewachsen sind als die Nettogrößen (d. h. nach Sozialabgaben und Steuern). Anders ausgedrückt: Die Abgabenbelastung pro unselbstständig Beschäftigten bzw. pro Arbeitsstunde ist im Zeitablauf gestiegen.

Die Dynamik der Steuerbelastung auf Arbeit wird vor allem von der Lohnsteuer getrieben. Die Tarifsenkungen /-anpassungen 1994, 2000, 2004/05 sowie 2009 glichen die erhebliche kalte Progression nur teilweise aus:[20] In ihren Berechnungen geht die OeNB davon aus, dass eine 1%ige Erhöhung der Durchschnittslöhne das Lohnsteueraufkommen (der Arbeitnehmer) um etwas mehr als 1,8% erhöht. Die kalte Progression kann auch alternativ dargestellt werden: Bei

[20] In den Berechnungen wird nur jener Teil des Lohnsteueraufkommens herangezogen, der von Arbeitnehmern abgeführt wird (Pensionen sind auch lohnsteuerpflichtig, werden aber herausgerechnet). Die meisten Steuerreformen beinhalteten auch Erhöhungen des Kinderabsetzbetrags; diese werden aber bei den hier verwendeten VGR-Daten als Ausgabenerhöhungen betrachtet (und nicht als Steuersenkungen wie in der administrativen Darstellung des Bundesbudgets).

einem Anstieg des Bruttolohns um 1% steigt der Nettolohn im Durchschnitt über alle Arbeitnehmer um rund 0,85%; d.h. die kalte Progression zehrt 15% des prozentuellen Lohnanstiegs auf.

Zudem kam es 2001 und insbesondere 1996 zu einer erheblichen Verbreiterung der Lohnsteuerbemessungsgrundlage. Im Bereich der Sozialversicherung kam es immer wieder zu kleineren Beitragserhöhungen (mit Ausnahme punktueller Senkungen der Arbeitslosenversicherungsbeiträge und der Abschaffung des Entgeltfortzahlungsfonds).[21]

In Zahlen (vgl. Appendix) lässt sich der Befund folgendermaßen zusammenfassen: Die realen Bruttolöhne und –gehälter pro Arbeitnehmer sind seit 1990 um 12,8% gestiegen; die realen Nettolöhne und Gehälter pro Arbeitnehmer hingegen lediglich um 2,6% (bzw. um +0,11% pro Jahr). Hier kann man tatsächlich von einer Stagnation sprechen. Etwas besser sieht die Entwicklung der realen Löhne und Gehälter pro Arbeitsstunde aus: Brutto betrug der Zuwachs seit 1990 +23,7%, netto +12,5% (oder +0,51% pro Jahr).

[21] Im Bereich der Lohnsummensteuern (die nicht im Arbeitnehmerentgelt inkludiert sind) war die einzige große Maßnahme die Einführung der Kommunalsteuer 1994, welche als Ersatz für die Gewerbelohnsummensteuer (die eine engere Bemessungsgrundlage und einen niedrigeren Satz hatte) sowie für die Gewerbeertragsteuer der Gemeinden fungierte.

Appendix: Beschäftigungs- und Lohnentwicklung seit 1990

Einkommen der privaten Haushalte: Absolutwerte

	Verfügbares Einkommen des Haushalts-sektors	Bruttolöhne und -gehälter (inkl. Dienstgeber-beiträge)	Selbstständigen-einkommen u. Betriebsüber-schüsse	Vermögens-einkommen	Direkte Steuern abzgl. Nettotransfers	Bruttolöhne und -gehälter (inkl. Dienst-geberbeiträge)	Dienstgeber-beiträge	Bruttolöhne und -gehälter	Sozialver-sicherungsbeiträge	Lohnsteuer	Nettolöhne und -gehälter	Nettolöhne und -gehälter pro unselbst-ständig Beschäftigten, real	Nettolöhne und -gehälter pro geleisteter Arbeitsstunde, real
	Mio. EUR, nom.	Mio. EUR, nom.	Mio. EUR, nom.	Mio. EUR,	Mio. EUR,	Mio. EUR,	Mio. EUR,	Mio. EUR, nom.	Mio. EUR, nom.	Mio. EUR,	Mio. EUR,	1990=100	1990=100
1990	87.730	71.866	13.784	10.516	−8.804	71.866	13.922	57.944	7.641	6.343	43.961	100,0	100,0
1991	92.871	77.920	14.563	10.043	−10.172	77.920	14.961	62.959	8.275	7.307	47.378	102,3	102,8
1992	98.449	83.156	15.147	11.876	−12.077	83.156	16.195	66.961	9.208	8.027	49.726	103,0	103,7
1993	102.654	86.710	15.132	11.584	−11.075	86.710	17.163	69.546	9.904	8.615	51.028	102,8	103,7
1994	107.523	90.462	16.306	10.713	−10.372	90.462	18.295	72.167	10.701	8.329	53.136	104,1	105,3
1995	110.877	93.668	18.079	9.935	−11.421	93.668	19.069	74.599	11.212	9.383	54.004	102,9	104,9
1996	112.118	94.712	18.681	11.770	−13.614	94.712	19.595	75.117	11.536	9.952	53.628	100,5	101,1
1997	111.965	96.292	19.230	12.910	−16.946	96.292	19.983	76.310	11.725	11.105	53.480	97,6	98,0
1998	115.338	99.815	20.566	12.760	−18.292	99.815	20.370	79.445	11.910	11.631	55.904	100,4	101,9
1999	120.472	103.370	21.597	13.998	−19.140	103.370	20.969	82.401	12.352	12.285	57.764	101,6	103,1
2000	125.580	106.887	22.403	14.524	−19.032	106.887	21.410	85.477	12.743	12.405	60.329	102,4	104,3
2001	127.171	108.878	22.963	14.031	−19.402	108.878	21.609	87.269	13.226	12.913	61.130	101,3	103,7
2002	129.977	110.695	24.295	12.499	−18.191	110.695	21.735	88.960	13.419	13.441	62.100	102,4	105,1
2003	134.498	113.113	25.391	13.242	−17.912	113.113	22.201	90.912	13.716	13.929	63.267	102,1	105,3
2004	140.595	115.356	27.347	16.425	−19.129	115.356	22.443	92.912	14.150	14.063	64.699	102,0	104,5
2005	148.367	119.524	29.196	18.491	−19.328	119.524	23.345	96.179	14.707	14.285	67.187	102,1	105,0
2006	155.593	125.134	31.010	20.556	−21.558	125.134	24.235	100.899	15.305	15.273	70.321	102,9	107,2
2007	163.446	131.536	32.854	22.791	−24.155	131.536	25.273	106.263	15.966	16.264	74.034	103,7	107,9
2008	168.362	138.470	32.810	23.543	−26.687	138.470	26.317	112.152	16.757	17.750	77.645	104,3	109,1
2009	169.122	139.693	31.878	19.379	−22.085	139.693	26.624	113.069	16.868	16.526	79.676	107,5	115,6
2010	171.270	142.621	33.463	16.956	−21.741	142.621	27.275	115.347	17.289	16.982	81.076	106,5	115,1
2011	175.144	148.153	35.512	16.175	−24.546	148.153	28.360	119.794	17.974	17.933	83.887	104,3	112,6
2012	181.708	154.254	36.660	18.409	−27.312	154.254	29.645	124.609	18.762	19.497	86.349	103,1	112,4
2013	183.690	158.634	37.291	15.754	−28.063	158.634	30.472	128.162	19.377	20.357	88.427	102,6	112,5

Quelle: Statistik Austria, Eurostat. Für Detaildefinitionen und Berechnung siehe die Anmerkungen zur Haupttabelle im Text.

Einkommen der privaten Haushalte: Wachstumsraten

	Verfügbares Einkommen des Haushalts-sektors	Bruttolöhne und -gehälter (inkl. Dienstgeber-beiträge)	Selbstständigen-einkommen u. Betriebsüber-schüsse	Vermögens-einkommen	Direkte Steuern abzgl. Nettotransfers	Bruttolöhne und -gehälter (inkl. Dienst-geberbeiträge)	Dienstgeber-beiträge	Bruttolöhne und -gehälter	Sozialver-sicherungsbeiträge	Lohnsteuer	Nettolöhne und -gehälter	Nettolöhne und -gehälter pro unselbst-ständig Beschäftigten, real	Nettolöhne und -gehälter pro geleisteter Arbeitsstunde, real
	Veränderung zum Vorjahr in %												
1991	5,9	8,4	5,6	−4,5	15,5	8,4	7,5	8,7	8,3	15,2	7,8	2,3	2,8
1992	6,0	6,7	4,0	18,3	18,7	6,7	8,2	6,4	11,3	9,9	5,0	0,7	0,8
1993	4,3	4,3	−0,1	−2,5	−8,3	4,3	6,0	3,9	7,6	7,3	2,6	−0,3	0,0
1994	4,7	4,3	7,8	−7,5	−6,3	4,3	6,6	3,8	8,1	−3,3	4,1	1,3	1,6
1995	3,1	3,5	10,9	−7,3	10,1	3,5	4,2	3,4	4,8	12,7	1,6	−1,2	−0,4
1996	1,1	1,1	3,3	18,5	19,2	1,1	2,8	0,7	2,9	6,1	−0,7	−2,3	−3,6
1997	−0,1	1,7	2,9	9,7	24,5	1,7	2,0	1,6	1,6	11,6	−0,3	−2,9	−3,1
1998	3,0	3,7	6,9	−1,2	7,9	3,7	1,9	4,1	1,6	4,7	4,5	2,9	4,0
1999	4,5	3,6	5,0	9,7	4,6	3,6	2,9	3,7	3,7	5,6	3,3	1,2	1,1
2000	4,2	3,4	3,7	3,8	−0,6	3,4	2,1	3,7	3,2	1,0	4,4	0,8	1,2
2001	1,3	1,9	2,5	−3,4	1,9	1,9	0,9	2,1	3,8	4,1	1,3	−1,1	−0,6
2002	2,2	1,7	5,8	−10,9	−6,2	1,7	0,6	1,9	1,5	4,1	1,6	1,1	1,4
2003	3,5	2,2	4,5	5,9	−1,5	2,2	2,1	2,2	2,2	3,6	1,9	−0,3	0,2
2004	4,5	2,0	7,7	24,0	6,8	2,0	1,1	2,2	3,2	1,0	2,3	−0,1	−0,7
2005	5,5	3,6	6,8	12,6	1,0	3,6	4,0	3,5	3,9	1,6	3,8	0,0	0,4
2006	4,9	4,7	6,2	11,2	11,5	4,7	3,8	4,9	4,1	6,9	4,7	0,8	2,1
2007	5,0	5,1	5,9	10,9	12,0	5,1	4,3	5,3	4,3	6,5	5,3	0,8	0,6
2008	3,0	5,3	−0,1	3,3	10,5	5,3	4,1	5,5	5,0	9,1	4,9	0,5	1,1
2009	0,5	0,9	−2,8	−17,7	−17,2	0,9	1,2	0,8	0,7	−6,9	2,6	3,1	6,0
2010	1,3	2,1	5,0	−12,5	−1,6	2,1	2,4	2,0	2,5	2,8	1,8	−1,0	−0,4
2011	2,3	3,9	6,1	−4,6	12,9	3,9	4,0	3,9	4,0	5,6	3,5	−2,0	−2,2
2012	3,7	4,1	3,2	13,8	11,3	4,1	4,5	4,0	4,4	8,7	2,9	−1,2	−0,2
2013	1,1	2,8	1,7	−14,4	2,7	2,8	2,8	2,9	3,3	4,4	2,4	−0,5	0,1
Mittel 91-13	3,27	3,50	4,42	1,77	5,17	3,50	3,46	3,51	4,13	5,20	3,09	0,11	0,51

Quelle: Statistik Austria, Eurostat. Für Detaildefinitionen und Berechnung siehe die Anmerkungen zur Haupttabelle im Text.

Zusätzliche Variablen (Memo Items): Absolutwerte

	Lohnsummen-abgaben	HVPI	Deflator des privaten Konsums	Tariflohn-index	Bevölkerung zu Jahresbeginn	Gesamt-beschäftigung	Unselbst-ständig Beschäftigte	Geleistete Arbeitsstunden der unselbstständig Beschäftigten	Geleistete Arbeitsstunden pro unselbstständig Beschäftigten
	Mio. EUR	1990=100	1990=100	1990=100	1000 Personen	1000 Personen	1000 Personen	Mio. Stunden	Stunden
1990	2.870	100,0	100,0	100,0	7.645	3.496	2.976	5.040	1.794
1991	3.113	103,1	103,2	106,9	7.711	3.547	3.039	5.121	1.771
1992	3.315	106,7	106,6	112,8	7.799	3.571	3.064	5.157	1.764
1993	3.444	110,1	109,9	118,4	7.883	3.557	3.059	5.133	1.768
1994	4.108	113,1	112,4	122,5	7.929	3.564	3.075	5.146	1.777
1995	4.495	114,9	114,9	126,8	7.943	3.569	3.094	5.138	1.790
1996	4.588	116,9	116,9	129,8	7.953	3.582	3.090	5.205	1.812
1997	4.721	118,3	119,0	132,1	7.965	3.609	3.118	5.260	1.817
1998	4.874	119,3	119,6	135,0	7.971	3.645	3.152	5.258	1.798
1999	5.045	119,9	120,1	138,4	7.982	3.701	3.207	5.351	1.799
2000	5.193	122,2	122,9	141,2	8.002	3.736	3.245	5.396	1.799
2001	5.384	125,0	125,1	145,0	8.021	3.763	3.267	5.405	1.789
2002	5.500	127,2	125,9	148,5	8.064	3.759	3.260	5.379	1.783
2003	5.617	128,8	128,0	151,8	8.100	3.783	3.277	5.385	1.775
2004	5.721	131,3	130,4	154,9	8.143	3.807	3.292	5.442	1.780
2005	5.892	134,1	133,9	158,5	8.201	3.852	3.330	5.482	1.769
2006	6.155	136,3	136,7	162,7	8.254	3.917	3.384	5.499	1.743
2007	6.512	139,3	140,0	166,7	8.283	3.987	3.451	5.618	1.735
2008	7.137	143,8	143,2	171,9	8.308	4.066	3.521	5.700	1.715
2009	7.347	144,4	143,7	177,7	8.335	4.037	3.491	5.496	1.668
2010	7.548	146,9	146,2	180,5	8.352	4.075	3.526	5.520	1.654
2011	7.912	152,1	151,5	184,1	8.375	4.144	3.595	5.638	1.658
2012	8.280	156,0	155,4	190,1	8.408	4.198	3.649	5.668	1.639
2013	8.522	159,3	158,7	194,9	8.452	4.226	3.675	5.676	1.626

Quelle: Statistik Austria, Eurostat, OECD. Für Detaildefinitionen und Berechnung siehe die Anmerkungen zur Haupttabelle im Text.

Zusätzliche Variablen (Memo Items): Wachstumsraten

	Lohnsummen-abgaben	HVPI	Deflator des privaten Konsums	Tariflohn-index	Bevölkerung zu Jahresbeginn	Gesamt-beschäftigung	Unselbst-ständig Beschäftigte	Geleistete Arbeitsstunden der unselbstständig Beschäftigten	Geleistete Arbeitsstunden pro unselbstständig Beschäftigten
	Veränderung zum Vorjahr in %								
1991	8,5	3,1	3,2	6,9	0,9	1,5	2,1	1,6	−1,3
1992	6,5	3,5	3,4	5,6	1,1	0,7	0,8	0,7	−0,4
1993	3,9	3,2	3,0	4,9	1,1	−0,4	−0,1	−0,5	0,2
1994	19,3	2,7	2,3	3,5	0,6	0,2	0,5	0,2	0,5
1995	9,4	1,6	2,2	3,4	0,2	0,1	0,6	−0,1	0,7
1996	2,1	1,8	1,7	2,4	0,1	0,4	−0,1	1,3	1,2
1997	2,9	1,2	1,8	1,8	0,1	0,7	0,9	1,1	0,3
1998	3,2	0,8	0,5	2,2	0,1	1,0	1,1	−0,1	−1,0
1999	3,5	0,5	0,4	2,5	0,1	1,5	1,7	1,8	0,0
2000	2,9	2,0	2,3	2,0	0,2	1,0	1,2	0,8	0,0
2001	3,7	2,3	1,8	2,7	0,2	0,7	0,7	0,2	−0,6
2002	2,2	1,7	0,7	2,4	0,5	−0,1	−0,2	−0,5	−0,4
2003	2,1	1,3	1,6	2,2	0,5	0,6	0,5	0,1	−0,4
2004	1,9	2,0	1,9	2,1	0,5	0,6	0,5	1,1	0,3
2005	3,0	2,1	2,6	2,3	0,7	1,2	1,1	0,7	−0,6
2006	4,5	1,7	2,1	2,7	0,6	1,7	1,6	0,3	−1,5
2007	5,8	2,2	2,4	2,5	0,3	1,8	2,0	2,2	−0,4
2008	9,6	3,2	2,3	3,1	0,3	2,0	2,0	1,5	−1,1
2009	2,9	0,4	0,4	3,4	0,3	−0,7	−0,8	−3,6	−2,7
2010	2,7	1,7	1,8	1,6	0,2	1,0	1,0	0,4	−0,8
2011	4,8	3,6	3,6	2,0	0,3	1,7	1,9	2,1	0,2
2012	4,7	2,6	2,6	3,3	0,4	1,3	1,5	0,5	−1,1
2013	2,9	2,1	2,2	2,6	0,5	0,7	0,7	0,1	−0,8
Mittel 91-13	4,85	2,04	2,03	2,94	0,44	0,83	0,92	0,52	−0,43

Quelle: Statistik Austria, Eurostat, OECD. Für Detaildefinitionen und Berechnung siehe die Anmerkungen zur Haupttabelle im Text.

Annex

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik – EU[22] und international[23]

Zeitraum 28. Februar bis 9. April 2014

1) EU, Eurosystem, ESZB

3. März 2014	ECON	Wirtschaftspolitscher Dialog und Meinungsaustausch mit Eurogruppe Vorsitzender J. Dijsselbloem. - 2014:entscheidendes Jahr für die Konsolidierung der europäischen Erholung. Strukturreformen zur Steigerung des Wachstums wichtig; Wachstum notwendig für nachhaltige öffentliche Finanzen und die Erhaltung des europäischen Sozialmodells. - Begrüßt die Fortschritte bei den Single Resolution Mechanism (SRM)-Verhandlungen.
6. März 2014	EK	EK schließt vertiefte Überprüfungen zur Ermittlung makroökonomischer Ungleichgewichte ab. Übermäßige Ungleichgewichte in Kroatien, Italien und Slowenien festgestellt. In Anbetracht der vorgenommenen Anpassungen beurteilt die EK die Ungleichgewichte in Spanien – trotz Risiken - nicht als übermäßig.
7. März 2014	SSM	Der EZB-Rat ernennt drei EZB Vertreter zum Supervisory Board des Single Supervisory Mechanism (SSM): Sirkka Hämäläinen, Julie Dickson und Ignazio Angeloni.
10. März 2014	Eurogruppe	Hauptthemen der Eurogruppe-Diskussionen sind: I. Wirtschaftliche Situation im Euroraum (EK-Winterprognose 2014): Vertrauen in die wirtschaftliche Erholung der MS steigt. Fiskal-konsolidierung muss weitergeführt werden. Herausforderungen bleiben Wettbewerbsfähigkeit, Nachfrage und Investitionen in einigen MS. II. European Stability Mechanism (ESM) Direkte Bankenrekapitalisierung: Review der operativen Rahmenbedingungen wurde durchgeführt, um die Möglichkeit einer direkten Bankenrekapitalisierung durch den ESM zu prüfen. Fortschritte in den Verhandlungen wurden erzielt, eine Einigung steht kurz bevor. III. Wirtschaftliche Anpassungsprogramme in Zypern und Portugal (Griechenland: siehe Eurogruppe 31. März) - Zypern: Troika hat die Review Mission erfolgreich abgeschlossen, die Auszahlung der nächsten Tranche von 150 Mio EUR im April wird befürwortet. Für 2014 sind 2,1 Mrd EUR geplant. - Portugal: Programm läuft zufriedenstellend. Letzte Auszahlung von 1,2 Mrd EUR im April. Programmausstieg für Mitte Mai vorgesehen.

[22] Autorin: Majken Corti (Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen)

[23] Autorin: Andrea W. Hofer (Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen)

11. März 2014	ECOFIN	I. SRM Die EU Finanzminister erteilen der griechischen Ratspräsidentschaft ein aktualisiertes Verhandlungsmandat für die Trilogie mit dem EP. II. Besteuerung von Zinserträgen -Es wird keine Einigung über die Annahme der geänderten Richtlinie erzielt. Luxemburg und Österreich fordern starkes Bekenntnis der Drittstaaten zum automatischen Informationsaustausch und globalen Standard.
17./18. März 2014	ECON	I. Mögliche Einführung des Euro in Litauen: Beitritt Litauens zur Eurozone wird befürwortet. II. Öffentliche Aussprache mit D. Nouy, Vorsitzende des SSM: - Stresstest: Veröffentlichung von Methodologie und Szenarien erfolgt im April, sie fordert die Einrichtung solider Backstops auf nationaler und auf europäischer Ebene. - Bankenunion: Nouy fordert zur Kompromissfindung und zur raschen Einigung über den SRM auf. - Single Resolution Fund (SRF): Fonds muss Kredite aufnehmen können (bes. in den ersten Jahren); spätestens nach 5 Jahren sollte ein zu 100% vergemeinschaftlichter Fonds eingerichtet sein.
19. März 2014	EK	Vorschlag für eine Erhöhung der makrofinanziellen Unterstützungsleistung (MFA) für die Ukraine um 1 Mrd EUR (auf 1,6 Mrd EUR) wird angenommen. - Bedingungen: Strukturreformen, verbesserte Finanzverwaltung, Verbesserung des sozialen Sicherheitsnetzes sowie Erhöhung der Anstrengungen bei der Korruptionsbekämpfung. - Auszahlung der ersten Tranche in Höhe von 600 Mio EUR soll direkt nach erfolgter Einigung über das Hilfsprogramm des IWF erfolgen.
20. März 2014	EP, EK, Rat	I. Politische Einigung zwischen Rat, EP und EK zum SRM - Anwendungsbereich: o Alle Banken des SSM. o SRB (Single Resolution Board) erstellt Abwicklungspläne und ist für die Abwicklung von den von der EZB beaufsichtigten sowie grenzüberschreitenden Banken zuständig. o Nationale Abwicklungsbehörden (National Resolution Agencies - NRAs) sind für alle nicht von EZB beaufsichtigten Banken zuständig, solange keine SRF-Mittel benötigt werden. - Entscheidungsprozess: o Trigger: EZB und SRB stoßen die Abwicklung an. o SRB entscheidet, ob eine Bank systemrelevant ist und erstellt in enger Kooperation mit NRAs den Abwicklungsplan. o Entscheidung: - EK validiert diskretionären Teil der Abwicklungsentscheidung sowie den Abwicklungsplan des SRB. - Einspruchsrecht des Rates bei Änderung der Mittelverwendung von SRF durch die EK sowie, wenn aus Sicht des Rates kein öffentliches Interesse an der Abwicklung besteht. II. Inkrafttreten des SRF-Inter-Governmental-Agreement (IGA) parallel zur SRM Verordnung durch die MS intendiert. o Erreichung des Target levels von 1% der gedeckten Einlagen (ca. 55

		Mrd EUR) in 8 Jahren o Vergemeinschaftung der eingezahlten Mittel: 1. Jahr: 40%, 2 Jahr: + 20%, 3-8. Jahr: zunehmende Vergemeinschaftung in linearer Form.
20./21. März 2014	ER	Die Staats- und Regierungschefs der EU verurteilen die Eingliederung der Krim in die Russische Föderation und fordern eine Erweiterung des von Reiserestriktionen und der Einfrierung von Vermögenswerten erfassten Personenkreises in Russland. Die EK wird ersucht weitere restriktive Maßnahmen wirtschaftlicher, handelsbezogener und finanzieller Art vorzuschlagen. - Die EU und die Ukraine unterzeichnen die politischen Bestimmungen des Assoziierungsabkommens mit der Ukraine. Eine zukünftige Unterzeichnung der übrigen Teile (einschließlich einer vertieften und umfassenden Freihandelszone) wird der Ukraine zugesagt. - Der nächste EU- Russland-Gipfel wird abgesagt. - Die Unterzeichnung der Assoziierungsabkommen mit Georgien und Moldawien soll bis Juni 2014 erfolgen.
24. März 2014	Rat	Die Zinsbesteuerungsrichtlinie wird im Rat angenommen. Die EU-Staaten verpflichten sich zu einem automatischen Informationsaustausch über Zinserträge und Gewinne.
27. März 2014	Rat/EP	Die Verordnung zur Schaffung des SRM wird durch den Rat angenommen: - Bestimmungen mit Bezug auf: Die Vorbereitung der Abwicklungspläne, Erhebung von Informationen und Kooperation mit NRAs gelten ab 1. Jänner 2015. - Bestimmungen mit Bezug auf: Abwicklungspläne, early intervention, Abwicklungsmaßnahmen und –instrumente, gelten ab 1. Jänner 2016 vorausgesetzt die Konditionen für die Übertragung der Beiträge an den SRF wurden eingehalten. o Das Intergovernmental Agreement (IGA) zum SRF tritt in Kraft, wenn 90% am SSM/SRM teilnehmenden MS ratifiziert haben.
31. März 2014	Eurogruppe	Die 4. Review Mission der Troika in Griechenland wurde abgeschlossen. Die Euroraum Finanzminister einigen sich auf Auszahlung einer weiteren Tranche aus dem European Financial Stability Facility (EFSF) in Höhe von 8,3 Mrd EUR in 3 Teilen: 6,3 Mrd EUR Ende April und je 1 Mrd EUR im Juni und Juli je nach Umsetzung der akkordierten Meilensteine.
1. April 2014	Inf. ECOFIN	Die Finanzminister diskutieren die wirtschaftliche Situation der EU. Die in der EK-Mitteilung über die langfristige Finanzierung der europäischen Wirtschaft vorgeschlagenen Maßnahmen finden breite Unterstützung. Infolge der Präsentation des EK-Vorschlags zur Reform der Struktur des Bankensektors, konnte ein Rahmen für Diskussion auf technischem Level geschaffen werden. Die politische Diskussion wird nach den europäischen Wahlen stattfinden.

2) IWF und andere internationale Organisationen/Gremien

Datum	Institution	Ereignis
28. Februar 2014	IWF	Die geschäftsführende IWF-Exekutivdirektorin Christine Lagarde ernennt Vitor Gaspar, portugiesischer Finanzminister von 2011 bis 2013, per Juni 2014 zum Direktor des Fiscal Affairs Department des IWF.
28. Februar 2014	IWF/ EK/ EZB / Portugal	Die Troika stellt bei der 11. Review Mission fest, dass Portugal mit seinem Programm (52 Mrd EUR EU-Kredit, 26 Mrd EUR IWF-EFF) weiterhin „on track“ ist.
5. März 2014	IWF	Das IWF-Exekutivdirektorium diskutiert einen Bericht des Stabs zur Überprüfung der Flexible Credit Line (FCL), der Precautionary and Liquidity Line (PCL) und des Rapid Financing Instrument (RFI) und kommt überein, dass diese Instrumente trotz ihrer geringen Inanspruchnahme weiterhin vom Fonds angeboten werden sollen, da sie ein wichtiger Bestandteil des globalen finanziellen Sicherheitsnetzes sind und in drei Jahren wieder überprüft werden sollen.
27. März 2014	IWF / Ukraine	Auf Ersuchen der Ukraine und nach Durchführung einer dreiwöchigen Fact-finding-Mission in Kiew schließt der IWF mit der Ukraine ein zweijähriges Stand-By Arrangement (SBA) über 14 bis 18 Mrd USD ab.
18. März 2014	IWF / IEO	Das IWF Management und der Fondsstab begrüßen den Bericht des Independent Evaluation Office (IEO) zu IWF-Prognosen und, dass die Deskmanager der einzelnen Länder Vertrauen in die Integrität der IWF-Prognosen haben.
19. März 2014	IWF / EK / EZB / Griechenland	Die Troika führt ihre Review Mission mit Griechenland durch und vereinbart auf Stabsebene mit den Behörden politische Maßnahmen, die als Basis für den Abschluss des Reviews dienen können.
25. März 2014	IWF / USA	Ein Ratifizierungsversuch der USA, die IWF-Quoten- und Governancereform 2010 durch den Kongress zu bringen, schlägt abermals fehl.
26. März 2014	IWF / Rumänien	Das IWF-Exekutivdirektorium schließt den ersten und zweiten Review der Performance Rumäniens im Rahmen seines zweijährigen Stand-By Arrangements (SBA) über rund 1,96 Mrd EUR von 2013 ab. Die Behörden sehen das SBA als Vorsichtsmaßnahme an und planen keine Inanspruchnahme. Das Programm ist „on track“. Weiters stimmt das Exekutivdirektorium auch der ex post Evaluation (EPE) des SBA mit Rumänien von 2011 zu.
26. März 2014	IWF	Das IWF-Exekutivdirektorium überprüft die Einführung einer neuen währungspolitischen Konditionalität in Form einer „monetary policy consultation clause“ (MPCC) in jenen Entwicklungs- und Schwellenländern, die gerade vom Wechselkursregime zu einem am

<table>
<tr><td></td><td></td><td>Zinssatz orientierten Regime wechseln.</td></tr>
<tr><td>28. März 2014</td><td>IWF / Zypern</td><td>Das IWF-Exekutivdirektorium schließt den dritten Review der dreijährigen Extended Fund Facility (EFF) über 1 Mrd EUR für Zypern ab (das Programm ist weiterhin „on track“) und stimmt der Auszahlung der nächsten Tranche zu.</td></tr>
<tr><td>1. April 2014</td><td>IWF</td><td>Das IWF-Exekutivdirektorium beschließt die Aktivierung des NAB in voller Höhe (367 Mrd SZR) für weitere sechs Monate von 1. April 2014 bis 30. September 2014.</td></tr>
<tr><td>8. April 2014</td><td>IWF</td><td>In seinem jüngsten World Economic Outlook (WEO) stellt der IWF fest, dass sich die wirtschaftliche Erholung weltweit verbessert. Das Wachstum wird für Entwicklungs- und Schwellenländer ungefähr doppelt so hoch prognostiziert wie für Industrieländer. Im Euroraum weisen die südlichen Peripherieländer erstmal ein wenn auch kleines Wachstum auf. Die Schwellen- und Entwicklungsländer (v.a. China, Indien und Subsahara Afrika) haben weiterhin ein starkes Wachstum, obgleich nicht mehr so hoch wie vor der Krise.
<table>
<tr><th></th><th>2013</th><th>2014</th><th>2015</th></tr>
<tr><td>World Output</td><td>3,0%</td><td>3,6%</td><td>3,9%</td></tr>
<tr><td>Industrieländer</td><td>1,3%</td><td>2,2%</td><td>2,3%</td></tr>
<tr><td>USA</td><td>1,9%</td><td>2,8%</td><td>3,0%</td></tr>
<tr><td>UK</td><td>1,8%</td><td>2,9%</td><td>2,5%</td></tr>
<tr><td>Deutschland</td><td>0,5%</td><td>1,7%</td><td>1,6%</td></tr>
<tr><td>Japan</td><td>1,5%</td><td>1,4%</td><td>1,0%</td></tr>
<tr><td>Euroraum</td><td>-0,5%</td><td>1,2%</td><td>1,5%</td></tr>
<tr><td>Schwellen- und Entwicklungs-länder</td><td>4,7%</td><td>4,9%</td><td>5,3%</td></tr>
</table>
Die akuten Risiken haben sich verringert, sind aber nicht verschwunden. Das Wachstum in Japan und Südeuropa ist noch schwach, die Finanzmarktreformen sind noch nicht abgeschlossen und geopolitische Risiken sind gestiegen.</td></tr>
<tr><td>9. April 2014</td><td>IWF</td><td>Der IWF betont im Global Financial Stability Report (GFSR), dass das globale Finanzsystem derzeit zahlreiche Veränderungen durchmacht. Diese Veränderungen sind noch lange nicht abgeschlossen und die Bedingungen für die Finanzmarktstabilität sind noch weit entfernt von der Normalität. Sobald sich das Wachstum in den Industrieländern gefestigt hat, sollten diese aus der außerordentlichen Währungspolitik aussteigen und die hohe Liquidität zurückführen. Industrie- und Schwellenländer sollten weiters erfolgreich von einer liquiditätsgetriebenen auf eine wachstumsgetriebene Wirtschaftspolitik</td></tr>
</table>

		umschwenken.
9. April 2014	IWF	Im Fiscal Monitor geht der IWF von leicht abnehmenden, aber dennoch weiterhin erhöhten fiskalischen Risiken aus. Der IWF empfiehlt, dass die Fiskalpolitik Konsolidierungsspielräume nützt, wenn sich das Wirtschaftswachstum und die langfristigen Wachstumsaussichten verstärken.

Wirtschaftsindikatoren - Grafiken und Tabellen

Redaktionsschluss: 16. April 2014

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Weltwirtschaft	
Prognose der Europäischen Kommission für ausgewählte Regionen	1
Makroökonomische Indikatoren	2
Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise	3
Euroraum	
Wirtschaftsindikatoren	
Prognosen	4
Aktuelle Entwicklung	5
Leitzinssätze und Bereitstellung der Liquidität	6
Zinserwartungen	7
Geldmarktzinssätze und Renditen langfristiger Staatsanleihen	8
Renditen und Kreditzinsen	9
Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation	10
Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt	11
Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren	12
Inflation und Arbeitskosten	13
Makroökonomische Ungleichgewichte	14
Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)	
Ausgewählte makroökonomische Indikatoren	15
Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder	
Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts	16
Entwicklung der Verbraucherpreise	17
Arbeitslosenquoten	18
Leistungsbilanzsalden	19
Fiskaldaten	20
Österreich	
Wirtschaftsindikatoren	
Prognosen	21
Aktuelle Entwicklung	22
Außenhandel mit Waren	24
Inflation und Wettbewerbsindikatoren	25
Tourismus und Reiseverkehr	26
Öffentliche Haushalte	27
Bundeshaushalt	28
Geschäftsentwicklung der Kreditinstitute - unkonsolidiert	29
Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland	30
Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland	31
Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland	32
Ertragslage der Kreditinstitute - konsolidiert	33
Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE	34
Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung	
Geldvermögensbildung und Geldvermögen	35
Finanzierung und Verbindlichkeiten	36

Zeichenerklärung

.. = Angabe liegt zur Zeit der Berichterstattung nicht vor
x = Angabe ist aus sachlichen Gründen nicht möglich
0 = Wert ist kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit
Ø = Durchschnitt
Δ = Veränderung

Prognose der Europäischen Kommission für ausgewählte Regionen

	Reales BIP		Inflation[1)]		Arbeitslose		Budgetsaldo		Staatsschuld		Leistungsbilanzsaldo	
	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015
	Veränderung zum Vorjahr in %		*in %*		*in % des Arbeitskräfteangebotes*		*in % des BIP*					
USA	2,9	3,2	1,6	1,9	6,5	5,8	-5,4	-4,8	104,8	104,5	-2,1	-2,3
Japan	1,6	1,3	2,5	1,2	3,8	3,8	-7,5	-6,2	244,9	245,7	0,5	1,0
China	7,4	7,4	x	x	x	x	x	x	x	x	2,7	2,8
Euroraum	1,2	1,8	1,0	1,3	12,0	11,7	-2,6	-2,5	95,9	95,4	2,3	2,3
EU	1,5	2,0	1,2	1,5	10,7	10,4	-2,7	-2,7	89,7	89,5	1,4	1,4
Österreich	1,5	1,8	1,8	1,8	4,8	4,7	-2,1	-1,8	74,3	73,7	3,4	3,8
Deutschland	1,8	2,0	1,4	1,4	5,2	5,1	0,0	0,0	77,3	74,5	6,7	6,4
Vereinigtes Königreich	2,5	2,4	2,0	2,0	6,8	6,5	-5,2	-4,2	93,4	94,5	-3,3	-3,2
Polen	2,9	3,1	1,4	2,0	10,3	10,1	5,0	-2,9	50,3	51,0	-1,4	-1,8
Ungarn	2,1	2,1	1,2	2,8	9,6	9,3	-3,0	-2,9	79,1	78,9	2,7	2,6
Tschechische Republik	1,8	2,2	1,0	1,8	6,8	6,6	-2,8	-3,3	47,2	48,6	-1,5	-0,9

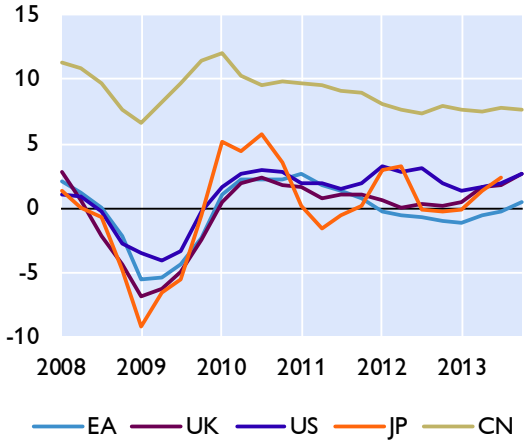
Quelle: Prognose der Europäischen Kommission vom Februar 2014.

1) HVPI-Inflation; China: BIP-Deflator; USA, Japan: VPI.

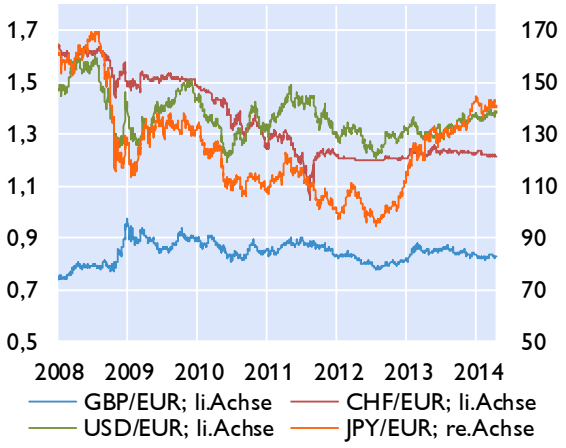
Makroökonomische Indikatoren

Reales BIP-Wachstum

Veränderung zum Vorjahr in %

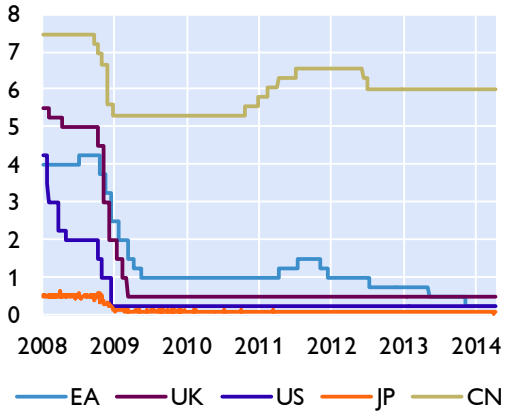


Wechselkurse zum Euro



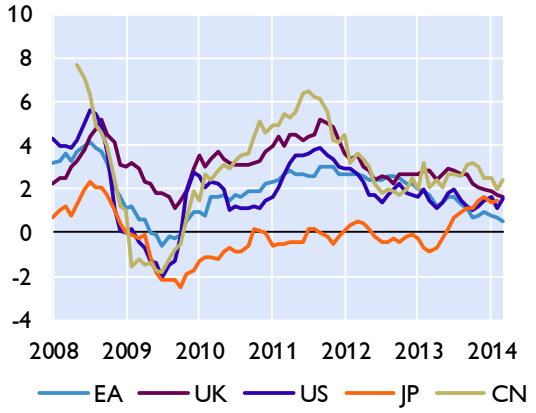
Leitzinssätze der Zentralbanken

in %



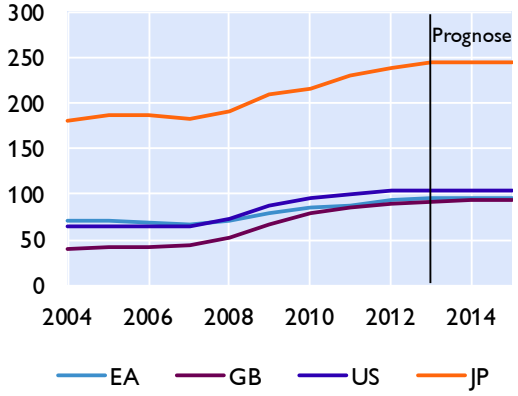
Verbraucherpreisindizes

in %



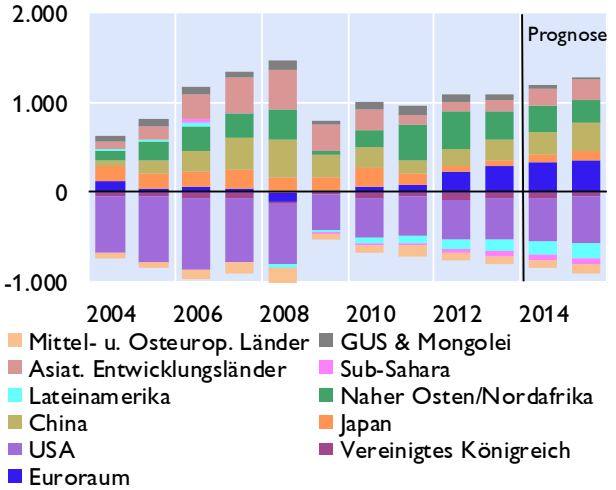
Öffentliche Verschuldung

in % des BIP



Leistungsbilanz

Saldo in Mrd USD

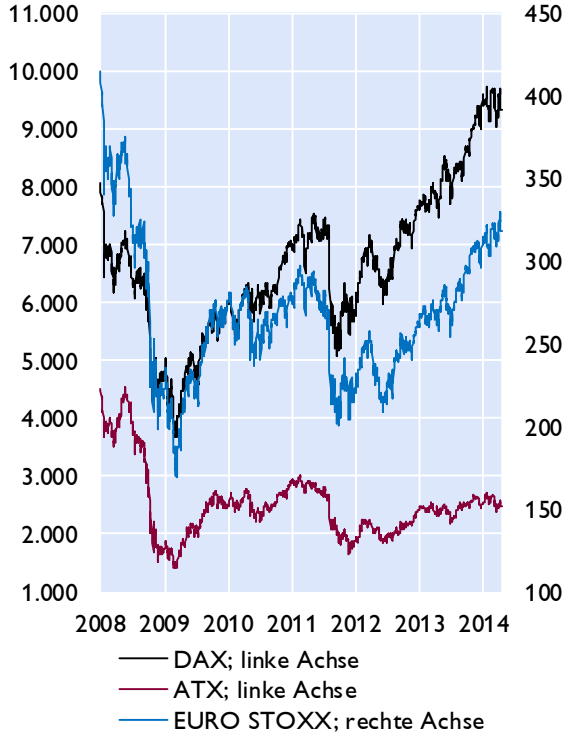


Quelle: Eurostat, Europäische Kommission, IWF, Thomson Reuters, nationale Quellen.

Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise

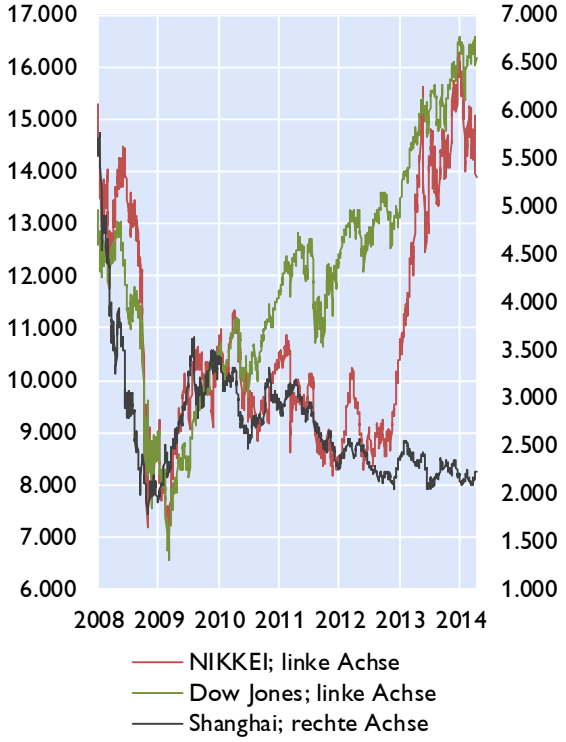
Aktienkurse - Europa

in Punkten



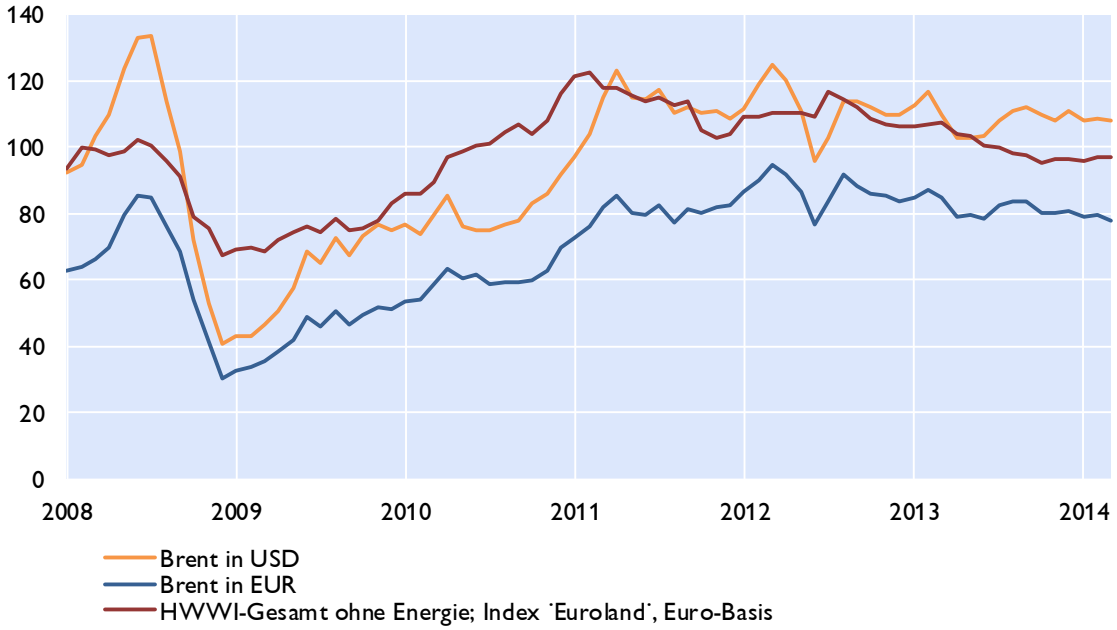
Aktienkurse - International

in Punkten



Rohstoffpreise

USD bzw. EUR je Barrel; HWWI-Rohstoffpreisindex: 2010=100



Quelle: Thomson Reuters.

Prognosen wichtiger Wirtschaftsindikatoren für den Euroraum

	EZB / Eurosystem März 2014		OECD November 2013		IWF April 2014		EU-Kommission Februar 2014	
	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015
	Veränderung zum Vorjahr in %							
BIP, real	1,2	1,5	1,0	1,6	1,2	1,5	1,2	1,8
Privater Konsum, real	0,7	1,2	0,6	1,2	0,6	1,0	0,7	1,4
Öffentlicher Konsum, real	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	-0,2	0,5	0,7
Bruttoanlageinvestitionen, real	x	x	1,5	3,2	2,2	2,6	2,3	3,6
Exporte, real	3,6	4,7	x	x	3,4	4,2	4,2	5,7
Importe, real	3,5	4,7	x	x	2,8	3,5	4,1	5,9
BIP Deflator	x	x	1,0	1,1	1,2	1,4	1,2	1,4
HVPI	1,0	1,3	1,2	1,2	0,9	1,2	1,0	1,3
Lohnstückkosten	0,8	1,0	0,5	0,8	0,9	0,6	0,7	0,8
Beschäftigte	0,2	0,5	0,0	0,5	0,3	0,5	0,3	0,7
	in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition							
Arbeitslosenquote	11,9	11,7	12,1	11,8	11,9	11,6	12,0	11,7
	in % des nominellen BIP							
Leistungsbilanz	2,4	2,6	2,6	2,7	2,4	2,5	2,7	2,7
Öffentliches Defizit	-2,7	-2,5	-2,5	-1,8	95,6	94,5	-2,6	-2,5
	Prognoseannahmen							
Erdölpreis in USD/Barrel	105,8	101,1	115,0	120,0	104,2	97,9	104,1	99,6
Kurzfristiger Zinssatz in %	0,3	0,4	0,1	0,3	0,3	0,4	0,3	0,4
USD/EUR	1,36	1,36	1,38	1,38	1,37	1,39	1,36	1,36
	Veränderung zum Vorjahr in %							
BIP, real USA	x	x	2,9	3,4	2,8	3,0	2,9	3,2
BIP, real Welt[1)]	x	x	2,4	2,8	3,6	3,9	3,6	3,9
Welthandel (EU-Kommission: Weltimporte)	x	x	4,8	5,9	4,3	5,3	4,9	6,0

1) EZB / Eurosystem: Welt ohne Euroraum.

Euroraum: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung

	2012	2013	2013 Q1	2013 Q2	2013 Q3	2013 Q4	2014 Q1	2013 Dez.	2014 Jan.	2014 Feb.	2014 März
	Veränderung zum Vorjahr in %										
HVPI gesamt	2,5	1,3	1,9	1,4	1,3	0,8	0,7	0,8	0,8	0,7	0,5
Kerninflation	1,5	1,1	1,4	1,1	1,1	0,8	0,8	0,7	0,8	1	0,7
BIP-Deflator des privaten Konsums	2,1	1,5	1,3	1,1	1,2	0,8	. .	x	x	x	x
Lohnstückkosten (nominell)	1,9	1,1	1,7	1,2	1,1	0,4	. .	x	x	x	x
Arbeitnehmerentgelt (nominell)	1,9	1,7	1,7	1,6	1,7	1,7	. .	x	x	x	x
Arbeitsproduktivität (nominell)	0,0	0,5	-0,1	0,4	0,6	1,0	. .	x	x	x	x
Produzentenpreis (Industrie)	2,8	-0,2	1,2	-0,1	-0,6	-1,1	. .	-0,8	-1,4	-1,7	. .
Rohstoffpr. o. Energ; in EUR, 2010=100	110,3	101,0	106,9	102,7	98,4	96,1	96,7	96,6	96	97,2	96,6
Rohölpreis (Brent in EUR je Barrel)	87,1	82,1	85,5	78,9	83,2	80,5	79,3	81,1	79,2	79,6	79,0
Rohölpreis (Brent in USD je Barrel)	112,0	109,0	112,9	103,1	110,3	109,6	108,3	111,1	107,9	108,8	108,2
	Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)										
BIP real	-0,7	-0,4	-0,2	0,3	0,1	0,2	. .	x	x	x	x
Privater Konsum	-1,4	-0,7	-0,1	0,2	0,1	0,1	. .	x	x	x	x
Öffentlicher Konsum	-0,5	0,1	0,3	0,0	0,4	-0,3	. .	x	x	x	x
Bruttoanlageinvestitionen	-4,1	-3,1	-1,7	0,2	0,6	1,1	. .	x	x	x	x
	Beitrag zum Wachstum des realen BIP (in Prozentpunkten)										
Binnennachfrage (ohne Lager)	-2,1	-1,1	-0,3	0,0	0,5	-0,2	. .	x	x	x	x
Nettoexporte	1,5	0,6	0,1	0,4	-0,3	0,4	. .	x	x	x	x
Veränderung der Lagerhaltung	-0,1	0,1	0,0	-0,1	0,0	0,0	. .	x	x	x	x
	Zahlungsbilanz (in Mrd EUR)										
Handelsbilanz	77,8	151,7	25,3	42,9	36,2	47,4	. .	14,1	0,8	13,6	. .
Leistungsbilanz	128,6	221,3	24,6	52,8	52,6	87,0	. .	28,2	6,4	. .	. .
Leistungsbilanz in % des BIP	1,7	2,3	2,2	2,6	2,0	2,8	. .	x	x	x	x
	Ausgewählte Indikatoren										
Economic Sentiment Indicator	90,8	93,8	90,5	90,2	95,3	99,1	101,5	100,4	101	101,2	102,4
Industrievertrauen (Saldo)	-11,7	-9,3	-12,2	-12,7	-8,3	-4,1	-3,5	-3,4	-3,8	-3,5	-3,3
Markit Einkaufsmanagerindex (Industrie)	46,2	49,6	47,5	47,9	50,9	51,9	53,4	52,68	54	53,17	53
ifo-Geschäftsklima (2005=100)	105,0	106,8	106,1	105,3	107,2	108,7	110,9	109,5	110,6	111,3	110,7
Ind. Produktion o. Bau (Δ z. VJP. in %)	-2,5	-0,7	-2,3	-1,0	-1,7	1,5	. .	1,2	1,6	1,7	. .
Konsumentenvertrauen (Saldo)	-22,1	-18,6	-23,5	-20,8	-15,9	-14,4	-11,2	-13,5	-11,7	-12,7	-9,3
Einzelhandelsumsätze (Δ z. VJP. in %)	-1,6	-0,9	-2,2	-1,0	-0,5	0,2	. .	-0,1	0,6	1,2	. .
Kapazitätsausl. im Gewerbe in %	78,9	78,0	77,6	77,5	78,3	78,4	80,0	x	x	x	x
	Arbeitsmarktentwicklung										
Arbeitslose in % der Beschäftigten[1)]	11,3	12,0	12,0	12,1	12,1	11,9	. .	11,9	11,9	11,9	. .
Beschäftigung gesamt (Δ z. VP. in %)	-0,7	-0,9	-0,5	0,0	0,0	0,1	. .	x	x	x	x
	Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)										
Geldmenge M3	3,5	1,0	2,5	2,4	2,0	1,0	. .	1,0	1,2	1,3	. .
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	x	x	x	x	x	x	x	1,2	1,2	. .	. .
Buchkredite an den privaten Sektor	-0,6	-2,3	-0,8	-1,6	-2,1	-2,3	. .	-2,3	-2,3	-2,2	. .
Leitzinssatz (Periodenendstand)	0,75	0,25	0,75	0,50	0,50	0,25	0,25	0,25	0,25	0,25	0,25
3-Monats Zinssatz (%)	0,57	0,22	0,21	0,21	0,22	0,23	0,30	0,28	0,29	0,29	0,31
10-Jahres Zinssatz (%)	3,92	3,00	3,06	2,82	3,15	2,97	2,81	2,97	2,84	2,65	2,94
Zinsabstand; 10-J. Zins minus 3-M. Zins	3,35	2,78	2,51	2,69	2,93	2,75	2,52	2,74	2,55	2,36	2,64
Corporate Bond Spreads (in Bp; Euro)[2)]	168,5	109,7	107,6	111,8	111,5	107,8	103,6	102,8	99,3	106,3	105,3
Aktienkurse (DJ-Euro Stoxx-Index)	239,9	281,8	268,0	271,5	282,4	305,3	315,9	305,3	314,7	315,9	317,0
Wechselkurs USD je EUR	1,29	1,33	1,32	1,31	1,32	1,36	1,37	1,37	1,36	1,37	1,38
nom. effekt. Wechselkurs des EUR[3)]	97,9	101,7	100,7	100,8	101,9	103,1	103,9	103,8	103,4	103,5	104,6
real effektiver Wechselkurs des EUR[3)]	95,5	99,0	98,3	98,3	99,2	100,0	100,8	100,7	100,3	100,5	101,5
	Finanzierung des öffentlichen Haushaltes in % des BIP										
Budgetsalden	-3,7	..	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Staatsschuldenquoten	92,7	..	x	x	x	x	x	x	x	x	x

Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Thomson Reuters, HWWI, Markit, ifo.

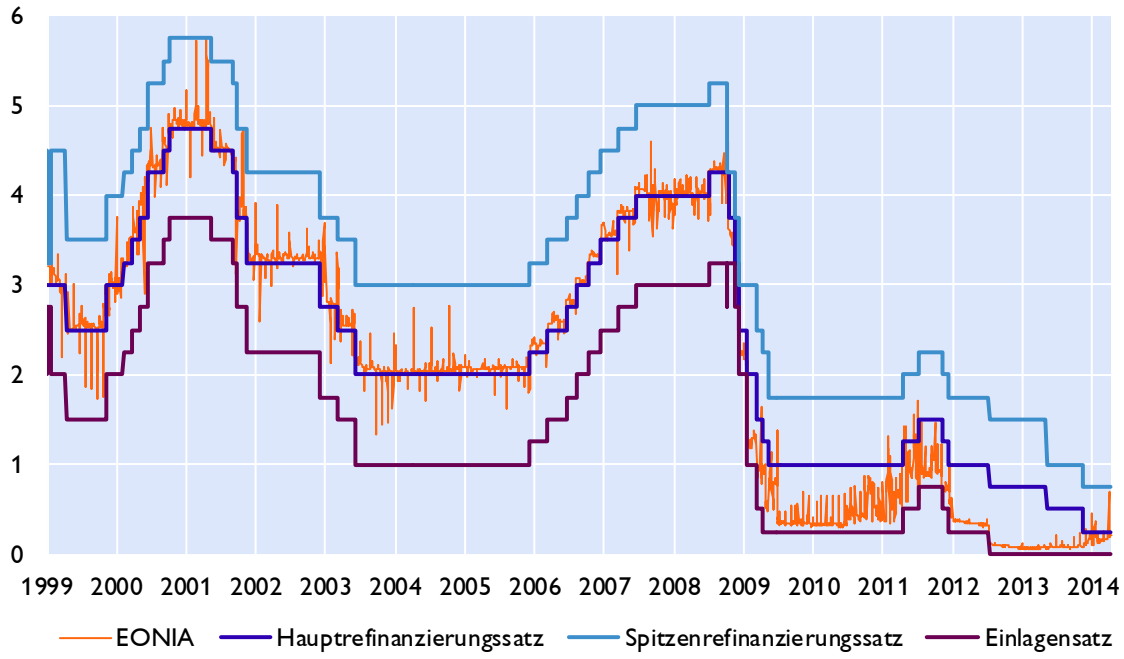
1) ILO-Definition 2) Renditeabstand von 7- bis 10-jährigen Unternehmensanleihen zu 7- bis 10-jährigen Staatsanleihen (Merrill Lynch).

3) Enger Länderkreis, real effektiver Wechselkurs, berechnet anhand des VPI (1999 Q1=100).

Euroraum: Leitzinssätze und Bereitstellung von Liquidität

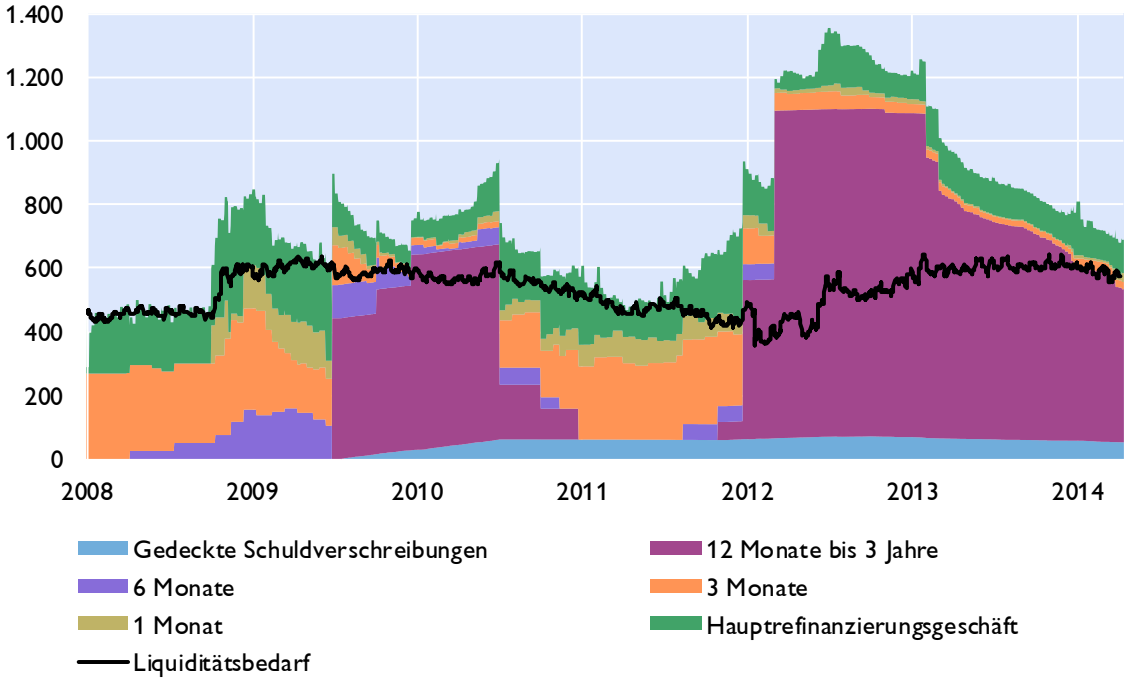
EZB-Leitzinssätze und EONIA

in %



Liquiditätsbereitstellung im Euroraum

nach Fristigkeit, in Mrd Euro

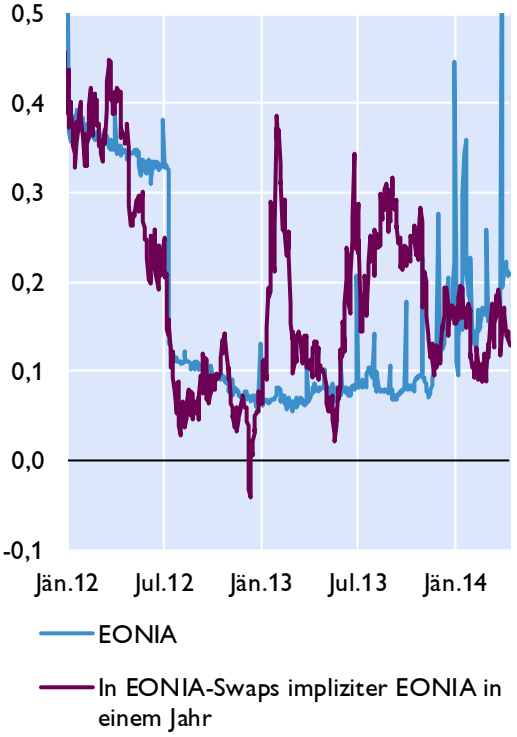


Quelle: Thomson Reuters, EZB, OeNB.

Euroraum: Zinserwartungen

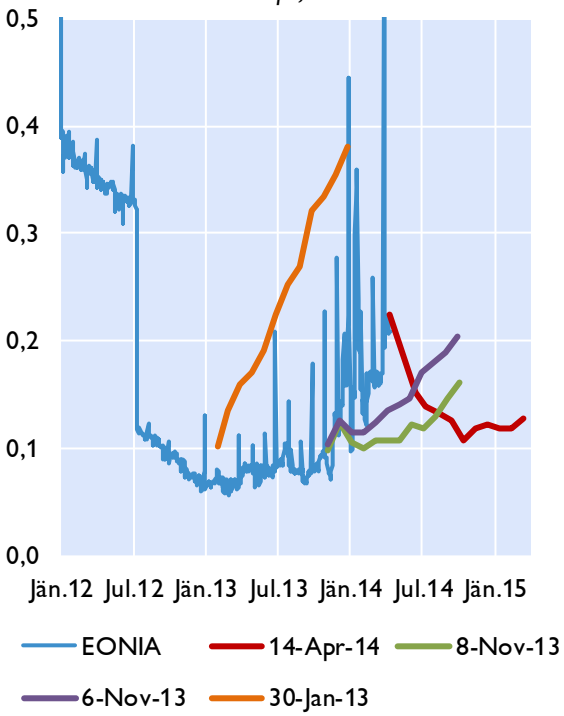
Erwarteter EONIA in einem Jahr

in %



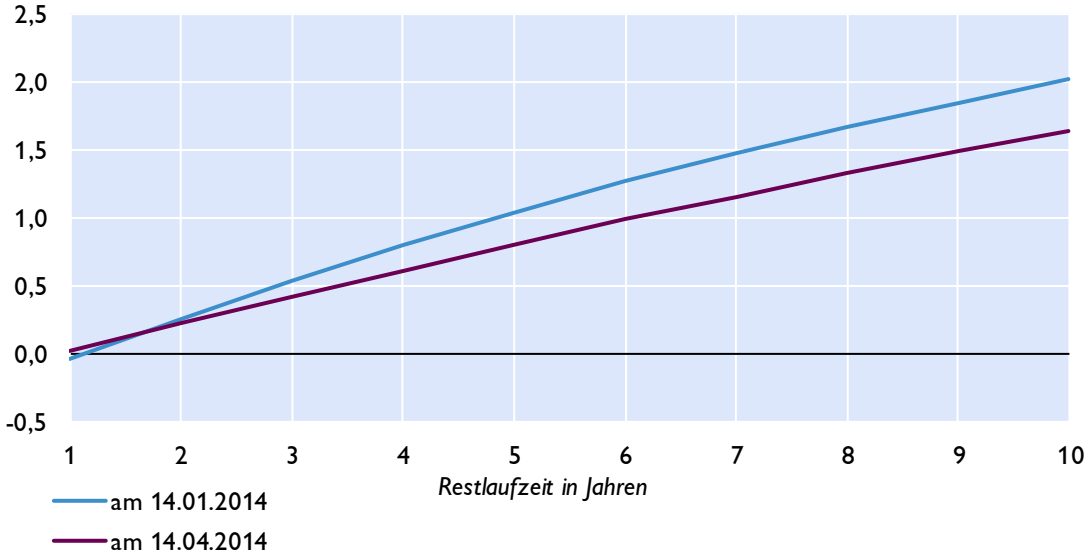
Markterwartungen über den Verlauf des EONIA

berechnet aus EONIA-Swaps, in %



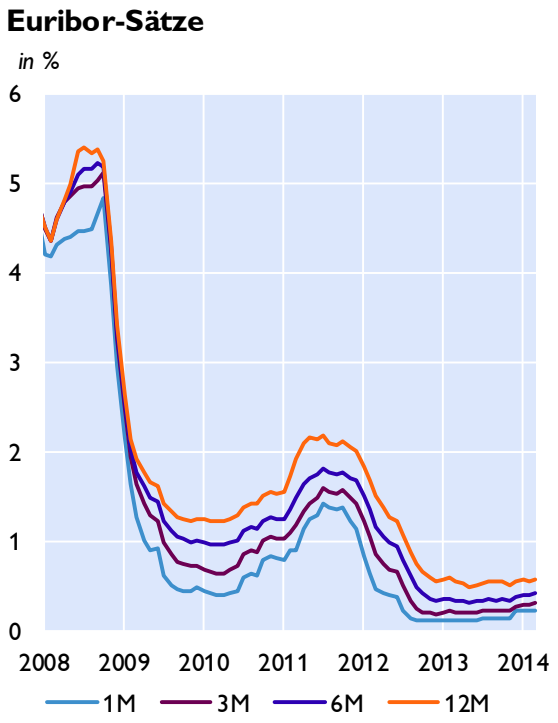
Zinsstrukturkurve für AAA Staatsanleihen im Euroraum

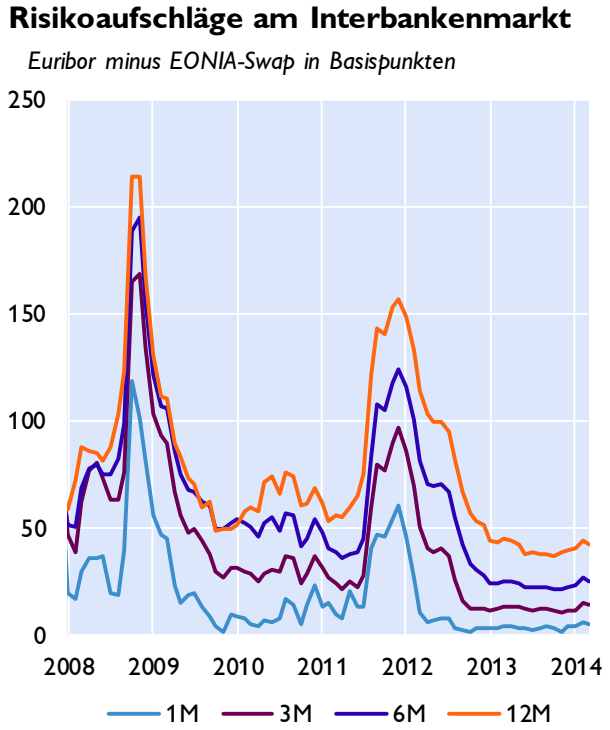
in %

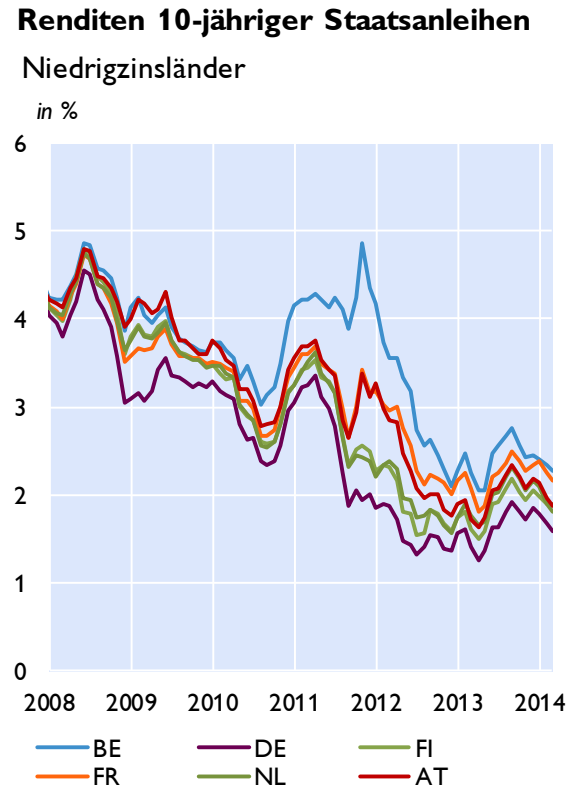


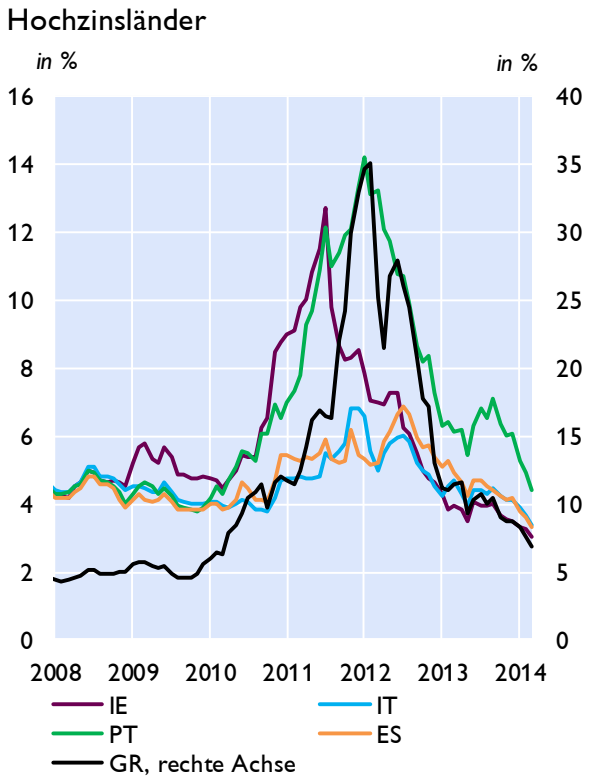
Quelle: Thomson Reuters.

Euroraum: Geldmarktzinssätze und Renditen langfristiger Staatsanleihen







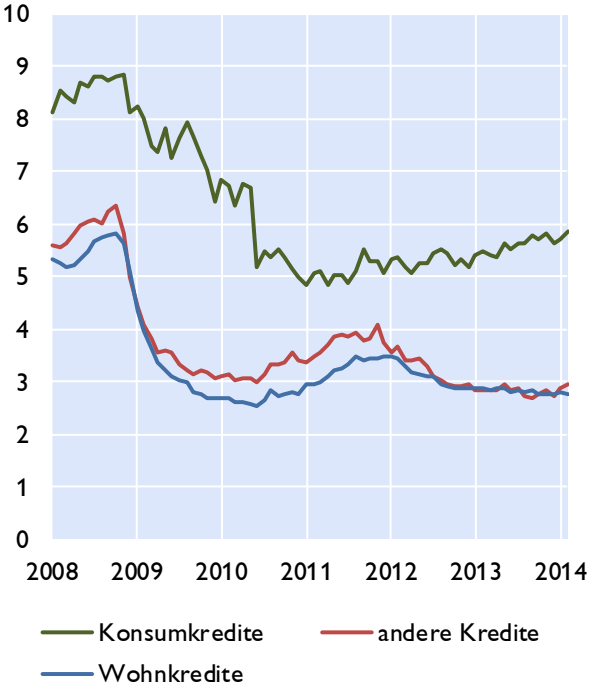


Quelle: Thomson Reuters.

Euroraum: Renditen und Kreditzinsen

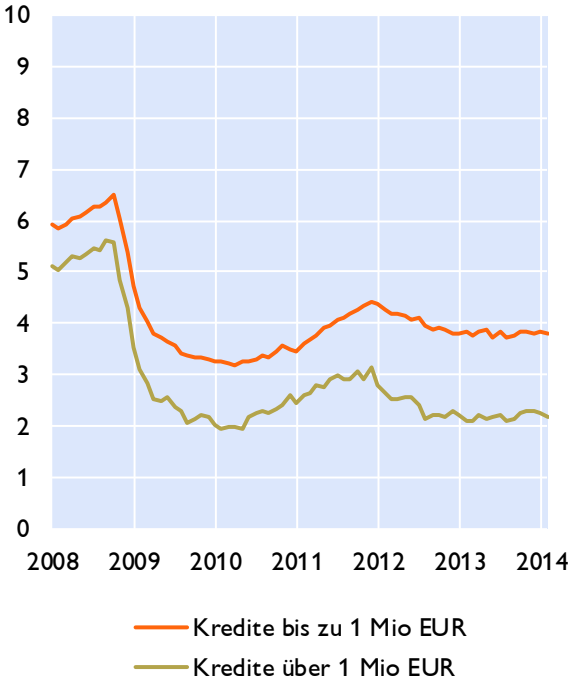
Kreditzinssätze für private Haushalte

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



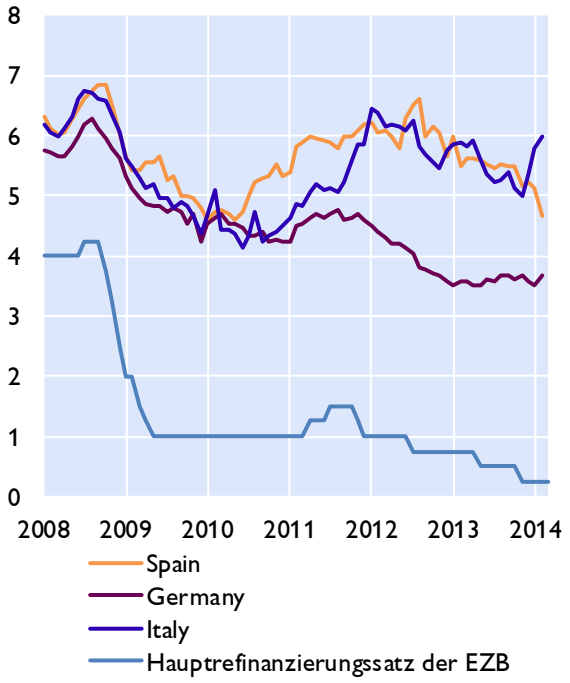
Kreditzinssätze für Unternehmen

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



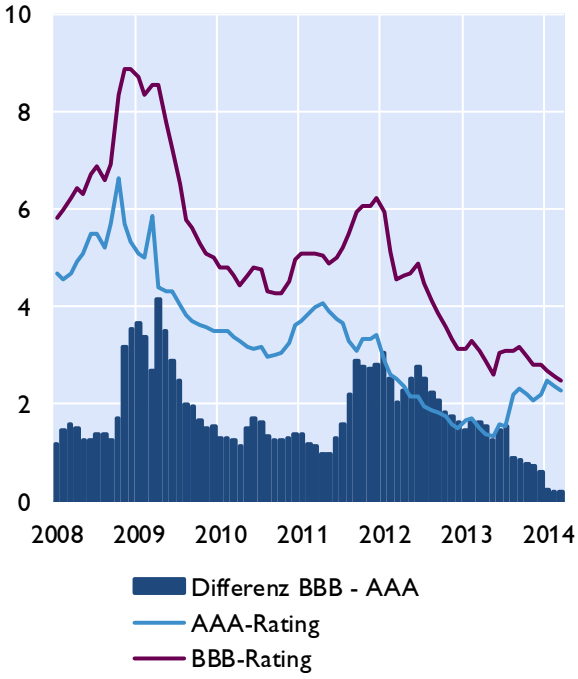
Kreditzinssätze für Unternehmen in ausgewählten Ländern und Leitzinssatz des Euroraums

in %



Renditen für Unternehmensanleihen

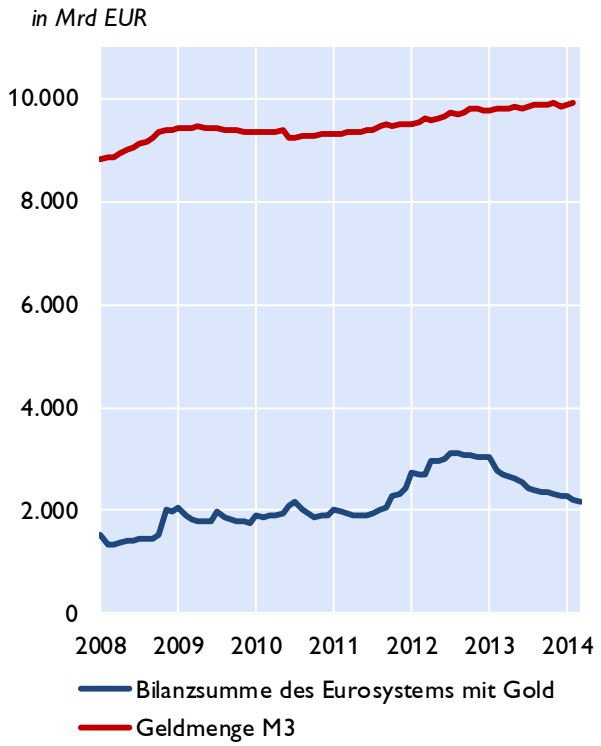
in %



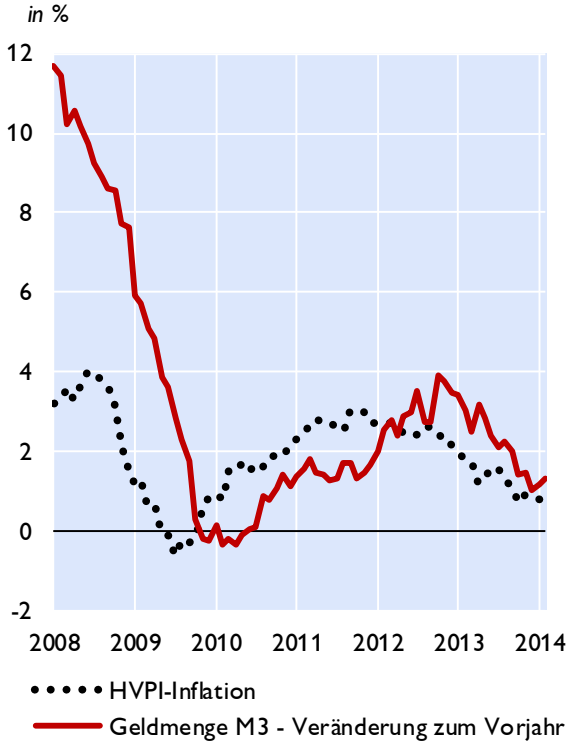
Quelle: Thomson Reuters, EZB.

Euroraum: Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation

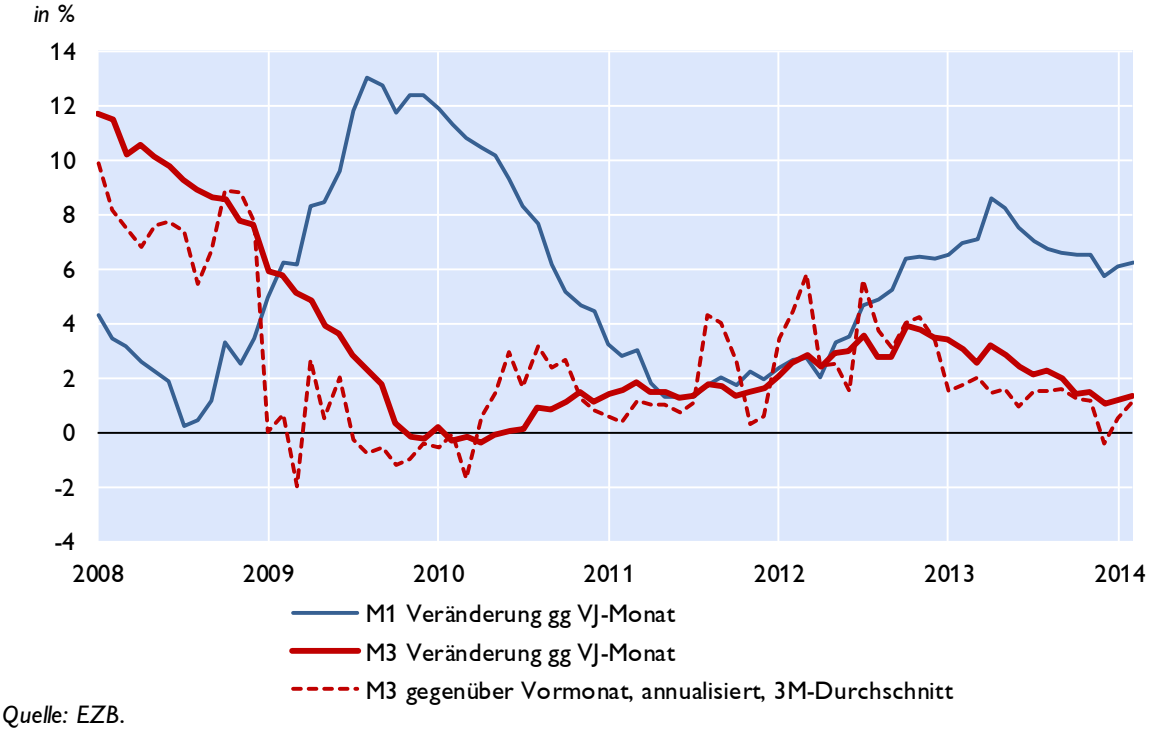
Bilanz im Eurosystem und Geldmenge M3



Geldmenge M3 und Inflation



Geldmenge M1 und M3



Quelle: EZB.

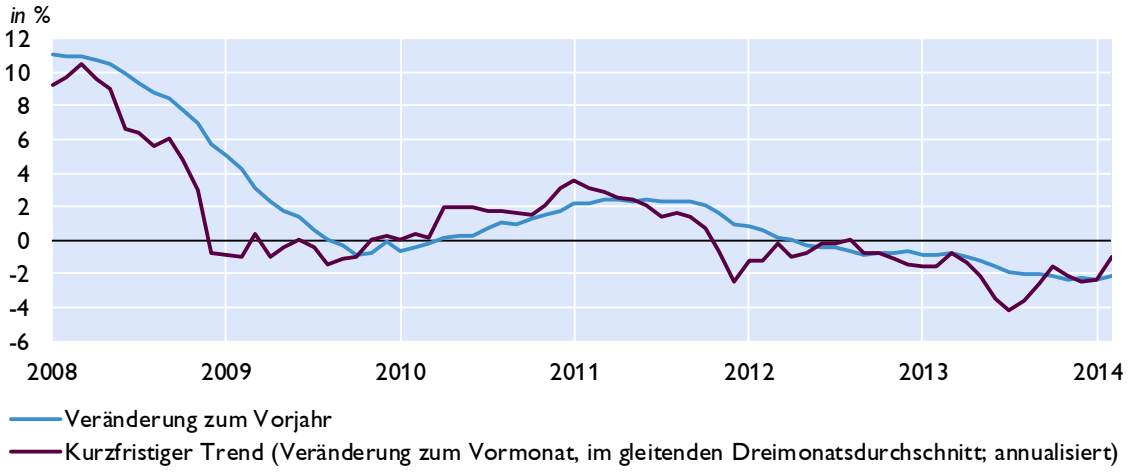
Euroraum: Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt

Gegenposten der Geldmenge M3

Veränderung zum Vorjahr in %

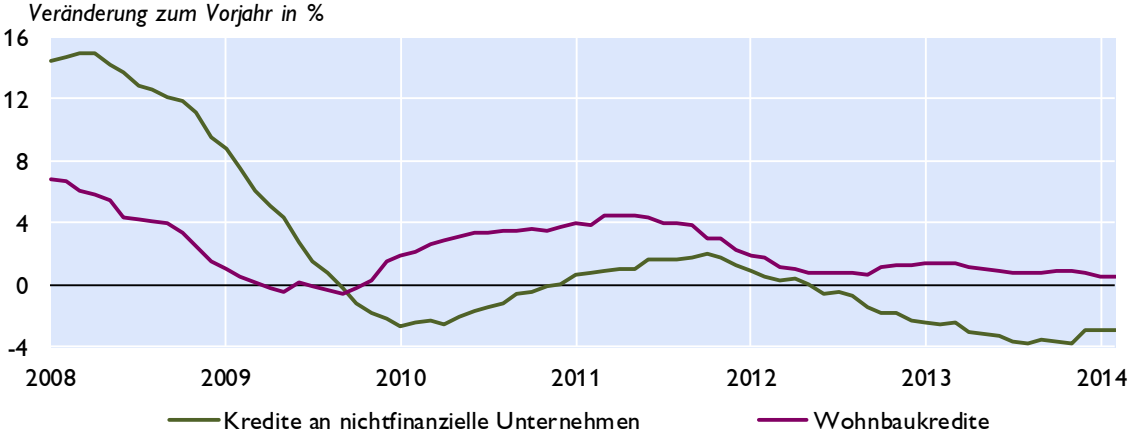
	arbeitstägig und saisonal bereinigt	2012	2013	Sep.13	Okt.13	Nov.13	Dez.13	Jän.14	Feb.14
Aktiva	Kredite	0,5	-2,0	-0,8	-1,0	-1,4	-2,0	-1,8	-1,8
	Kredite an öffentliche Haushalte	5,9	-0,7	0,7	0,8	-0,6	-0,7	0,2	0,0
	Kredite an sonstige Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet	-0,8	-2,4	-1,2	-1,4	-1,6	-2,4	-2,3	-2,3
	davon: Buchkredite an den privaten Sektor[1)]	-0,6	-2,3	-2,0	-2,1	-2,3	-2,3	-2,3	-2,2
	Aktiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	-2,9	-1,8	-3,3	-2,1	-1,7	-1,8	-0,2	0,5
Passiva	Passiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	-5,9	-11,6	-11,8	-10,8	-10,2	-11,6	-9,2	-9,7
	Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs	-1,5	-1,2	-1,3	-0,8	-0,9	-1,2	-1,1	-1,2

Entwicklung der Buchkredite an den privaten Sektor[1)]



Kreditentwicklung

Veränderung zum Vorjahr in %



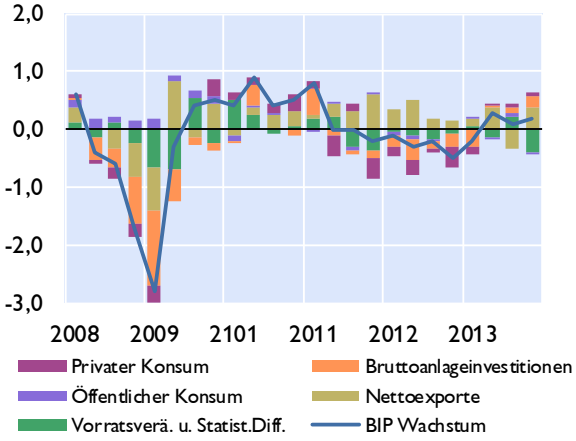
Quelle: EZB.

1) Nichtfinanzielle Unternehmen ohne öffentlichen Sektor.

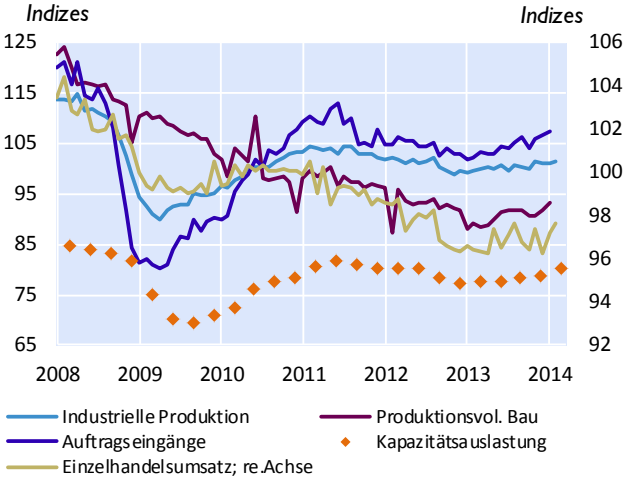
Euroraum: Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren

Wachstumsbeiträge zum realen BIP

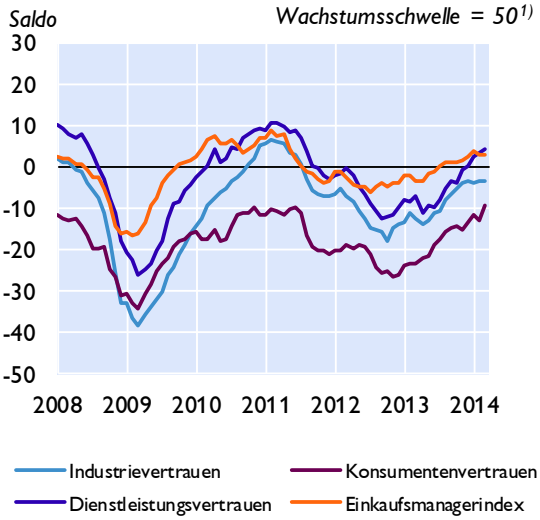
Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



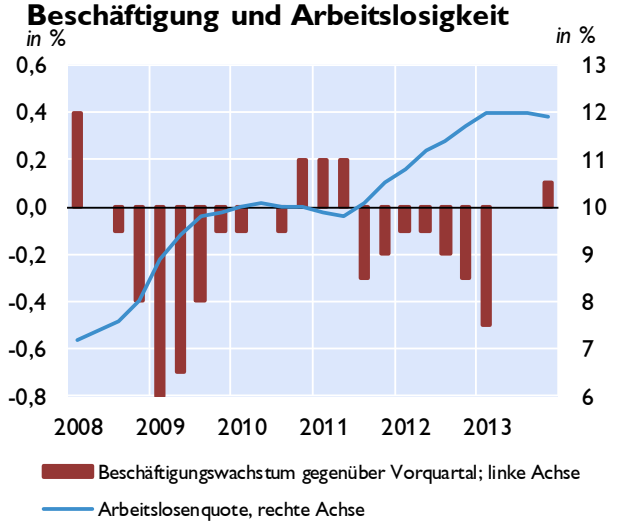
Frühindikatoren zum BIP-Wachstum



Geschäftsklimaindikatoren



Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



Zahlungsbilanz

Salden	2011	2012	2013	4Q12	1Q13	2Q13	3Q13	4Q13
	in Mrd EUR							
Leistungsbilanz	8,30	126,25	213,47	61,91	24,65	56,11	48,90	83,81
Güter	2,35	94,93	172,87	34,98	30,69	51,26	39,46	51,46
Dienstleistungen	72,72	88,71	106,10	22,13	17,55	28,79	31,45	28,32
Einkommen	39,53	49,37	61,89	18,75	18,55	6,81	12,75	23,77
Laufende Transfers	-106,30	-106,76	-127,39	-13,96	-42,14	-30,75	-34,76	-19,74
Vermögensübertragungen	0,00	0,00	0,00	100,01	22,27	58,90	53,17	6,81
Kapitalbilanz	11,02	4,97	18,12	6,26	1,78	5,47	4,50	6,37
Direktinvestitionen	-85,79	-3,56	-106,28	-27,56	-23,98	-55,61	-27,77	1,08
Portfolioinvestitionen	231,57	74,21	236,09	74,83	16,53	66,98	12,84	139,75
Finanzderivate	-5,33	3,42	14,66	25,38	8,36	-0,59	5,61	1,28
Sonstige Investiitionen	-174,12	-199,83	-281,28	-169,81	-23,19	-68,49	-40,98	-148,62
Währungsreserven 2)	-10,27	-13,92	-4,34	-2,85	0,01	-1,19	-2,86	-0,31
Statistische Differenz	24,62	8,46	-90,44	31,84	-4,16	-2,68	-0,23	-83,36
Leistungsbilanz in % des BIP 3)	0,4	1,8	. .	1,7	2,1	2,6	1,8	2,8

1) Werte über 50 signalisieren Wachstum. 2) Zunahme: - / Abnahme: +. 3) Quartale: Saisonbereinigte Daten.

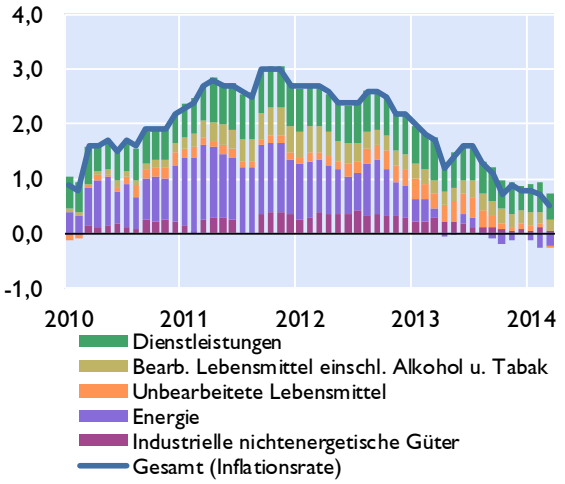
Quelle: EZB, Eurostat, Europäische Kommission, Markit.

Euroraum: Inflation und Arbeitskosten

HVPI	2014	2012	2013	Dez.13	Jän.14	Feb.14	Mär.14
COICOP-Verbrauchsgruppen	*Gewicht in %*	*Veränderung zum Vorjahr in %*					
Gesamt-HVPI	100,0	2,5	1,4	0,8	0,8	0,7	0,5
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	15,7	2,8	2,4	1,4	1,3	1,0	0,5
Alkoholische Getränke und Tabak	4,0	4,3	3,8	3,5	3,5	3,4	3,2
Bekleidung und Schuhe	6,3	1,8	0,4	0,2	-0,1	1,3	0,6
Wohnung, Wasser, Energie	16,3	4,0	2,2	1,5	1,1	1,0	1,0
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	6,6	1,3	0,8	0,5	0,3	0,4	0,3
Gesundheitspflege	4,4	2,4	-0,2	-0,6	1,0	0,8	0,9
Verkehr	15,2	4,0	0,5	0,4	0,2	-0,5	-0,5
Nachrichtenübermittlung	3,1	-3,2	-4,2	-3,4	-3,2	-2,4	-2,4
Freizeit und Kultur	9,5	1,0	0,9	0,5	0,5	0,3	-0,3
Bildungswesen	1,0	1,3	2,8	0,7	0,3	0,4	0,4
Hotels, Cafes und Restaurants	9,1	1,9	2,2	1,4	1,3	1,5	1,4
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	8,7	1,9	1,5	1,0	0,7	0,7	0,7

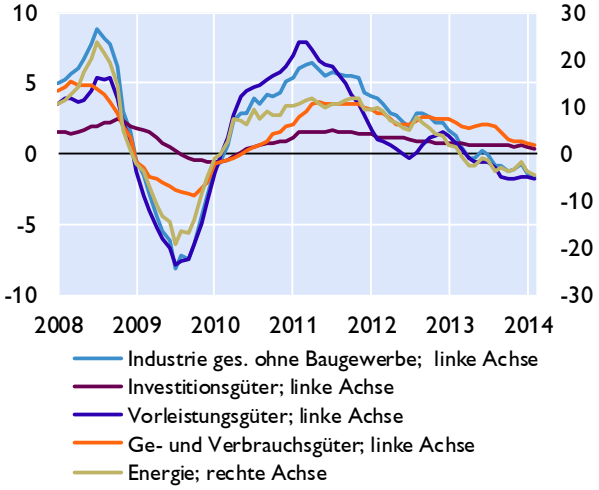
Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



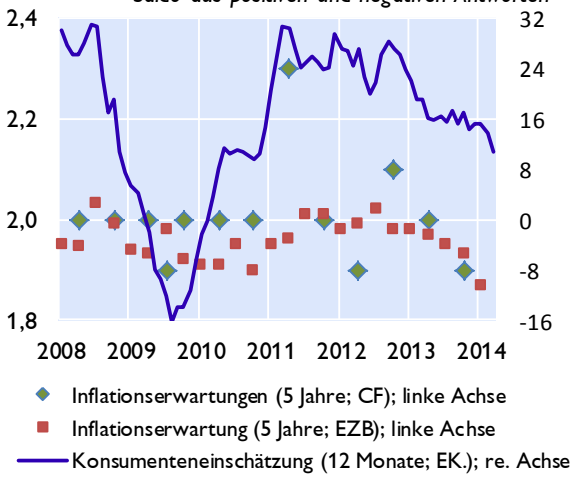
Erzeugerpreise

Veränderung zum Vorjahr in %



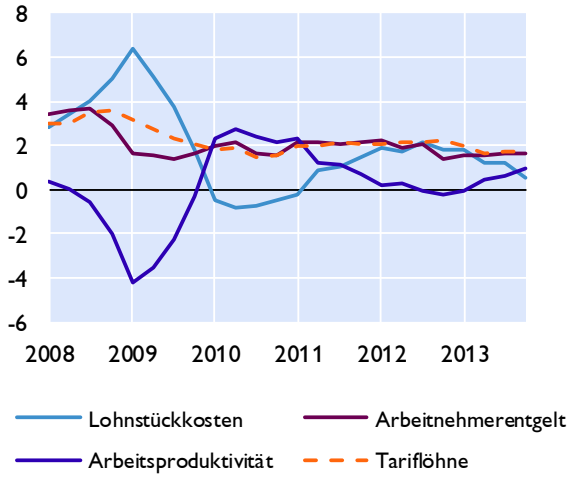
Umfragebasierte Inflationserwartungen

in % *Saldo aus positiven und negativen Antworten*



Arbeitskosten

Veränderung zum Vorjahr in %

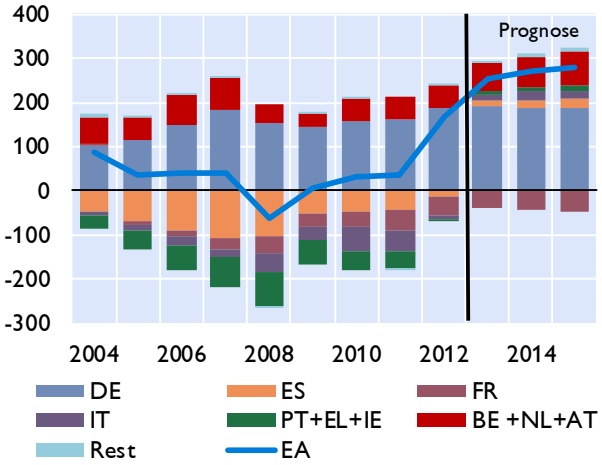


Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Consensus Forecasts.

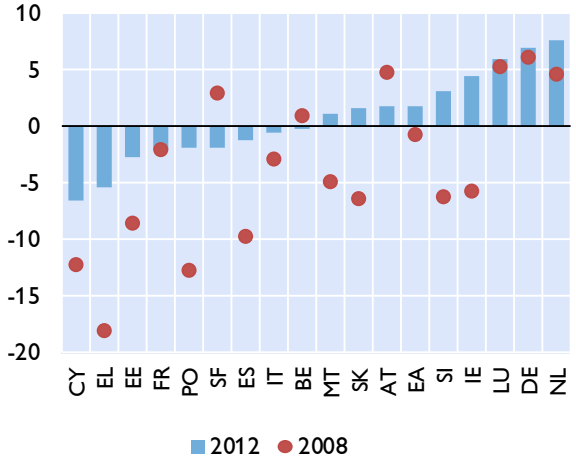
Euroraum: Makroökonomische Ungleichgewichte

Leistungsbilanzsalden

in Mrd EUR

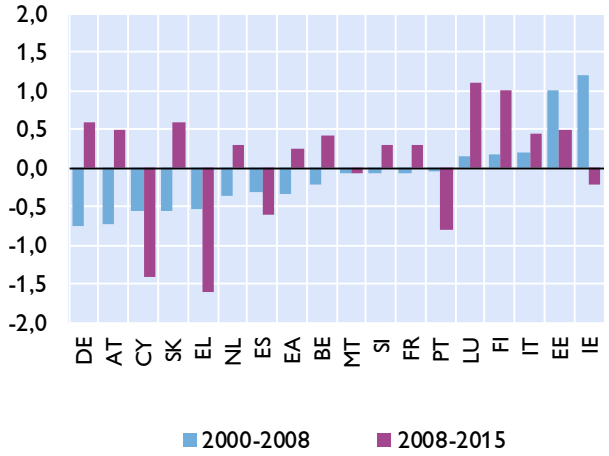


in % des BIP



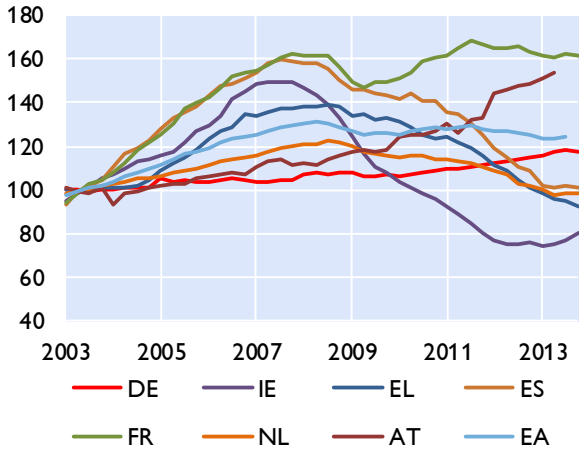
Lohnstückkosten

Durchschnitt der Jahreswachstumsraten in %



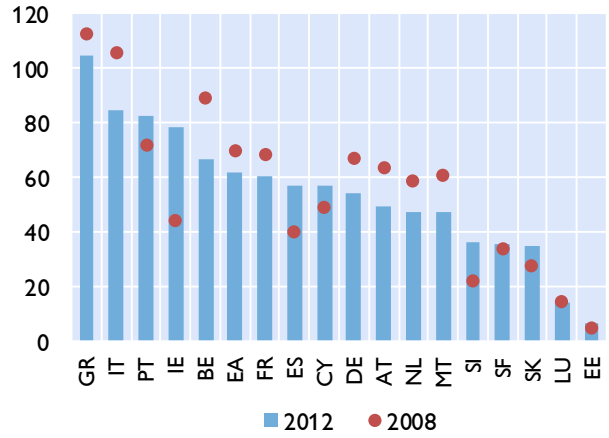
Immobilienpreisindizes

2003 = 100



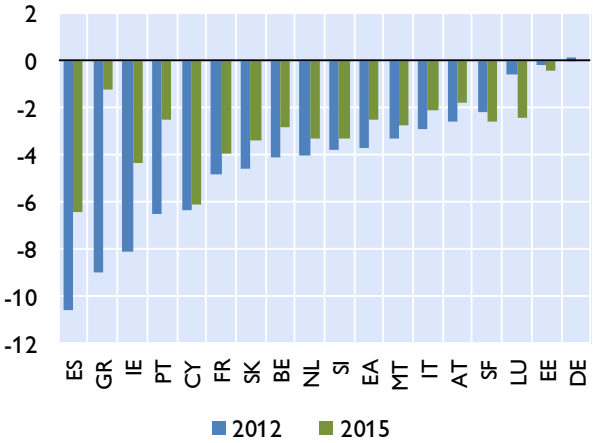
Verschuldung des Gesamtstaates

in % des BIP



Finanzierungssaldo des Gesamtstaates

in % des BIP



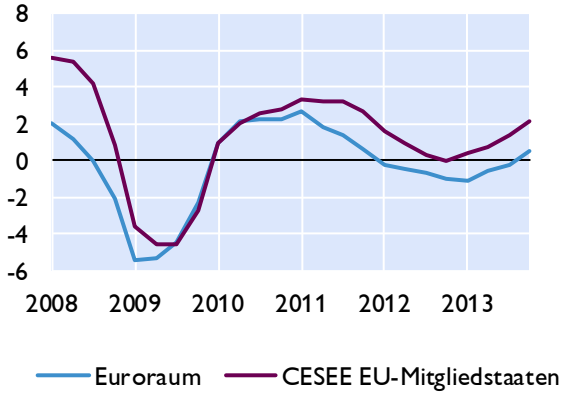
Quelle: EZB, Europäische Kommission; Prognose: EK-Prognose Winter 2014 für die Jahreswerte 2013, 2014 und 2015.

Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)

Ausgewählte makroökonomische Indikatoren

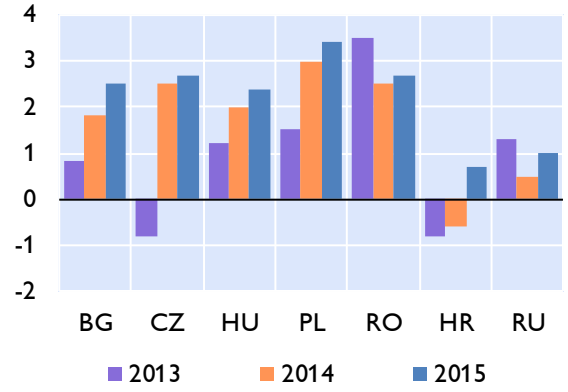
Reales BIP-Wachstum

in % gegenüber der Vorjahresperiode



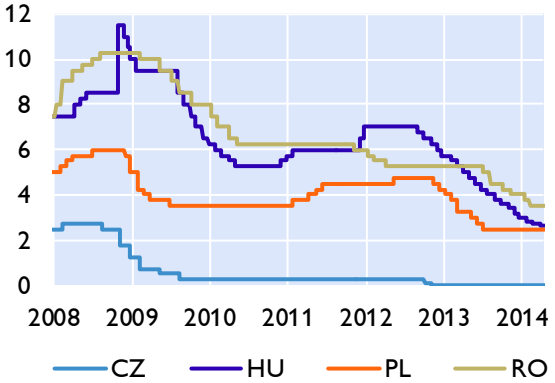
OeNB-BOFIT[1] Prognose vom April 2014

reales BIP-Wachstum in %



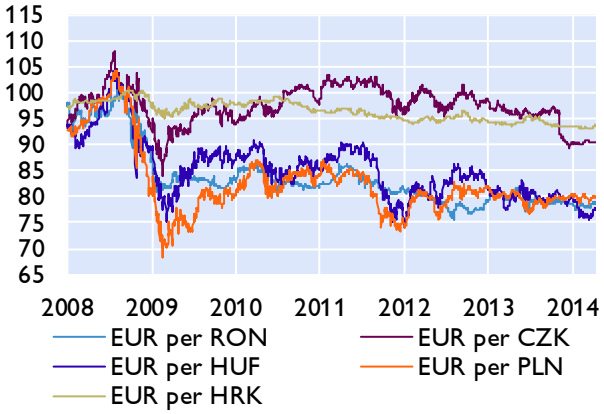
Leitzinsen

in %



Wechselkursentwicklung

Sept. 2008=100, Anstieg = Aufwertung



Prognosen zum Wirtschaftswachstum

	OeNB-BOFIT April 2014		EU-Kommission Februar 2014		IWF April 2014		wiiw März 2014	
	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015
Bulgarien	1,8	2,5	1,7	2,0	1,6	2,5	1,5	2,3
Estland	..	..	2,3	3,6	2,4	3,2	2,6	3,0
Kroatien	-0,6	0,7	0,5	1,2	-0,6	0,4	0,0	1,0
Lettland	..	..	4,2	4,3	3,8	4,4	4,2	4,1
Litauen	..	..	3,5	3,9	3,3	3,5	3,6	3,8
Polen	3,0	3,4	2,9	3,1	3,1	3,3	2,4	3,2
Rumänien	2,5	2,7	2,3	2,5	2,2	2,5	2,4	2,7
Russland	0,5	1,0	2,3	2,7	1,3	2,3	1,6	2,3
Slowakei	..	..	2,3	3,2	2,3	3,0	2,4	3,0
Slowenien	..	..	-0,1	1,3	0,3	0,9	-0,5	0,5
Tschechische Republik	2,5	2,7	1,8	2,2	1,9	2,0	1,4	2,4
Ungarn	2,0	2,4	2,1	2,1	2,0	1,7	1,4	2,1

1) Bank of Finland Institute for Economies in Transition.

Quelle: Eurostat, OeNB, Thomson Financial, Europäische Kommission, IWF, wiiw, BOFIT.

Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts

		Prognose[1)]						
	2013	2014	2015	4Q12	1Q13	2Q13	3Q13	4Q13
	Veränderung zum Vorjahr in %							
Belgien	0,2	1,4	1,7	-0,4	-0,5	0,1	0,4	1,0
Deutschland	0,4	1,8	2,0	0,3	-0,3	0,5	0,6	1,4
Estland	0,8	2,3	3,6	4,0	1,4	1,2	0,6	0,1
Irland	0,3	1,8	2,9	-1,0	-1,8	-1,5	1,7	. .
Griechenland[2)]	-3,9	0,6	2,9	..	..	..	..	..
Spanien	-1,2	1,0	1,7	-2,1	-1,9	-1,6	-1,1	-0,2
Frankreich	0,2	1,0	1,7	-0,3	-0,4	0,5	0,3	0,8
Italien	-1,9	0,6	1,2	-2,8	-2,4	-2,1	-1,9	-0,9
Zypern	-5,4	-4,8	0,9	-3,6	-5,0	-6,0	-5,7	-5,0
Lettland	4,1	4,2	4,3	5,7	6,7	4,5	4,1	3,7
Luxemburg	2,1	2,2	2,5	0,2	0,8	2,4	3,0	2,4
Malta	2,4	2,1	2,1	1,4	1,7	3,0	2,4	2,2
Niederlande	-0,8	1,0	1,3	-1,3	-1,4	-1,9	-0,7	0,9
Österreich	0,0	1,5	1,8	0,8	0,5	0,3	0,4	0,5
Portugal	-1,4	0,8	1,5	-3,8	-4,1	-2,0	-1,0	. .
Slowenien	-1,1	-0,1	1,3	-3,4	-3,1	-1,7	-0,8	1,9
Slowakische Republik	0,9	2,3	3,2	0,7	0,7	0,8	0,9	1,4
Finnland	-1,4	0,2	1,3	-2,3	-2,8	-1,3	-0,9	-0,5
Euroraum	-0,4	1,2	1,8	-1,0	-1,1	-0,6	-0,3	0,5
Bulgarien	0,9	1,7	2,0	0,3	0,5	0,5	1,0	1,2
Tschechische Republik	-0,9	1,8	2,2	-1,4	-2,3	-1,6	-1,0	1,2
Dänemark	1,5	1,7	1,8	1,7	1,6	0,7	0,7	3,1
Kroatien	-1,0	0,5	1,2	-1,8	-0,9	-0,7	-0,7	-0,9
Litauen	3,3	3,5	3,9	3,3	4,0	4,0	2,3	3,3
Ungarn	1,1	2,1	2,1	-2,5	-0,1	0,6	1,7	2,7
Polen	1,6	2,9	3,1	0,7	0,8	1,3	1,8	2,2
Rumänien	3,5	2,3	2,5	0,8	2,3	1,6	4,1	. .
Schweden	1,5	2,5	3,3	1,7	1,6	0,7	0,7	3,1
Vereinigtes Königreich	1,7	2,5	2,4	0,2	0,5	1,7	1,8	2,7
EU	0,1	1,5	2,0	-0,7	-0,7	-0,1	0,2	1,0
Türkei	4,0	2,5	3,0	1,3	2,9	4,5	4,3	4,4
USA	1,9	2,9	3,2	2,0	1,3	1,6	2,0	2,6
Japan	1,5	1,6	1,3	-0,3	-0,1	1,3	2,4	. .
Schweiz	2,0	2,1	2,2	1,4	1,5	2,1	1,9	. .
Russland	1,3	2,3	2,7	2,0	0,8	1,0	1,3	2,0
Brasilien	2,3	1,8	2,7	1,9	1,7	3,3	2,2	2,0
China	7,7	7,5	7,3	7,9	7,7	7,5	7,8	7,7
Indien	4,4	5,4	6,4	5,4	4,9	2,4	5,6	4,6

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter, IWF, Thomson Reuters.

1) EK-Prognose WInter 2014; BR, IN: IWF-Prognose April 2014.

2) Das nationale Statistikamt Griechenlands berechnet derzeit keine saisonalbereinigten VGR-Daten.

Entwicklung der Verbraucherpreise[1)]

		Prognose[2)]						
	2013	2014	2015	Nov.13	Dez.13	Jän.14	Feb.14	Mär.14
	Veränderung zum Vorjahr in %							
Belgien	1,2	0,9	1,4	0,9	1,2	1,1	1,0	0,9
Deutschland	1,6	1,4	1,4	1,6	1,2	1,2	1,0	0,9
Estland	3,2	1,8	2,8	2,1	2,0	1,6	1,1	0,7
Irland	0,5	0,8	1,0	0,3	0,4	0,3	0,1	0,3
Griechenland	-0,9	-0,6	0,2	-2,9	-1,8	-1,4	-0,9	-1,5
Spanien	1,5	0,3	0,9	0,3	0,3	0,3	0,1	-0,2
Frankreich	1,0	1,2	1,2	0,8	0,8	0,8	1,1	0,7
Italien	1,3	0,9	1,3	0,7	0,7	0,6	0,4	0,3
Zypern	0,4	0,4	1,4	-0,8	-1,3	-1,6	-1,3	-0,9
Lettland	0,0	1,9	2,1	-0,3	-0,4	0,5	0,5	0,3
Luxemburg	1,7	1,5	1,7	1,1	1,5	1,5	0,8	0,8
Malta	1,0	1,2	0,9	0,3	1,0	0,9	1,6	1,4
Niederlande	2,6	1,1	1,3	1,2	1,4	0,8	0,4	0,1
Österreich	2,1	1,8	1,8	1,5	2,0	1,5	1,5	1,4
Portugal	0,4	0,8	1,2	0,1	0,2	0,1	-0,1	-0,4
Slowenien	1,9	0,8	1,3	1,2	0,9	0,9	0,2	0,6
Slowakische Republik	1,5	0,7	1,6	0,5	0,4	0,0	-0,1	-0,2
Finnland	2,2	1,7	1,6	1,8	1,9	1,9	1,6	1,3
Euroraum	1,4	1,0	1,3	0,9	0,8	0,8	0,7	0,5
Bulgarien	0,4	0,5	1,8	-1,0	-0,9	-1,4	-2,1	-2,0
Tschechische Republik	1,4	1,0	1,8	1,0	1,5	0,3	0,3	0,3
Dänemark	0,5	1,5	1,7	0,3	0,4	0,8	0,3	0,2
Kroatien	2,3	1,3	1,5	0,7	0,5	0,4	-0,2	-0,1
Litauen	1,2	1,1	1,9	0,5	0,4	0,2	0,3	0,4
Ungarn	1,7	1,2	2,8	0,4	0,6	0,8	0,3	0,2
Polen	0,8	1,4	2,0	0,5	0,6	0,6	0,7	0,6
Rumänien	3,2	2,4	3,4	1,3	1,3	1,2	1,3	1,3
Schweden	0,4	0,9	1,8	0,3	0,4	0,2	0,1	-0,4
Vereinigtes Königreich	2,6	2,0	2,0	2,1	2,0	1,9	1,7	1,6
EU	1,5	1,2	1,5	1,0	1,0	0,9	0,8	0,6
Türkei	7,5	8,7	7,4	7,3	7,4	7,8	7,9	8,5
USA	1,5	1,6	1,9	1,2	1,5	1,6	1,1	1,5
Japan	0,4	2,5	1,2	1,5	1,6	1,4	1,5	..
Schweiz	0,1	0,2	0,5	0,2	0,3	0,2	-0,2	-0,1
Russland	6,8	5,9	5,0	6,5	6,5	6,1	..	..
Brasilien	6,4	5,9	5,5	5,6	5,6	5,3	5,4	5,6
China	2,6	3,0	3,0	3,0	2,5	2,5	2,0	2,4
Indien	10,9	8,0	7,5	11,5	9,1	7,2	6,7	..

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter.
1) EU, Türkei, Schweiz: HVPI; restliche Länder nationaler VPI.
2) EK-Prognose Winter 2014; CH, BR, CN, IN: IWF-Prognose April 2014.

Arbeitslosenquoten[1)]

		Prognose [2)]						
	2013	2014	2015	Okt.13	Nov.13	Dez.13	Jän.14	Feb.14
	in % gemäß ILO-Definition							
Belgien	8,4	8,5	8,2	8,4	8,4	8,4	8,5	8,5
Deutschland	5,3	5,2	5,1	5,2	5,2	5,2	5,1	5,1
Estland	8,6	8,3	7,7	8,7	8,9	8,7	..	..
Irland	13,1	11,9	11,2	12,4	12,2	12,0	11,9	11,9
Griechenland	27,3	26,0	24,0	27,5	27,6	27,5	..	..
Spanien	26,4	25,7	24,6	26,3	26,1	25,8	25,8	25,6
Frankreich	10,3	11,0	11,0	10,2	10,2	10,2	10,3	10,4
Italien	12,2	12,6	12,4	12,5	12,8	12,7	12,9	13,0
Zypern	15,9	19,2	18,4	16,8	16,7	16,9	16,5	16,7
Lettland	11,9	10,5	9,2	11,6	11,6	11,6	..	..
Luxemburg	5,8	6,0	5,9	6,0	6,0	6,1	6,1	6,1
Malta	6,5	6,4	6,4	6,7	6,6	6,8	6,9	6,9
Niederlande	6,7	7,4	7,2	7,0	6,9	7,0	7,1	7,3
Österreich	4,9	4,8	4,7	5,0	5,0	5,0	4,9	4,8
Portugal	16,5	16,8	16,5	15,6	15,4	15,3	15,3	15,3
Slowenien	10,1	10,8	10,7	9,7	9,7	9,8	9,8	9,8
Slowakische Republik	14,2	13,9	13,4	14,3	14,1	14,1	14,0	13,9
Finnland	8,2	8,3	8,1	8,3	8,3	8,3	8,4	8,4
Euroraum	12,0	12,0	11,7	11,9	11,9	11,9	11,9	11,9
Bulgarien	13,0	12,7	12,1	13,1	13,1	13,2	13,2	13,1
Tschechische Republik	7,0	6,8	6,6	6,7	6,8	6,7	6,7	6,7
Dänemark	7,0	6,9	6,7	6,9	6,8	7,1	7,0	7,0
Kroatien	17,2	17,6	17,2	17,6	17,5	17,3	17,6	17,6
Litauen	11,8	10,4	9,6	11,1	10,9	10,9	11,3	11,5
Ungarn	10,2	9,6	9,3	9,5	9,3	8,8	8,3	..
Polen	10,3	10,3	10,1	10,1	10,0	9,9	9,8	9,7
Rumänien	7,3	7,2	7,1	7,4	7,4	7,3	7,3	7,2
Schweden	8,0	7,7	7,3	7,9	8,0	8,0	8,2	8,1
Vereinigtes Königreich	7,5	6,8	6,5	7,1	7,1	7,1	..	..
EU	10,8	10,7	10,4	10,7	10,7	10,7	10,7	10,6
Türkei	8,7	10,5	10,4	8,9	8,9	8,5	..	..
USA	7,4	6,5	5,8	7,2	7,0	6,7	6,6	6,7
Japan	4,0	3,8	3,8	4,0	3,9	3,7	3,7	3,6
Schweiz	3,2	3,2	3,0	3,2	3,2	3,2	3,2	3,2
Russland	5,5	5,9	6,2	5,5	5,5	5,6	5,6	5,6
Brasilien	5,4	5,6	5,8	5,2	4,6	4,3	4,8	5,1
China	4,1	4,1	4,1	x	x	x	x	x
Indien	x	x	x	x	x	x	x	x

Quelle: Eurostat, Thomson Reuters.

1) EU: saisonal bereinigte Arbeitslosenquoten.

2) EK-Prognose Winter 2014; CH,BR,CN: IWF-Prognose April 2014.

Leistungsbilanzsalden

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
				Prognose[1)]		
	in % des BIP					
Belgien	2,6	0,5	-0,2	0,1	0,7	0,3
Deutschland	6,4	6,3	7,1	7,0	6,7	6,4
Estland	3,5	0,3	-2,8	-2,1	-2,4	-2,3
Irland	1,1	1,2	4,4	7,0	6,8	7,2
Griechenland	-12,8	-11,8	-5,3	-2,3	-1,8	-1,6
Spanien	-4,4	-4,0	-1,2	1,1	1,6	1,8
Frankreich	-1,9	-2,5	-2,1	-1,9	-2,0	-2,2
Italien	-3,5	-3,1	-0,5	0,9	1,3	1,2
Zypern	-9,2	-3,5	-6,8	-1,7	0,0	0,4
Lettland	2,9	-2,3	-2,5	-1,6	-1,9	-2,5
Luxemburg	7,7	6,6	6,7	6,5	6,7	7,0
Malta	-5,4	-1,0	1,1	1,7	0,9	0,5
Niederlande	5,0	7,4	7,7	9,2	9,1	10,0
Österreich	3,6	1,5	1,8	2,9	3,4	3,8
Portugal	-10,4	-7,2	-2,2	0,4	0,8	1,1
Slowenien	-0,2	0,3	3,1	4,9	6,9	7,8
Slowakische Republik	-3,8	-2,6	1,6	2,0	1,9	2,3
Finnland	1,7	-1,5	-1,4	-0,2	0,5	0,4
Euroraum	0,3	0,4	1,8	2,7	2,7	2,7
Bulgarien	-0,4	0,1	-1,3	2,0	1,3	0,0
Tschechische Republik	-5,0	-3,5	-2,6	-2,4	-1,5	-0,9
Dänemark	5,8	6,0	6,0	7,0	6,8	6,6
Kroatien	-0,9	-1,1	-0,3	0,8	1,3	0,9
Litauen	-0,4	-3,9	-1,1	0,1	-0,5	-0,7
Ungarn	0,4	0,6	1,1	2,9	2,7	2,6
Polen	-4,3	-4,5	-3,3	-1,6	-1,4	-1,8
Rumänien	-4,4	-4,5	-4,5	-1,0	-1,2	-1,6
Schweden	6,9	6,2	6,5	6,2	5,6	5,5
Vereinigtes Königreich	-2,7	-1,5	-3,7	-3,8	-3,3	-3,2
EU	-0,1	0,2	0,9	1,7	1,8	1,7
Türkei	-6,2	-9,7	-6,1	-7,8	-6,5	-4,4
USA	-3,3	-2,6	-2,6	-2,3	-2,1	-2,3
Japan	3,7	2,0	1,0	0,7	0,5	1,0
Schweiz	15,3	9,5	12,1	12,7	14,1	15,5
Russland	4,4	5,1	3,6	1,6	2,1	1,6
Brasilien	-2,2	-2,1	-2,4	-3,6	-3,6	-3,7
China	4,0	1,9	2,3	2,1	2,2	2,4
Indien	-2,7	-4,2	-4,7	-2,0	-2,4	-2,5

Quelle: Europäische Kommission, IWF.
1) EK-Prognose Winter 2014; RU, BR, CN, IN: IWF-Prognose April 2014.

Fiskaldaten

	Budgetsalden					Staatsschulden				
	Realisierte Werte		Prognose[1)]			Realisierte Werte		Prognose[1)]		
	2011	2012	2013	2014	2015	2011	2012	2013	2014	2015
	in % des BIP									
Belgien	-3,9	-4,1	-2,8	-2,7	-2,8	98,0	99,8	99,8	100,5	100,0
Deutschland	-0,8	0,1	-0,1	0,0	0,0	80,0	81,0	79,6	77,3	74,5
Estland	1,1	-0,2	-0,4	-0,4	-0,4	6,1	9,8	10,0	10,1	9,8
Irland	-13,1	-8,1	-7,1	-4,9	-4,3	104,1	117,4	122,3	120,3	119,7
Griechenland	-9,6	-9,0	-13,1	-2,4	-1,2	170,3	156,9	177,3	177,0	171,9
Spanien	-9,6	-10,6	-7,2	-5,8	-6,4	70,5	86,0	94,4	98,9	103,3
Frankreich	-5,3	-4,8	-4,2	-4,1	-3,9	85,8	90,2	93,9	96,1	97,3
Italien	-3,7	-2,9	-2,8	-2,4	-2,1	120,7	127,0	132,7	133,7	132,4
Zypern	-6,3	-6,3	-5,5	-5,8	-6,1	71,1	85,8	112,0	121,5	125,8
Lettland	-3,6	-1,4	-1,3	-1,0	-1,0	41,9	40,6	38,5	38,7	32,7
Luxemburg	0,1	-0,6	-0,2	-0,5	-2,4	18,7	21,7	24,3	25,5	28,1
Malta	-2,8	-3,3	-3,0	-2,7	-2,7	69,3	71,1	72,0	72,4	71,6
Niederlande	-4,3	-4,0	-3,0	-3,5	-3,3	65,7	71,3	74,3	75,3	75,6
Österreich	-2,4	-2,6	-1,7	-2,0	-1,8	72,8	74,0	74,6	74,3	73,7
Portugal	-4,3	-6,5	-5,9	-4,0	-2,5	108,3	124,1	129,4	126,6	125,8
Slowenien	-6,3	-3,8	-14,9	-4,0	-3,3	47,1	54,4	71,9	75,4	78,0
Slowakische Republik	-5,1	-4,6	-2,5	-3,3	-3,4	43,4	52,4	54,3	57,8	58,4
Finnland	-1,0	-2,2	-2,7	-2,9	-2,6	49,2	53,6	57,2	60,4	62,0
Euroraum	-4,2	-3,7	-3,1	-2,6	-2,5	87,9	92,6	95,5	95,9	95,4
Bulgarien	-2,0	-0,8	-1,9	-1,9	-1,7	16,3	18,6	19,4	22,7	24,1
Tschechische Republik	-3,2	-4,4	-2,7	-2,8	-3,3	41,4	46,2	46,1	47,2	48,6
Dänemark	-2,0	-3,9	-0,5	-1,4	-2,9	46,4	45,4	42,4	41,6	43,1
Kroatien	-7,8	-4,9	-6,0	-5,4	-4,8	51,6	55,5	64,9	67,4	68,7
Litauen	-5,5	-3,4	-2,8	-2,3	-1,6	38,3	40,5	39,5	42,2	41,4
Ungarn	4,2	-2,1	-2,6	-3,2	-3,1	82,1	79,8	77,8	79,1	78,9
Polen	-5,0	-3,9	-4,4	5,0	-2,9	56,2	55,6	57,8	50,3	51,1
Rumänien	-5,5	-3,0	-2,6	-2,2	-1,8	34,7	38,0	38,3	39,3	39,2
Schweden	0,0	-0,4	-1,3	-1,6	-0,9	38,6	38,2	41,5	41,8	40,9
Vereinigtes Königreich	-7,7	-6,1	-6,2	-5,1	-4,1	84,3	88,6	91,4	93,4	94,5
EU	-4,4	-3,9	-3,5	-2,7	-2,7	82,9	86,6	89,4	89,7	89,4
Türkei	-0,8	-1,5	-1,7	-2,9	-2,5	39,9	36,2	36,0	36,7	36,2
USA	-10,6	-9,2	-6,3	-5,4	-4,9	99,5	102,9	103,8	104,8	104,5
Japan	-8,8	-8,7	-9,0	-7,5	-6,2	229,9	238,0	244,7	244,9	245,7
Schweiz	0,3	0,0	0,0	-0,2	0,4	49,1	50,1	49,4	48,1	47,3
Russland	1,5	0,4	-1,3	-0,7	-0,8	11,7	12,7	13,4	13,0	12,8
Brasilien	-2,6	-2,8	-3,3	-3,3	-2,5	64,7	68,2	66,3	66,7	66,4
China	-1,3	-2,2	-1,9	-2,0	-1,6	28,7	26,1	22,4	20,2	18,7
Indien	-8,0	-7,4	-7,3	-7,2	-7,0	66,8	66,6	66,7	65,3	64,0

Quelle: Europäische Kommission, IWF.

1) EK-Prognose Winter 2014; CH, RU, BR, CN, IN: IWF-Prognose April 2014.

Prognose wichtiger Wirtschaftsindikatoren für Österreich

	OeNB		WIFO		IHS		OECD		IWF		EU-Kommission	
	Dezember 2013		März 2014		März 2014		November 2013		April 2014		Februar 2014	
	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015
	Veränderung zum Vorjahr in %											
BIP, real	1,6	1,9	1,7	1,7	1,7	2,0	1,7	2,2	1,7	1,7	1,5	1,8
Privater Konsum, real	0,7	1,1	0,8	1,0	0,8	1,1	0,5	1,1	x	x	0,8	1,0
Öffentlicher Konsum, real	1,3	1,3	0,5	0,3	0,3	0,3	0,5	0,4	x	x	0,8	0,8
Bruttoanlageinvestitionen, real	2,2	2,4	3,0	2,1	2,3	3,1	2,6	4,5	x	x	2,4	3,2
Exporte, real	3,7	5,2	4,7	5,7	4,8	5,6	4,0	5,6	3,3	5,3	4,8	6,0
Importe, real	3,7	5,2	4,8	5,5	4,4	5,6	2,7	5,0	3,2	5,3	4,6	5,6
BIP je Erwerbstätigen[1])	0,9	1,1	1,1	1,1	0,7	0,9	x	x	x	x	1,2	1,5
BIP Deflator	1,6	1,6	1,8	1,9	1,4	1,6	1,3	1,4	x	x	1,9	1,7
VPI	x	x	1,9	1,9	1,8	1,9	x	x	x	x	x	x
HVPI	1,7	1,6	1,9	1,9	1,8	1,9	1,6	1,7	1,8	1,7	1,8	1,8
Lohnstückkosten	1,4	1,0	1,5	1,7	1,4	1,3	x	x	x	x	1,2	1,0
Beschäftigte	0,7	0,7	1,0	1,0	1,0	1,0	x	x	x	x	0,7	0,8
	in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition											
Arbeitslosenquote	5,0	5,0	5,2	5,3	4,8	4,7	4,7	4,3	5,0	4,9	4,8	4,7
	in % des nominellen BIP											
Leistungsbilanz	3,3	3,5	3,3	3,7	x	x	3,4	3,8	3,5	3,5	3,4	3,8
Finanzierungssaldo des Staates[2])	-1,6	-1,6	-3,0	-1,2	-3,1	-1,4	-1,9	-1,2	-3,0	-1,5	-2,1	-1,8
	Prognoseannahmen											
Erdölpreis in USD/Barrel	103,9	99,2	110,0	110,0	111,0	114,0	115,0	120,0	104,2	97,9	104,1	99,6
Kurzfristiger Zinssatz in %	0,3	0,5	0,3	0,3	0,4	0,5	0,1	0,3	0,3	0,4	0,3	0,4
USD/EUR	1,3	1,3	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4
	Veränderung zum Vorjahr in %											
BIP, real Euroraum	1,1	1,5	1,1	1,5	1,2	1,6	1,0	1,6	1,2	1,5	1,2	1,8
BIP, real USA	2,6	3,2	2,7	3,1	2,7	3,0	2,9	3,4	2,8	3,0	2,9	3,2
BIP, real Welt	3,5	3,7	3,5	3,8	x	x	3,6	3,9	3,6	3,9	3,6	3,9
Welthandel[3])	5,2	6,1	5,5	6,5	5,0	6,0	4,8	5,9	4,3	5,3	4,9	6,0

1) WIFO - Stundenproduktivität. 2) OeNB Prognose: Finanzierungssaldo des Staates mit eventueller Bankenhilfe 2014 und 2015: -2,2. 3) EU-Kommission - Weltimporte.

Österreich: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung (I)

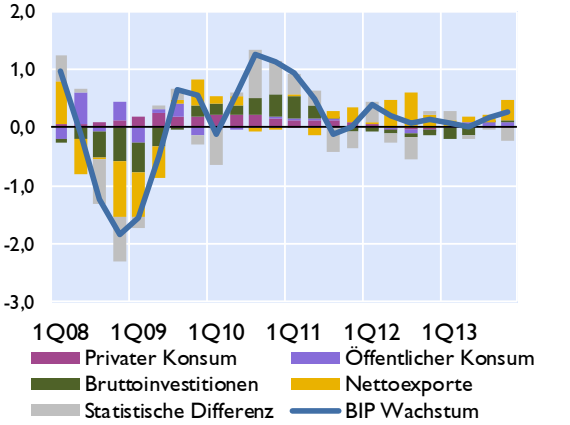
	2012	2013	2013 Q1	2013 Q2	2013 Q3	2013 Q4	2014 Q1	2013 Dez.	2014 Jän.	2014 Feb.	2014 März
Veränderung zum Vorjahr in %											
HVPI gesamt	2,6	2,1	2,6	2,2	2,0	1,6	1,5	2,0	1,5	1,5	1,4
Kerninflation	2,3	2,3	2,6	2,3	2,2	2,0	1,9	2,3	1,9	2,0	1,8
Nationaler VPI	2,5	2,0	2,5	2,1	1,8	1,6	1,6	1,9	1,6	1,5	1,6
Deflator des privaten Konsums	2,6	2,2	2,7	2,2	2,0	1,9	..	x	x	x	x
BIP Deflator	1,7	1,6	2,3	1,6	1,6	1,1	..	x	x	x	x
Erzeugerpreisindex	0,9	-0,9	-0,2	-1,0	-1,0	-1,2	..	-1,1	-1,2	-1,3	..
Großhandelspreisindex	2,4	-1,1	0,5	-0,6	-1,9	-2,2	-2,0	-1,5	-1,9	-2,3	-1,9
Tariflohnindex	3,3	2,6	2,9	2,6	2,5	2,4	2,3	2,3	2,2	2,2	2,6
BIP je Erwerbstätigen	1,2	1,4	1,6	1,2	1,3	1,4	..	x	x	x	x
Lohnstückkosten Gesamtwirtschaft	3,0	2,4	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Lohnstückkosten Sachgütererzeugung	3,0	..	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)											
BIP real	0,7	0,4	0,1	0,0	0,2	0,3	..	x	x	x	x
Privater Konsum	0,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	..	x	x	x	x
Öffentlicher Konsum	-0,3	0,3	0,1	0,3	0,3	0,3	..	x	x	x	x
Bruttoanlageinvestitionen	1,9	-0,6	-0,3	0,2	0,0	0,2	..	x	x	x	x
Exporte	1,6	2,4	0,4	0,8	1,0	1,1	..	x	x	x	x
Importe	0,0	0,9	0,2	0,7	0,9	0,6	..	x	x	x	x
Beitrag zum Wachstum des nichtsaisonbereinigten realen BIP (in Prozentpunkten)											
BIP real (Veränderung zum Vorjahr in %)	0,9	0,4	-0,3	0,2	0,5	1,1	..				
Binnennachfrage (ohne Lager)	0,5	-0,4	-1,7	-0,4	0,3	0,3	..	x	x	x	x
Nettoexporte	0,9	1,3	2,3	2,1	-0,1	0,8	..	x	x	x	x
Vorratsveränderung u. stat. Differenz	-0,5	-0,5	-0,9	-1,5	0,3	0,0	..	x	x	x	x
Außenhandel - Waren lt. Statistik Austria (Veränderung z.VJP. in %)											
Exporte	1,5	1,5	-0,6	2,8	0,3	3,6	..	5,6	0,2	..	..
Importe	0,7	-1,5	-4,8	-1,8	0,4	0,1	..	2,6	0,2	..	..
Zahlungsbilanz (in Mrd EUR) - Transaktionsbilanz											
Güter- und Dienstleistungen	6,9	11,6	5,6	2,2	1,2	2,5	..	x	x	x	x
Reiseverkehr	6,9	7,4	4,7	0,2	1,0	1,5	..	x	x	x	x
Leistungsbilanz	7,3	8,4	4,3	1,1	0,4	2,6	..	x	x	x	x
Leistungsbilanz in % des BIP	2,4	2,7	5,6	1,5	0,5	3,3	..	x	x	x	x
Ausgewählte Indikatoren											
Economic Sentiment Indicator	94,9	95,9	94,7	92,0	95,3	101,4	99,8	100,6	97,7	100,4	101,3
Industrievertrauen (%-Saldo)	-8,2	-8,4	-9,1	-12,1	-8,3	-4,1	-3,8	-3,6	-5,8	-2,9	-2,8
Ind. Produktion o. Bau (Δ z. VJP. in %)	1,2	0,3	0,4	0,4	0,3	0,0	..	0,5	4,3	..	..
Kapazitätsauslastung - Industrie in %	84,6	83,6	84,9	83,5	83,5	82,6	84,1	x	x	x	x
Bauvertrauen (%-Saldo)	-5,2	-12,9	-10,6	-12,1	-14,6	-14,3	-13,7	-19,4	-13,8	-13,1	-14,2
Dienstleistervertrauen (%-Saldo)	5,0	6,5	4,5	0,0	5,0	16,6	12,6	14,6	9,5	14,2	14,1
Konsumentenvertrauen (%-Saldo)	-8,6	-5,8	-4,5	-6,4	-7,5	-4,6	-6,5	-6,4	-6,9	-6,5	-6,2
Einzelhandelsvertrauen (%-Saldo)	-9,1	-10,8	-15,7	-10,9	-9,7	-7,0	-6,7	-3,9	-8,5	-7,7	-3,9
Einzelhandelsumsätze (Δ z. VJP. in %)	-0,2	-0,4	-1,5	-1,1	1,0	0,0	..	-1,1	-0,2	..	..
Arbeitsmarktentwicklung											
Unselbstständig Beschäftigte (Δ z.VJP. in %)	1,3	0,5	0,6	0,6	0,4	0,4	0,7	0,6	0,7	0,9	0,7
Vorgemerkte Arbeitslose (Δ z. VJP. in %)	5,7	10,2	7,1	9,1	13,2	11,9	9,5	11,9	9,3	9,3	10,0
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	7,0	7,6	8,5	6,8	6,8	8,3	9,2	9,5	9,7	9,4	8,4
Arbeitslosenquote (gem. ILO-Definition)	4,3	4,9	4,9	4,7	4,9	4,9	..	5,0	4,9	4,8	..
Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)											
Geldmenge M3 (österr. Beitrag)	2,9	2,1	1,2	1,2	1,6	1,8	..	2,1	3,5	2,9	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	x	x	x	x	x	x	x	1,8	2,3	2,8	..
Kredite an im Euroraum Ansässige	1,4	-0,3	0,4	0,2	-0,3	-0,3	..	-0,3	0,3	0,5	..
3-Monats Zinssatz (Stand in %)	0,6	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
10-Jahres Zinssatz (Stand in %)	2,4	2,0	1,9	1,8	2,2	2,1	2,0	2,2	2,1	2,0	1,9
ATX (Stand; 2.1.1991=1000)	2.099	2.455	2.444	2.391	2.418	2.565	2.583	2.520	2.643	2.621	2.482
Finanzierung lt. Maastricht in % des BIP											
Finanzierungssaldo des Bundessektors	-2,6	-1,5	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Finanzierungssaldo des Staates	-2,6	-1,5	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Schulden des Staates	74,4	74,5	x	x	x	x	x	x	x	x	x

Quelle: OeNB, WIFO, Statistik Austria, AMS, HSV, Eurostat, Thomson Reuters, OeKB, EU-Kommission, EZB.

Österreich: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung (II)

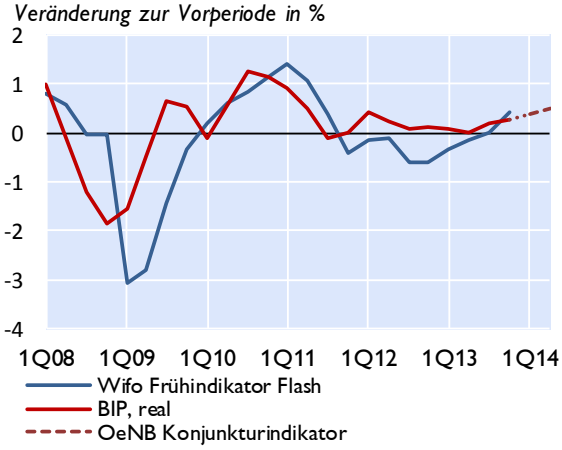
Wachstumsbeiträge zum realen BIP

Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



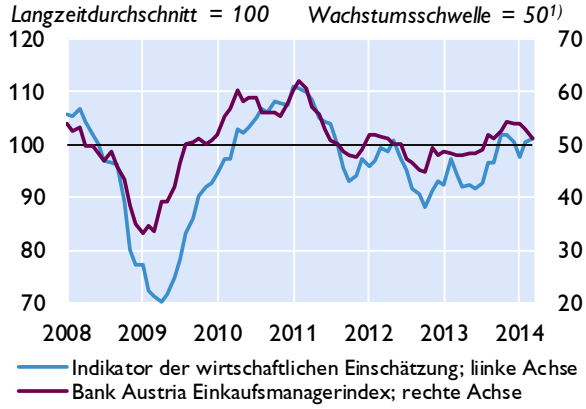
Frühindikatoren des realen BIP

Veränderung zur Vorperiode in %



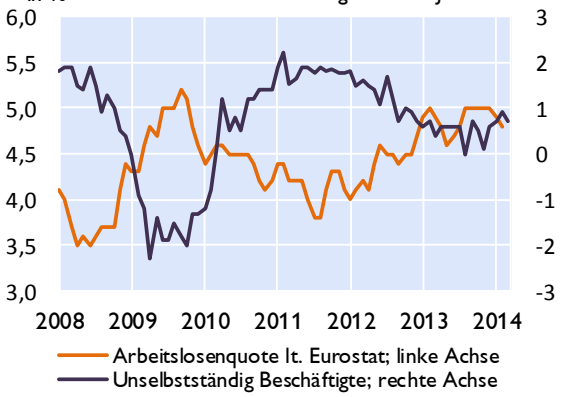
Vertrauensindikatoren (saisonbereinigt)

Langzeitdurchschnitt = 100 *Wachstumsschwelle = 50*[1)]



Arbeitsmarkt

in % *Veränderung zum Vorjahr in %*



Zahlungsbilanz[2)]

Salden	2011	2012	2013	4Q12	1Q13	2Q13	3Q13	4Q13
	in Mrd EUR							
Leistungsbilanz	4,9	7,3	8,4	2,5	4,3	1,1	0,4	2,6
Güter	-7,5	-7,2	-3,8	-1,9	-1,0	0,0	-1,7	-1,1
Dienstleistungen	13,6	14,1	15,4	3,7	6,6	2,2	3,0	3,6
Einkommen	0,7	2,5	-0,7	0,8	-0,3	-0,2	0,0	-0,2
Laufende Transfers	-2,0	-2,1	-2,4	0,1	-1,1	-0,8	-0,7	0,3
Vermögensübertragungen	-0,4	-0,4	-0,4	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1
Kapitalbilanz	-3,6	-7,4	-5,5	-2,5	-2,9	-2,2	0,2	-0,7
Direktinvestitionen	-10,4	-12,5	-1,9	-3,4	-2,0	1,6	0,3	-1,8
Portfolioinvestitionen	16,0	5,7	2,2	4,7	0,9	0,5	4,3	-3,6
Finanzderivate	0,8	2,6	3,8	1,2	1,6	0,5	0,6	1,0
Sonstige Investiitionen	-9,2	-2,2	-9,2	-4,9	-3,6	-4,6	-4,8	3,8
Währungsreserven[3)]	-0,7	-0,9	-0,4	0,0	0,2	-0,3	-0,2	-0,1
Statistische Differenz	-0,9	0,5	-2,5	0,1	-1,2	1,2	-0,6	-1,8
Leistungsbilanz in % des BIP	1,6	2,4	2,7	3,2	5,6	1,5	0,5	3,3

Quelle: OeNB, WIFO, AMS, HSV, Europäische Komission, Bank Austria.

1) Werte über 50 signalisieren Wachstum.

2) Transaktionen; bis 2011 endgültige Daten, 2012 revidierte Daten, 2013 provisorische Daten.

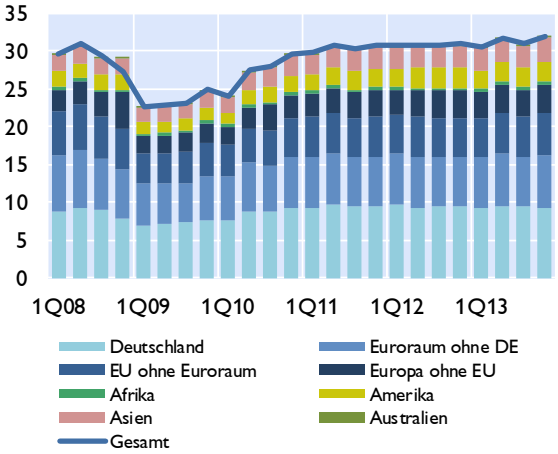
3) OeNB: Gold, Devisen, IWF- Positionen, Sonderziehungsrechte etc; Zunahme: - / Abnahme: +

Österreich: Außenhandel mit Waren

	Exporte	Importe	Saldo	Exporte	Importe
	in Mio EUR			*Veränderung zum Vorjahr in%*	
2011	121.774	131.008	-9.234	11,3	15,3
2012	123.544	131.982	-8.439	1,5	0,7
2013	125.412	129.962	-4.550	1,5	-1,5
Jän. 13	9.881	10.443	-562	6,2	1,6
Jän. 14	9.900	10.466	-566	0,2	0,2
Aug. 13	9.022	9.896	-874	-6,1	-5,9
Sep. 13	10.938	11.225	-287	2,2	3,4
Okt. 13	12.177	12.302	-125	7,2	1,2
Nov. 13	10.665	11.155	-490	-1,9	-3,1
Dez. 13	9.244	9.687	-443	5,6	2,6
Jän. 14	9.900	10.466	-566	0,2	0,2

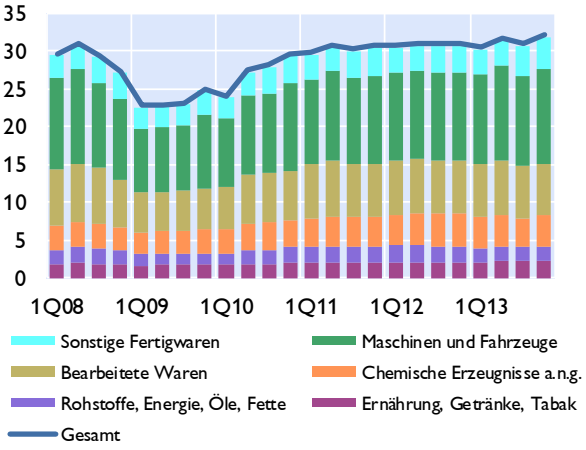
Exporte nach Regionen

in Mrd EUR



Exporte nach Warengruppen

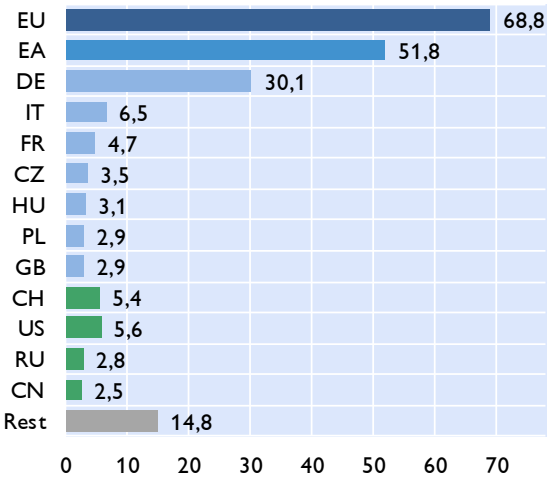
in Mrd EUR



Anteile der wichtigsten Handelspartner im Jahr 2013

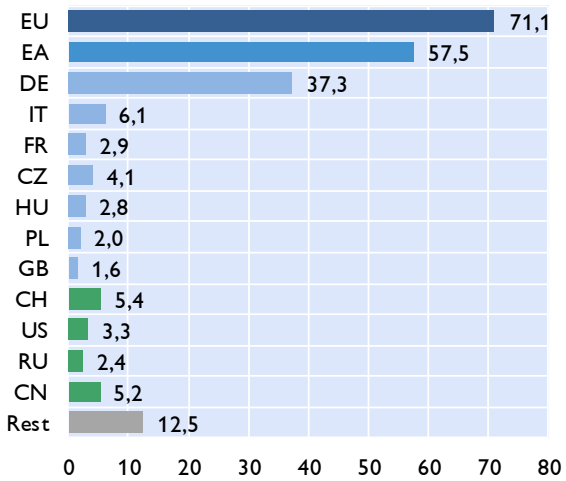
Exporte

Anteil am Gesamtexport in %



Importe

Anteil am Gesamtimport in %



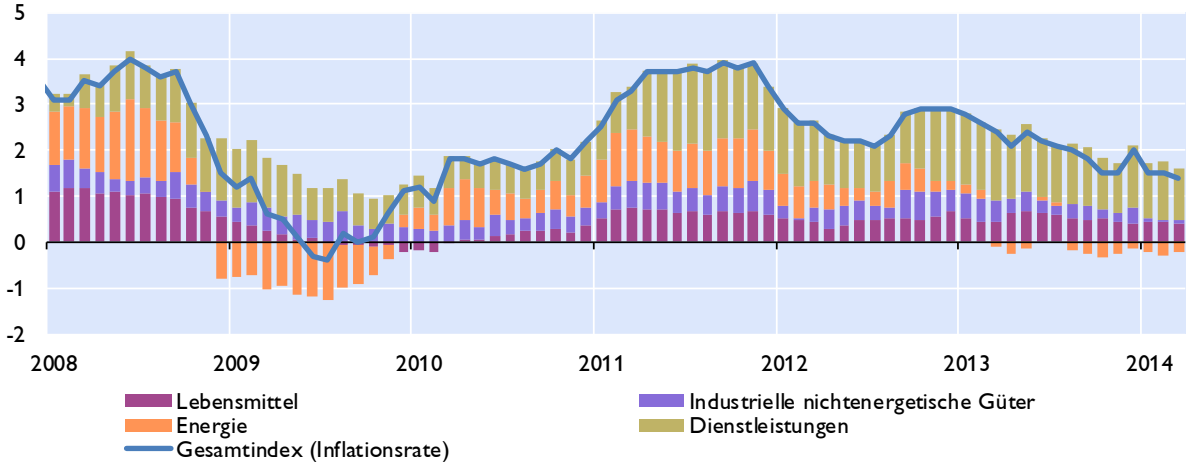
Quelle: Statistik Austria.

Österreich: Inflation und Wettbewerbsindikatoren

HVPI	2014	2012	2013	Nov.13	Dez.13	Jän.14	Feb.14	Mär.14
COICOP-Verbrauchsgruppen	*Gewicht in %*	*Veränderung zum Vorjahr in %*						
Gesamt-HVPI	100,0	2,6	2,1	1,5	2,0	1,5	1,5	1,4
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	11,4	3,3	3,4	2,6	2,3	2,5	2,6	2,3
Alkoholische Getränke und Tabak	3,8	2,5	3,5	3,6	4,0	3,6	3,4	3,5
Bekleidung und Schuhe	7,2	0,8	0,7	0,8	3,0	-0,4	-1,5	-1,1
Wohnung, Wasser, Energie	13,9	3,5	2,7	1,9	2,0	1,7	1,6	1,8
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	7,5	2,4	1,9	1,4	1,5	1,6	1,9	1,4
Gesundheitspflege	5,1	1,8	3,2	2,7	2,6	2,5	2,2	2,1
Verkehr	15,4	3,1	-0,1	-1,7	-0,6	-0,7	-0,9	-1,1
Nachrichtenübermittlung	2,3	-0,3	1,4	0,9	5,5	6,0	6,5	6,7
Freizeit und Kultur	11,1	3,1	-0,1	2,1	2,3	1,2	1,2	0,9
Bildungswesen	1,1	-0,3	1,4	2,8	2,8	3,0	4,1	2,4
Hotels, Cafes und Restaurants	14,0	1,4	2,0	2,7	3,3	2,6	2,9	2,9
Verschiedene Waren u. Dienstleistungen	7,1	4,4	3,9	1,1	0,9	1,4	1,2	1,3

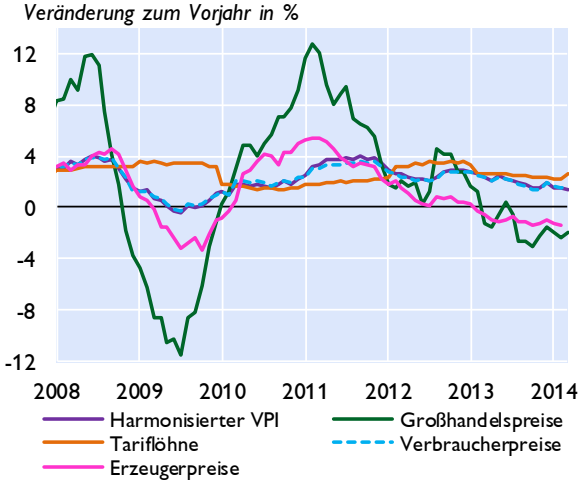
Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



Ausgewählte Inflationsindikatoren

Veränderung zum Vorjahr in %



Quelle: Statistik Austria, WIFO.

Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit

Veränderung zum Vorjahr in %

	2012	2013	2014[1)]	2015[1)]
Stunden-produktivität	1,1	-0,0	0,2	0,3
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer	2,4	2,1	2,1	2,4
Preisliche Wettbe-werbsfähigkeit [2)]	-1,6	2,0	1,0	-0,1
Lohnstückkosten				
Gesamtwirtschaft	3,0	2,4	1,5	1,7
Sachgüter-erzeugung[3)]	3,0	2,0	-0,8	-1,0

1) WIFO-Prognose vom März 2014.
2) Wettbewerbsfähigkeitsindikator: Real-effektiver Wechselkurs des Euro auf Basis des österreichischen Außenhandels.
3) 2013: WIFO-Prognose vom Dezember 2013.

Österreich: Tourismus und Reiseverkehr

Übernachtungen in Österreich

in 1.000	2011	2012	2013	4Q12	1Q13	2Q13	3Q13	4Q13
Gesamt	**126.003**	**131.016**	**132.629**	**21.014**	**45.538**	**21.640**	**43.717**	**21.748**
Inländer	35.297	35.964	35.755	6.584	9.081	7.725	12.348	6.601
Ausländer	90.706	95.052	96.874	14.430	36.457	13.915	31.369	15.148
darunter								
Deutschland	47.387	49.606	50.823	16.701	18.831	7.132	17.038	7.821
Osteuropa	9.783	10.232	10.544	2.106	4.959	1.453	2.216	1.915
Niederlande	8.899	9.389	9.140	2.929	4.449	687	2.901	1.103
Schweiz	4.277	4.558	4.577	1.457	1.438	776	1.461	902
Vereinigtes Königreich	3.104	3.181	3.345	714	1.528	562	785	469
Italien	3.014	2.918	2.778	1.470	429	380	1.443	526
Belgien	2.565	2.583	2.606	265	1.016	386	920	283
Frankreich	1.835	1.819	1.808	219	514	328	742	225
Dänemark	1.464	1.447	1.449	111	926	75	332	116
USA	1.203	1.286	1.367	256	205	374	507	282
Veränderung zum Vorjahr in %								
Gesamt	**0,9**	**4,0**	**1,2**	**5,8**	**4,7**	**-8,0**	**1,8**	**3,5**
Inländer	0,8	1,9	-0,6	2,9	-0,2	-3,5	0,7	0,3
Ausländer	0,9	4,8	1,9	7,1	5,9	-10,3	2,2	5,0

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Einnahmen nach Regionen

in Mio EUR	2011J	2012J	2013J	4Q12	1Q13	2Q13	3Q13	4Q13
Deutschland	7.009	7.106	7.366	1.290	2.912	1.048	2.060	1.347
Niederlande	1.012	1.046	1.030	149	558	66	247	159
Schweiz	759	860	882	189	336	137	217	191
Italien	678	650	624	152	132	104	244	144
Mittel- und Osteuropa[1)]	2.073	2.120	2.170	492	880	359	435	495
Restl. Europa	1.914	1.963	2.030	304	928	295	499	309
Rest der Welt	822	961	1.037	211	212	250	355	220
Gesamt	**14.267**	**14.706**	**15.139**	**2.787**	**5.958**	**2.259**	**4.057**	**2.865**

1) Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn,

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Ausgaben nach Regionen

in Mio EUR	2011J	2012J	2013J	4Q12	1Q13	2Q13	3Q13	4Q13
Deutschland	1.814	1.989	2.036	348	402	518	722	394
Italien	1.252	1.265	1.193	125	108	354	588	143
Kroatien	637	674	618	32	16	155	414	34
Europäische Mittelmeerländer[1)]	994	819	909	96	101	274	435	98
Restl. Europa	2.010	1.999	1.993	388	388	554	654	397
Rest der Welt	824	1.079	988	226	264	201	239	285
Gesamt	**7.531**	**7.825**	**7.737**	**1.215**	**1.279**	**2.056**	**3.052**	**1.351**

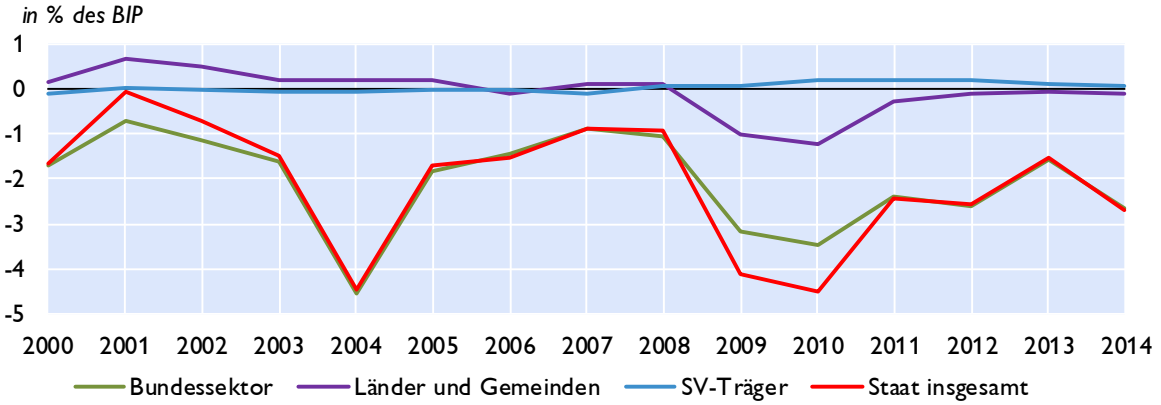
1) Albanien, Griechenland, Malta, Montenegro, Spanien, Türkei, Zypern.
Quelle: Statistik Austria, OeNB.

Österreich: Öffentliche Haushalte

Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht

	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt
	in Mrd EUR				*in % des BIP*			
2010	-9,9	-3,5	0,6	-12,9	-3,5	-1,2	0,2	-4,5
2011	-7,1	-0,8	0,6	-7,3	-2,4	-0,3	0,2	-2,5
2012	-8,0	-0,4	0,5	-7,9	-2,6	-0,1	0,2	-2,6
2013	-4,9	-0,2	0,3	-4,8	-1,6	-0,1	0,1	-1,5
2014[1)]	-8,6	-0,3	0,2	-8,7	-2,7	-0,1	0,1	-2,7

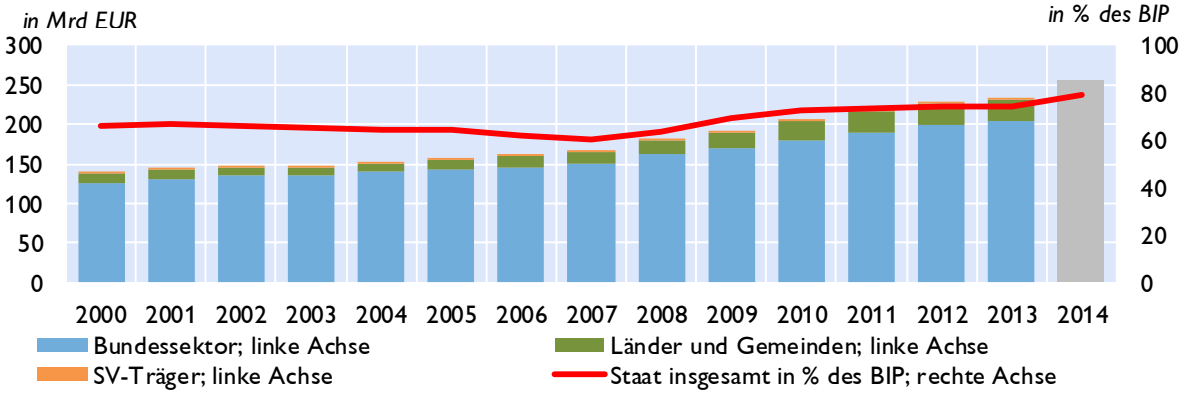
Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht



Öffentliche Verschuldung laut Maastricht

	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt
	in Mrd EUR				*in % des BIP*			
2010	179,3	25,4	2,0	206,6	62,9	8,9	0,7	72,5
2011	189,1	27,8	1,8	218,6	63,2	9,3	0,6	73,1
2012	198,8	27,9	1,7	228,4	64,7	9,1	0,6	74,4
2013	204,7	27,0	1,7	233,3	65,4	8,6	0,5	74,5
2014[1)]	x	x	x	256,8	x	x	x	79,2

Öffentliche Verschuldung laut Maastricht



1) 2014: Prognose des BMF.

Quelle: Statistik Austria, BMF, WIFO.

Österreich: Bundeshaushalt

Gebarung des Bundes

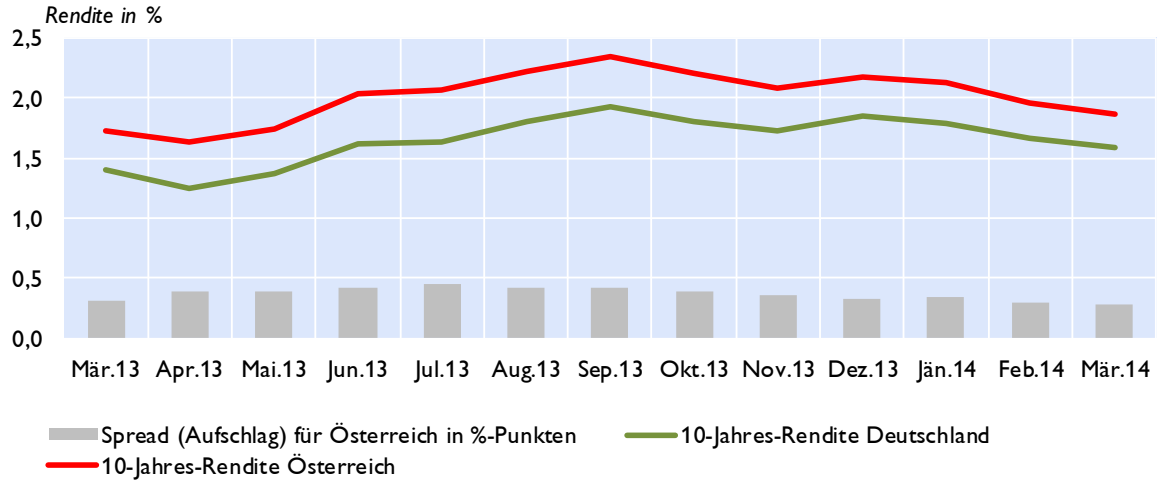
Finanzierungshaushalt[1)]	Jänner bis Februar		Vorl. Erfolg	Voranschlag	*Veränderung*
Allgemeine Gebarung	2013	2014	2013	2014	*2014/2013*
	in Mio EUR				*in %*
Auszahlungen	11.445	11.841	75.575	75.006	-0,8
Einzahlungen	9.538	9.766	71.363	68.678	-3,8
Nettofinanzierungsbedarf[2)]	**-1.908**	**-2.075**	**-4.212**	**-6.327**	**50,2**

Abgaben des Bundes

	Jänner bis Februar		Vorl. Erfolg	Voranschlag	*Veränderung*
	2013	2014	2013	2014	*2014/2013*
	in Mio EUR				*in %*
Einkommen- und Vermögensteuern	6.051	6.478	38.738	38.828	0,2
davon:					
veranlagte Einkommensteuer	506	634	3.120	3.349	7,3
Körperschaftsteuer	1.094	1.129	6.018	5.790	-3,8
Lohnsteuer	3.837	4.144	24.597	23.916	-2,8
Kapitalertragsteuern	296	274	2.590	3.180	22,8
Verbrauchs- und Verkehrssteuern	5.927	6.088	36.857	37.443	1,6
davon: Umsatzsteuer	4.386	4.497	24.867	25.100	0,9
Öffentliche Abgaben brutto	**12.147**	**12.749**	**76.370**	**76.902**	**0,7**
Überweisungen an öffentliche Rechtsträger (Länder, Gemeinden, Fonds)	5.109	5.259	27.598	27.875	1,0
Überweisungen an die Europäische Union	941	1.136	2.971	2.600	-12,5
Öffentliche Abgaben netto[3)]	**6.096**	**6.353**	**45.801**	**46.426**	**1,4**

1) Entspricht der Liquiditätsplanung und stellt die erwarteten Aus- und Einzahlungen dar.
2) Budgetüberschuss (+) oder Budgetdefizit (-) des Bundes.
3) Steuereinnahmen des Bundes.

10-Jährige Staatsanleihe (Benchmark) für Deutschland und Österreich

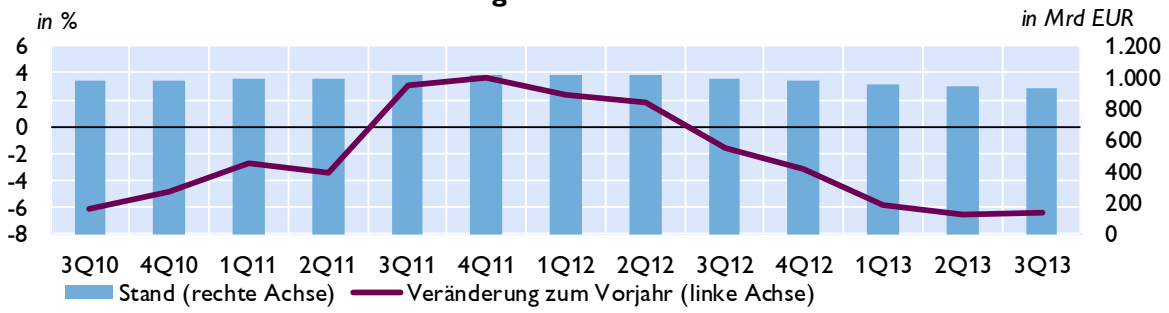


Quelle: BMF, Thomson Reuters.

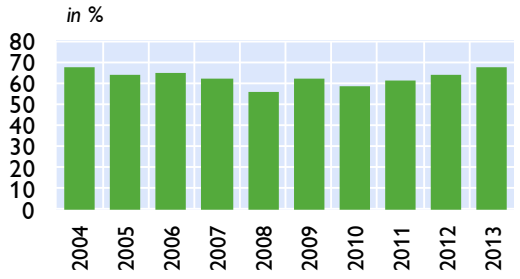
Österreich: Geschäftsentwicklung der Kreditinstitute - unkonsolidiert

3. Quartal 2013	Stand	Veränderung					
		zum Vorquartal		*seit Jänner*		*zum Vorjahr*	
	in Mio EUR	*in Mio EUR*	*in %*	*in Mio EUR*	*in %*	*in Mio EUR*	*in %*
1. Aktiva							
Kassenliquidität	11.487	-2.094	-15,4	-10.318	-47,3	-8.980	-43,9
Forderungen an inl. Kreditinstitute	177.083	-4.301	-2,4	-16.910	-8,7	-36.068	-16,9
Direktkredite an inl. Nichtbanken	317.297	174	0,1	-2.147	-0,7	-3.434	-1,1
in EUR	276.057	1.105	0,4	2.968	1,1	4.626	1,7
in Fremdwährung	41.240	-931	-2,2	-5.115	-11,0	-8.061	-16,3
Titrierte Kredite an inl. Nichtbanken	36.363	266	0,7	1.792	5,2	1.414	4,0
in EUR	36.164	266	0,7	1.805	5,3	1.430	4,1
in Fremdwährung	199	0	0,1	-14	-6,4	-15	-7,2
Sonstige Inlandsforderungen	87.561	-2.365	-2,6	-14.690	-14,4	-7.126	-7,5
Auslandsforderungen	295.771	-5.278	-1,8	-7.842	-2,6	-10.039	-3,3
2. Passiva							
Verbindlichkeiten geg.inl.Kreditinstitute	173.214	-1.769	-1,0	-23.167	-11,8	-42.366	-19,7
Einlagen von inländischen Nichtbanken	297.650	-2.768	-0,9	1.200	0,4	3.482	1,2
in EUR	293.254	-2.896	-1,0	1.049	0,4	3.409	1,2
in Fremdwährung	4.396	128	3,0	151	3,6	73	1,7
Eig. Inlandsemissionen an Nichtbanken	101.668	-3.773	-3,6	-3.588	-3,4	-6.708	-6,2
in EUR	97.606	-3.702	-3,7	-3.224	-3,2	-6.180	-6,0
in Fremdwährung	4.061	-70	-1,7	-364	-8,2	-528	-11,5
Sonstige Inlandsverbindlichkeiten	130.826	-3.297	-2,5	-11.802	-8,3	-809	-0,6
Auslandsverbindlichkeiten	222.339	-1.984	-0,9	-12.739	-5,4	-17.808	-7,4
3. Bilanzsumme	932.232	-13.298	-1,4	-49.882	-5,1	-64.287	-6,5

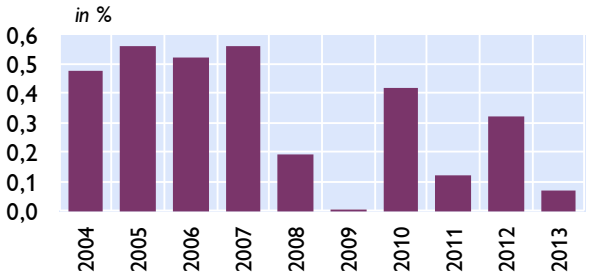
Bilanzsumme der in Österreich tätigen Kreditinstitute



Ertrag-Aufwand-Relation



Gesamtkapitalrentabilität



Quelle: OeNB.

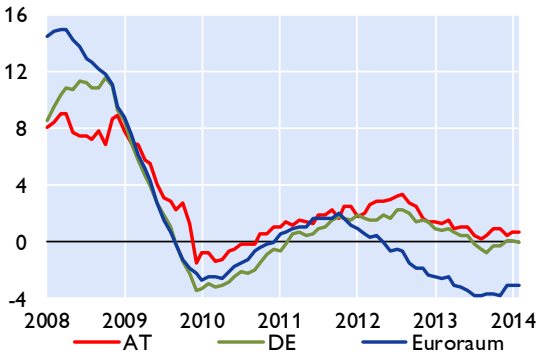
Österreich: Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kredite an private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen in allen Währungen

	Private Haushalte				Nichtfinanzielle Unternehmen			
	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum
	Volumen in Mrd EUR		*Veränderung zum Vorjahr in %*		*Volumen in Mrd EUR*		*Veränderung zum Vorjahr in %*	
2011	138	5.243	1,6	1,6	139	4.720	2,5	1,2
2012	139	5.253	0,8	0,5	140	4.536	1,4	-2,3
2013	139	5.230	0,8	-0,1	140	4.345	0,5	-3,0
Mai.13	137	5.233	0,1	0,2	141	4.461	1,1	-3,2
Jun.13	138	5.243	0,4	0,0	141	4.447	1,0	-3,4
Jul.13	138	5.233	0,5	0,1	141	4.429	0,5	-3,8
Aug.13	138	5.229	0,6	0,1	141	4.400	0,2	-3,8
Sep.13	139	5.238	0,8	0,1	141	4.394	0,5	-3,6
Okt.13	139	5.233	0,6	0,1	141	4.377	0,9	-3,7
Nov.13	139	5.235	0,8	0,0	141	4.371	0,9	-3,8
Dez.13	139	5.230	0,8	-0,1	140	4.345	0,5	-3,0
Jän.14	139	5.225	0,6	-0,2	140	4.371	0,7	-3,0
Feb.14	138	5.221	0,7	-0,1	140	4.348	0,7	-3,0

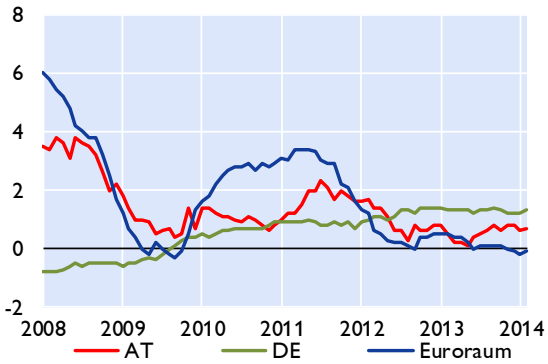
Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen

Veränderung zum Vorjahr in %



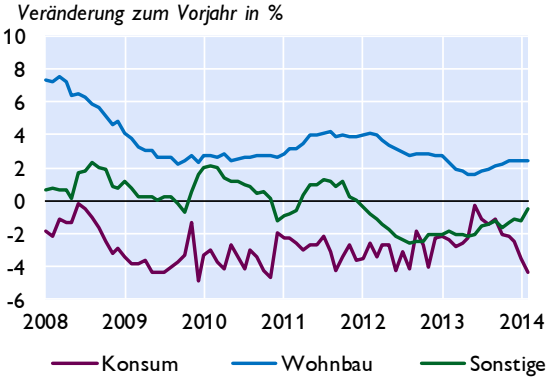
Kredite an private Haushalte

Veränderung zum Vorjahr in %



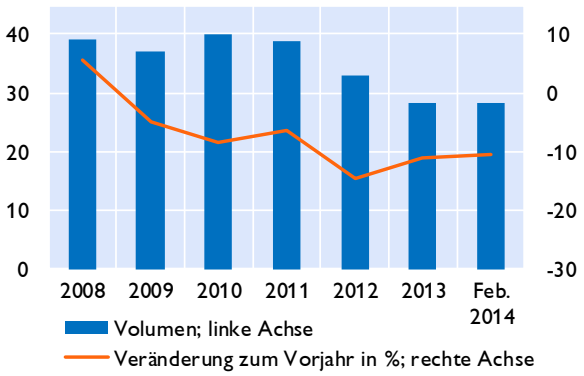
Kredite an private Haushalte in Österreich nach Verwendungszweck

Veränderung zum Vorjahr in %



Fremdwährungskredite an private Haushalte in Österreich

in Mrd EUR *in %*

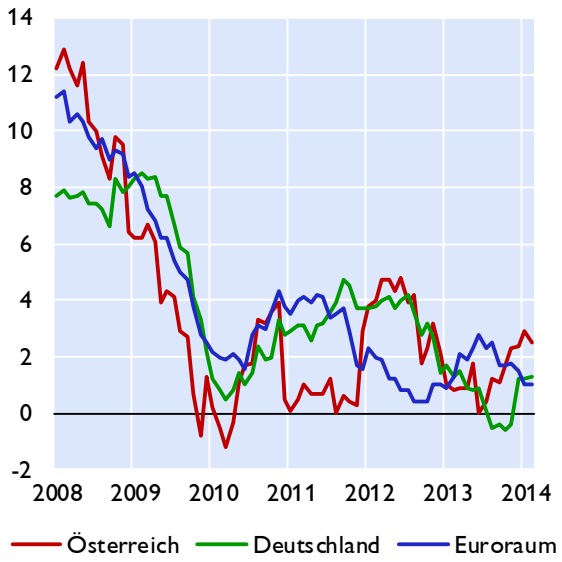


Quelle: OeNB, EZB.

Österreich: Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

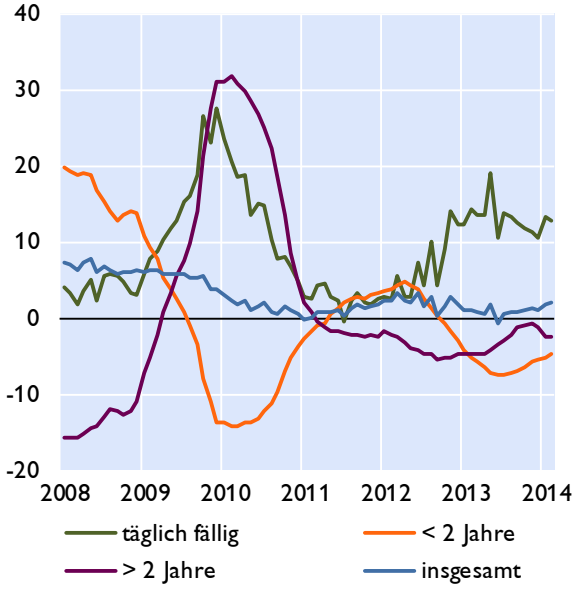
Einlagen von Nichtbanken

Veränderung zum Vorjahr in %



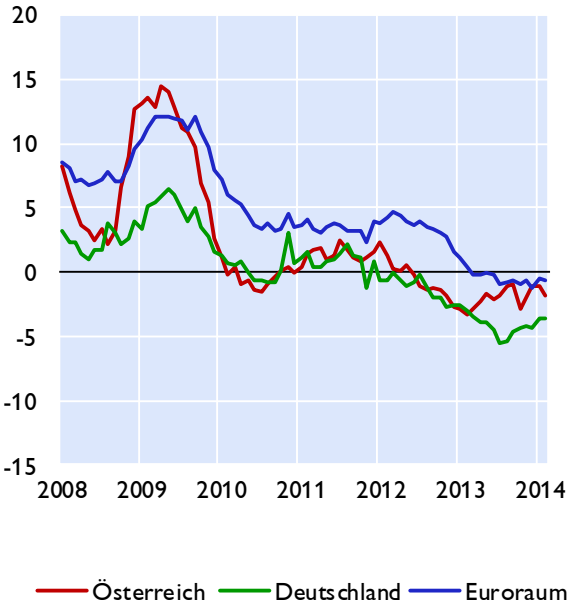
Einlagen von österreichischen Nichtbanken nach Fristigkeiten

Veränderung zum Vorjahr in %



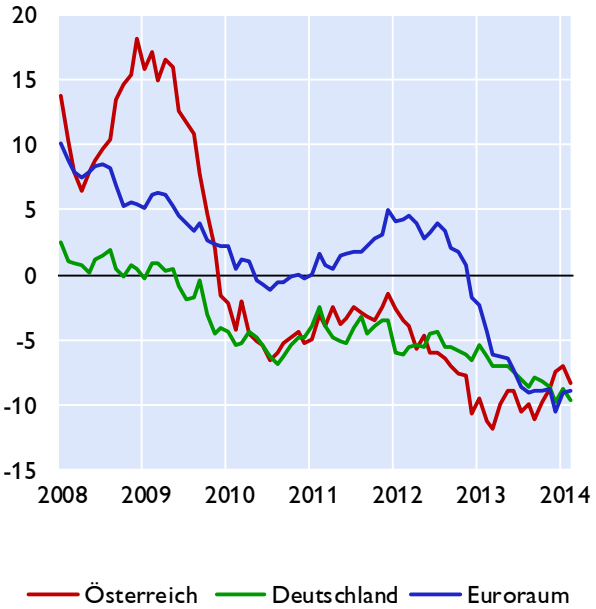
Wertpapierumlauf

Veränderung zum Vorjahr in %



Wertpapierumlauf vom Bankensektor

Veränderung zum Vorjahr in %

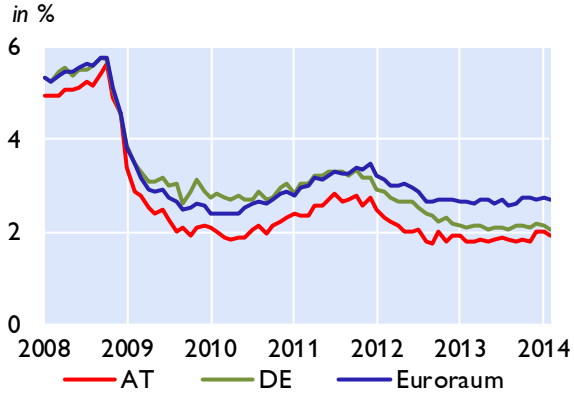


Quelle: OeNB, EZB

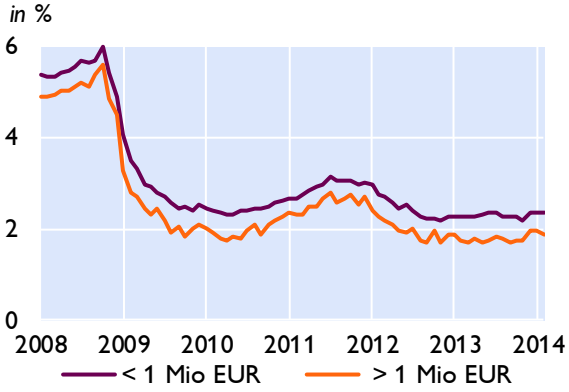
Österreich: Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kreditzinssätze für nichtfinanzielle Unternehmen

Österreich, Deutschland und Euroraum

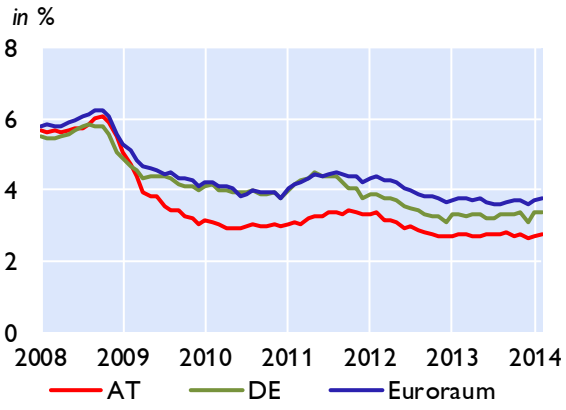


Nach Kredithöhe in Österreich

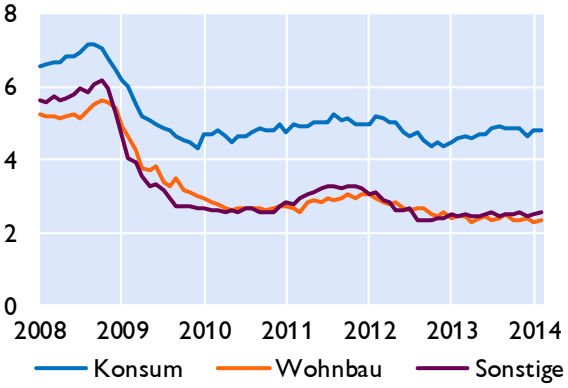


Kreditzinssätze für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum

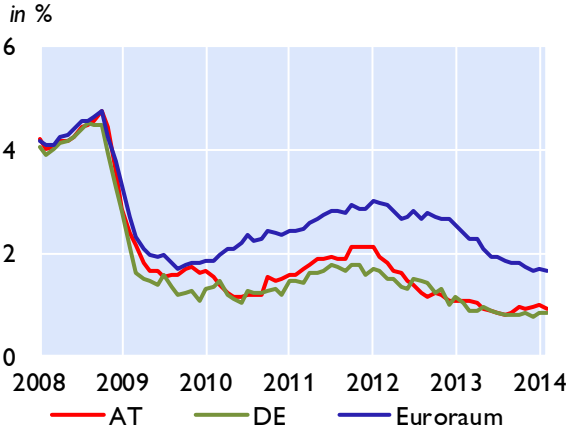


Nach Verwendungszweck in Österreich

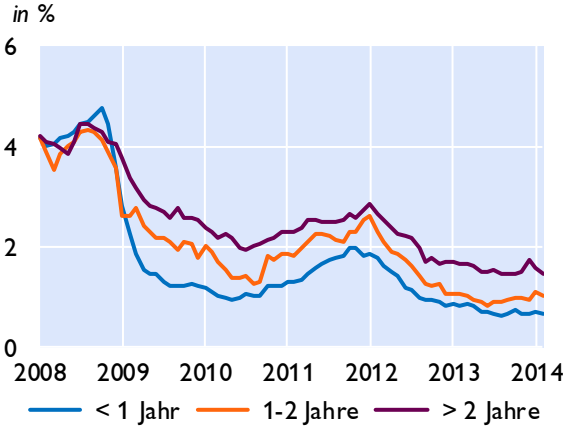


Einlagenzinssätze mit Bindungsfrist für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum



Nach Bindungsfrist in Österreich



Quelle: OeNB, EZB

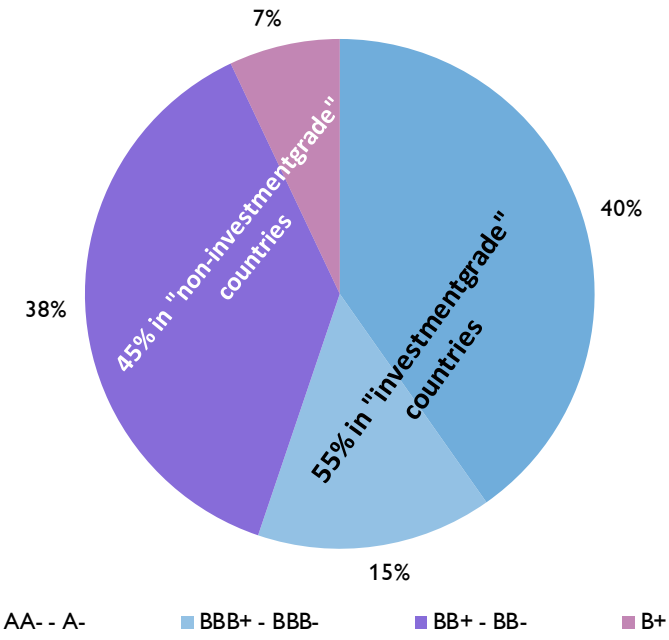
Österreich: Ertragslage der Kreditinstitute - konsolidiert

Ertragspositionen	3. Quartal 2011		3. Quartal 2012		3. Quartal 2013	
	in Mrd EUR	*Ver.z.Vj. in %* [1]	*in Mrd EUR*	*Ver.z.Vj. in %* [1]	*in Mrd EUR*	*Ver.z.Vj. in %* [1]
Nettozinsergebnis	15,24	-0,1	14,63	-4,0	14,13	-3,4
Zinsen und ähnliche Erträge	*32,64*	*0,9*	*32,39*	*-0,8*	*27,73*	*-14,4*
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	*17,40*	*1,8*	*17,76*	*2,1*	*13,60*	*-23,4*
Dividendenerträge und Erträge aus Beteiligungen	0,61	-11,6	0,56	-8,2	0,51	-8,9
Provisionsergebnis	5,55	-2,1	5,38	-3,1	5,70	5,9
Provisionserträge	*7,57*	*-0,9*	*7,30*	*-3,6*	*7,63*	*4,5*
Provisionsaufwendungen	*2,03*	*3,0*	*1,93*	*-4,9*	*1,93*	*0,0*
Realisierte Gewinne/Verluste aus Finanzgeschäften	0,22	-63,3	1,14	418,2	0,48	-57,9
Handelsergebnis[1]	0,30	-70,9	0,82	173,3	0,35	-57,3
Sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS[1]	0,36	111,8	0,59	63,9	0,75	27,1
Bewertungsergebnisse aus Veräusserung, Neubewertung von Sachanlagen (IAS 16) und als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (IAS 40)	0,01	0,0	-0,04	-500,0	-0,01	-75,0
Sonstige betriebliche Erträge	5,03	10,1	5,41	7,6	4,71	-12,9
Betriebserträge (ohne Risikovorsorgen)	27,33	-2,4	28,49	4,2	26,62	-6,6
Verwaltungsaufwendungen	12,18	2,1	12,41	1,9	12,59	1,5
Abschreibungen, Wertberichtigungen auf	3,14	100,0	1,52	-51,6	1,53	0,7
Aufwendungen für jederzeit rückzahlbares Grundkapital	0,00	x	0,00	x	0,00	x
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4,91	28,5	4,37	-11,0	4,50	3,0
Betriebsergebnis (ohne Risikovorsorgen)	7,09	-33,5	10,19	43,7	8,00	-21,5
a) Rückstellungen	0,26	44,4	0,02	-92,3	0,11	450,0
b) Risikovorsorgen im Kreditgeschäft	-4,68	-19,2	-4,31	-7,9	-4,69	8,8
c) Risikovorsorgen aus nicht zum Zeitwert bilanzierten finanziellen Vermögensgegenständen[1]	-0,99	725,0	-0,24	-75,8	-0,03	-87,5
d) unmittelbar erfolgswirksamer negativer Geschäfts- oder Firmenwert[1]	0,00	-100,0	0,00	x	0,00	x
e) Anteil des Ergebnisses von assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen nach Equity-Methode[1]	0,65	-41,4	0,76	16,9	0,61	-19,7
f) Ergebnis aus Gegenständen des Anlagevermögens und Veräusserungsgruppen (IFRS 5), ohne Veräusserung/Aufgabe von Geschäftsbereichen[1]	-0,06	x	-0,03	-50,0	-0,04	33,3
g) ausserordentliches Ergebnis	0,01	-116,7	0,00	-100,0	0,06	x
Periodenergebnis vor Steuern und Minderheitenanteilen	1,75	-68,8	6,35	262,9	3,80	-40,2
h) Ertragssteuern	0,95	-3,1	1,08	13,7	0,74	-31,5
i) Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	-0,07	-800,0	0,05	-171,4	-0,18	-460,0
j) Minderheitenanteile	0,46	2,2	0,63	37,0	0,51	-19,0
Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen	0,27	-93,6	4,69	1637,0	2,36	-49,7

Quelle: OeNB.

1) Für diese Positionen werden Daten nur von meldepflichtigen Bankkonzernen nach den internationalen finanziellen Reporting Standards (IFRS) erhoben.

Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE



	2010	2011	1Q12	2Q12	3Q12	4Q12	1Q13	2Q13	3Q13	4Q13
	in Mio EUR									
Tschechiches Republik	46.031	50.256	50.445	48.480	47.905	47.564	49.995	50.657	48.560	47.001
Rumänien	29.937	28.595	28.625	28.442	27.742	26.823	26.808	26.635	26.117	25.778
Slowakei	21.329	23.838	23.562	23.953	24.425	24.535	24.716	24.601	24.853	25.093
Kroatien	25.341	25.507	25.888	24.188	23.785	23.195	23.440	23.326	22.497	22.038
Ungarn	25.526	23.491	22.791	21.079	20.866	19.803	19.642	19.386	18.853	18.109
Polen	11.111	11.886	12.225	19.732	19.482	17.933	17.198	16.459	16.928	17.017
Russische Föderation	11.494	12.205	12.823	12.925	13.066	15.007	15.262	14.688	15.083	14.897
Slowenien	11.594	11.257	10.016	10.002	9.682	9.588	9.178	8.489	8.289	8.079
Ukraine	6.805	7.128	6.202	6.473	5.902	5.787	5.888	5.229	4.916	4.883
Republik Serbien	5.203	6.475	5.253	5.110	5.184	5.041	5.158	4.945	4.876	4.865
Bosnien H.	4.887	5.024	4.443	4.270	4.268	4.261	4.255	4.210	4.158	4.124
Bulgarien	3.968	4.161	4.254	4.220	4.186	4.093	4.034	3.925	3.896	3.626
Albanien	1.868	2.148	2.103	2.075	2.026	2.006	1.954	1.909	1.838	1.809
Weissrussland	1.436	1.202	1.163	1.234	1.219	1.364	1.487	1.528	1.588	1.446
Türkei	690	749	682	728	714	776	774	823	877	929
Republik Montenegro	766	894	894	872	873	875	872	883	890	865
Mazedonien	260	306	398	387	376	390	383	366	359	350
Kasachstan	240	266	222	222	213	209	186	208	193	168
Litauen	174	181	183	126	117	120	148	154	160	161
Aserbeidschan	53	60	66	67	64	63	71	108	138	144
Lettland	359	175	173	152	147	137	234	209	125	126
Moldawien	161	171	161	172	154	135	126	124	124	116
Estland	82	61	62	65	65	60	58	56	54	50
Andere	37	50	49	48	59	53	64	70	93	92
Gesamt	**209.352**	**216.086**	**212.684**	**215.023**	**212.519**	**209.818**	**211.931**	**208.987**	**205.466**	**201.768**

Quelle: OeNB, Bloomberg.

Österreich: Gesamtwirtschaftl. Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung u. Geldvermögen

im 4. Quartal 2013	Inland	Nicht-finan-zielle Unter-nehmen	Finanz-sektor	*davon Mone-täre Finanz-institute*	Staat	Haus-halts-sektor	*davon Private Haus-halte*	Ausland
Geldvermögen	*Bestände in Mio EUR*							
Gold und SZR	9.834	x	9.834	*x*	x	x	*x*	x
Bargeld und Einlagen	633.166	60.082	315.980	*296.509*	16.129	240.976	*234.170*	152.531
Bargeld	24.356	1.724	2.839	*2.837*	8	19.785	*19.785*	1.705
Einlagen	608.811	58.358	313.141	*293.672*	16.121	221.191	*214.385*	150.826
Verzinsliche Wertpapiere	369.139	8.832	289.268	*158.735*	23.538	47.501	*43.665*	339.832
Geldmarktpapiere	7.769	257	6.620	*5.521*	0	891	*875*	14.228
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	361.370	8.574	282.648	*153.214*	23.538	46.610	*42.790*	325.604
Kredite	609.815	116.009	452.556	*434.517*	41.175	75	*0*	79.303
Kurzfristige Kredite	108.530	29.097	77.077	*74.979*	2.356	0	*0*	17.244
Langfristige Kredite	501.285	86.911	375.480	*359.538*	38.820	75	*0*	62.059
Anteilspapiere	738.638	272.550	278.745	*83.866*	47.788	139.555	*108.295*	243.331
Börsennotierte Aktien	95.093	29.878	38.961	*3.802*	2.779	23.475	*18.255*	35.166
Nichtbörsennotierte Aktien/Sonstige Anteilspapiere	468.674	232.464	129.136	*66.468*	40.597	66.477	*47.465*	190.354
Investmentzertifikate	174.870	10.207	110.648	*13.596*	4.412	49.603	*42.574*	17.810
Versicherungstechnische Rückstellungen	109.577	6.024	3.036	*0*	x	100.517	*100.517*	2.494
Lebensversicherungsansprüche	70.600	0	0	*0*	x	70.600	*70.600*	2.494
Pensionskassenansprüche	18.729	0	0	*0*	x	18.729	*18.729*	0
Nichtlebensversicherungsansprüche/Rückversicherung	20.248	6.024	3.036	*0*	x	11.188	*11.188*	0
Sonstige Forderungen inklusive Finanzderivate	72.463	39.403	9.707	*8.662*	11.963	11.391	*11.391*	28.098
davon Handelskredite	36.548	36.548	0	*0*	0	0	*0*	16.290
Geldvermögen ingesamt	2.542.632	502.900	1.359.125	*992.123*	140.593	540.014	*498.037*	845.589
Geldvermögen ohne Direktinvestitionen i.w.S. (SPEs)[1]	2.468.717	428.984	1.359.125	*992.123*	140.593	540.014	*498.037*	776.508
Geldvermögensbildung	*über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR*							
Gold und SZR	123	x	123	*x*	x	x	*x*	x
Bargeld und Einlagen	-31.023	1.027	-37.403	*-39.657*	2.060	3.293	*2.957*	-12.613
Bargeld	1.048	63	-198	*-200*	0	1.183	*1.183*	20
Einlagen	-32.071	964	-37.205	*-39.457*	2.060	2.110	*1.774*	-12.633
Verzinsliche Wertpapiere	-4.970	-1.505	-1.176	*-3.220*	-7	-2.282	*-1.953*	2.850
Geldmarktpapiere	1.448	-110	1.511	*1.111*	-1	48	*54*	1.346
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	-6.417	-1.395	-2.686	*-4.331*	-6	-2.330	*-2.006*	1.504
Kredite	4.305	6.197	-3.178	*-2.664*	1.288	-2	*0*	-340
Kurzfristige Kredite	-5.381	476	-5.323	*-4.191*	-534	0	*0*	59
Langfristige Kredite	9.685	5.720	2.145	*1.526*	1.822	-3	*0*	-400
Anteilspapiere	10.003	6.823	861	*238*	-515	2.834	*2.297*	9.823
Börsennotierte Aktien	-1.498	-1.327	318	*-35*	-208	-281	*-249*	2.722
Nichtbörsennotierte Aktien/Sonstige Anteilspapiere	7.564	7.788	-297	*-6*	-24	96	*27*	7.970
Investmentzertifikate	3.937	361	840	*280*	-283	3.019	*2.520*	-869
Versicherungstechnische Rückstellungen	2.455	229	-208	*0*	x	2.434	*2.434*	173
Lebensversicherungsansprüche	1.141	0	0	*0*	x	1.141	*1.141*	173
Pensionskassenansprüche	854	0	0	*0*	x	854	*854*	0
Nichtlebensversicherungsansprüche/Rückversicherung	460	229	-208	*0*	x	439	*439*	0
Sonstige Forderungen inklusive Finanzderivate	-1.761	1.330	-4.301	*-4.494*	12	1.198	*1.187*	456
davon Handelskredite	1.546	1.546	0	*0*	0	0	*0*	1.309
Geldvermögensbildung insgesamt	-20.868	14.101	-45.282	*-49.674*	2.838	7.475	*6.922*	349
Geldvermögensbildung ohne Direktinvestitionen i.w.S. (SPEs)[1]	-20.930	14.039	-45.282	*-49.674*	2.838	7.475	*6.922*	196
Sonstige Veränderungen des Geldvermögens	-13.290	-3.177	-5.303	*-12.895*	-5.204	395	*-150*	-15.409
davon Marktpreisveränderungen[2]	-1.785	100	-2.852	*-3.227*	-1.030	1.997	*1.536*	-11.727
Nettogeldvermögen	8.860	-248.918	37.297	*27.401*	-151.576	372.057	*333.021*	-8.860
Finanzierungssaldo	5.648	1.134	2.025	*603*	-4.151	6.641	*6.043*	-5.648

Quelle: OeNB

1) Direktinvestitionen im weiteren Sinn durch inländische SPEs (Special Purpose Entities)-Unternehmen im Ausland.

2) Aus Wechselkurs- und Wertpapierkursveränderungen handelbarer Wertpapiere (verzinsliche Wertpapiere, börsennotierte Aktien und Investmentzertifikate).

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung u. Verbindlichkeiten

im 4. Quartal 2013	Inland	Nicht-finanz-ielle Unter-nehmen	Finanz-sektor	*davon Mone-täre Finanz-institute*	Staat	Haus-halts-sektor	*davon Private Haus-halte*	Ausland
Verbindlichkeiten	*Bestände in Mio EUR*							
Gold und SZR[1]	x	x	x	*x*	x	x	*x*	9.834
Bargeld und Einlagen	645.168	x	645.168	*644.555*	x	x	*x*	140.530
Bargeld	26.061	x	26.061	*26.061*	x	x	*x*	0
Einlagen	619.108	x	619.108	*618.495*	x	x	*x*	140.530
Verzinsliche Wertpapiere	520.006	64.857	224.226	*214.942*	230.923	x	*x*	188.965
Geldmarktpapiere	17.413	645	11.879	*11.868*	4.889	x	*x*	4.584
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	502.593	64.212	212.347	*203.073*	226.034	x	*x*	184.381
Kredite	519.141	271.565	26.601	*0*	53.763	167.213	*164.281*	169.977
Kurzfristige Kredite	75.820	47.315	11.382	*0*	3.564	13.559	*12.961*	49.954
Langfristige Kredite	443.321	224.250	15.219	*0*	50.199	153.654	*151.320*	120.023
Anteilspapiere	670.604	368.754	301.850	*92.693*	x	x	*x*	311.365
Börsennotierte Aktien	88.563	62.386	26.177	*18.457*	x	x	*x*	41.697
Nichtbörsennotierte Aktien/Sonstige Anteilspapiere	432.610	306.367	126.243	*74.019*	x	x	*x*	226.418
Investmentzertifikate	149.431	0	149.431	*216*	x	x	*x*	43.250
Versicherungstechnische Rückstellungen	106.083	x	106.083	*1.897*	x	x	*x*	5.988
Lebensversicherungsansprüche	70.142	x	70.142	*0*	x	x	*x*	2.953
Pensionskassenansprüche	18.729	x	18.729	*1.897*	x	x	*x*	0
Nichtlebensversicherungsansprüche/Rückversicherung	17.213	x	17.213	*0*	x	x	*x*	3.036
Sonstige Forderungen inklusive Finanzderivate	72.770	46.642	17.900	*10.635*	7.484	744	*735*	27.791
davon Handelskredite	35.656	35.656	0	*0*	0	0	*0*	17.182
Verbindlichkeiten ingesamt	2.533.772	751.818	1.321.828	*964.722*	292.169	167.957	*165.016*	854.449
Verbindlichkeiten ohne Direktinvestitionen i.w.S (SPEs)[2]	2.464.691	682.737	1.321.828	*964.722*	292.169	167.957	*165.016*	780.534
Finanzierung	*über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR*							
Gold und SZR[1]	x	x	x	*x*	x	x	*x*	123
Bargeld und Einlagen	-34.751	x	-34.751	*-34.669*	x	x	*x*	-8.885
Bargeld	1.068	x	1.068	*1.068*	x	x	*x*	0
Einlagen	-35.819	x	-35.819	*-35.737*	x	x	*x*	-8.885
Verzinsliche Wertpapiere	-1.991	3.303	-12.542	*-12.894*	7.248	x	*x*	-128
Geldmarktpapiere	1.808	270	1.006	*1.002*	533	x	*x*	985
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	-3.799	3.034	-13.548	*-13.896*	6.716	x	*x*	-1.114
Kredite	-2.379	-1.169	-2.477	*0*	45	1.222	*1.259*	6.344
Kurzfristige Kredite	-7.223	-2.285	-2.760	*0*	-1.382	-797	*-720*	1.902
Langfristige Kredite	4.844	1.116	283	*0*	1.427	2.019	*1.979*	4.442
Anteilspapiere	7.906	7.861	45	*-1.786*	x	x	*x*	11.920
Börsennotierte Aktien	1.555	-49	1.605	*768*	x	x	*x*	-331
Nichtbörsennotierte Aktien/Sonstige Anteilspapiere	5.684	7.911	-2.227	*-2.390*	x	x	*x*	9.850
Investmentzertifikate	667	0	667	*-164*	x	x	*x*	2.401
Versicherungstechnische Rückstellungen	2.615	x	2.615	*27*	x	x	*x*	14
Lebensversicherungsansprüche	1.092	x	1.092	*0*	x	x	*x*	222
Pensionskassenansprüche	854	x	854	*27*	x	x	*x*	0
Nichtlebensversicherungsansprüche/Rückversicherung	668	x	668	*0*	x	x	*x*	-208
Sonstige Forderungen inklusive Finanzderivate	2.084	2.972	-196	*-955*	-304	-388	*-380*	-3.389
davon Handelskredite	2.555	2.555	0	*0*	0	0	*0*	300
Finanzierung insgesamt	-26.516	12.968	-47.307	*-50.277*	6.989	835	*879*	5.997
Finanzierung ohne Direktinvestitionen i.w.S. (SPEs)[2]	-26.669	12.814	-47.307	*-50.277*	6.989	835	*879*	5.935
Sonstige Veränderungen der Verpflichtungen	-13.602	-2.584	-322	*-583*	-9.250	-1.446	*-1.434*	-15.097
davon Marktpreisveränderungen[3]	-13.978	-207	-4.234	*-4.688*	-9.536	0	*0*	468
Nettogeldvermögen	8.860	-248.918	37.297	*27.401*	-151.576	372.057	*333.021*	-8.860
Finanzierungssaldo	5.648	1.134	2.025	*603*	-4.151	6.641	*6.043*	-5.648

Quelle: OeNB.

1) Auslandsposition der OeNB inklusive Barrengold, dem eine imputierte Verbindlichkeit des Auslandes gegenübergestellt wird.

2) Direktinvestitionen im weiteren Sinn an inländische SPEs (Special Purpose Entities)-Unternehmen aus dem Ausland.

3) Aus Wechselkurs- und Wertpapierkursveränderungen handelbarer Wertpapiere (verzinsliche Wertpapiere, börsennotierte Aktien und Investmentzertifikate).